

OHNE GEDÄCHTNIS KEINE ZUKUNFT

BÄRBEL FÖRSTER (HRSG.)

oder Archive brauchen Gegenwart

INHALT

EINLEITUNG

Dagmar Enkelmann	4	Editorial
Florian Weis	6	Vom Wert des langen Atems
Evelin Wittich	10	Gründungsmomente

GEDÄCHTNISBILDNER

PARTEI
PARLAMENT
STIFTUNG
BEWEGUNG
PERSON

Bernd Riexinger	16	Gedächtnis
Thomas Händel	20	Aus der Geschichte lernen
Jochen Weichold	24	Auf den Spuren des Ältestenrats der Partei DIE LINKE
Claudia Gohde	27	Von der Archivierung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN
Petra Pau	30	Meine blaue Kladde
Sahra Wagenknecht	32	Heimweh nach der Zukunft
Dietmar Bartsch	36	Über Hochgefühl und Bodenhaftung
Margret Geitner	40	Wer schreibt die Geschichte?
Jan Korte	43	Das LINKEN-Gedächtnis parlamentarischer Arbeit: «parlamentarische Aktenbildner*innen»?
Bernd Hüttner	47	Bewegung bewahren
Peter Delis	51	Die Besonderheiten der Überlieferung der Deutschen Friedens-Union
Gregor Gysi	54	Selbstzeugnisse und Archive
Friedrich Burschel	56	Die eigene Geschichte
Wolfgang Gehrcke	63	Blick zurück ohne Zorn

GEDÄCHTNISNUTZER

POLITIK
WISSENSCHAFT
JOURNALISMUS

Tom Strohschneider	70	Eine Frage der Überlieferung
Alex Demirović	74	Das Archiv und die Politik
Albert Scharenberg	77	Dem Konformismus entreißen
Jörn Schütrumpf	81	Archive gegen Geschichtsvergessenheit
Marga Voigt	84	Das «linke Gedächtnis» in Briefen – Perspektiven der Geschichte?

GEDÄCHTNISHÜTER

AUFGABEN

HERAUSFORDERUNGEN

ANSPRÜCHE

Andrey K. Sorokin	90	Das 20. Jahrhundert – aus der Geschichte lernen
Anja Kruke und Andreas Marquet	93	Das Archiv als kollektives Gedächtnis
Uwe Michel	97	Das Wissen der Zukunft
Andreas Steigmeier und Tobias Wildi	99	Ein digitales Gedächtnis?
Christian Koller und Urs Kälin	103	Vertrauen ist gut – und essenziell
Bärbel Förster	107	Ethisch, verantwortungsvoll, professionell und übergreifend

GEDÄCHTNISPLITTER

GESCHICHTEN AUS 20 JAHREN

Jochen Weichold und Christine Gohsmann	114	Akten auf fremden Regalen? Archivarbeit in Südafrika Nur so ein «dünnes Heftchen» «Es ist doch alles online!» Die Herbsttreffen Im Kontrast zu den Archiven des Königs Salomo Kriminalistische Kleinarbeit «Archive rechnen sich nicht – aber sie zahlen sich aus!» Kurzfristig angemeldeter Besuch
--	------------	---

EDITORIAL DAGMAR ENKELMANN

Liebe Leserin, lieber Leser!

«Das Sprechen, Schreiben und Lesen bewegt sich in der Zeit. Satz stößt auf Gegensatz, Frage auf Antwort, Antwort auf neue Frage. Behauptetes wird widerrufen, Widerrufenes wird neuen Bewertungen unterzogen. Der Schreibende und der Lesende befinden sich in Bewegung, sind ständig offen für Veränderungen.»¹ Dieses Zitat von Peter Weiss fällt mir ein, wenn ich an unser Archiv Demokratischer Sozialismus denke.

Archive geben noch in vielen Jahren Auskunft über eine konkrete Zeit, über Ansich-

ten und Einsichten, über Ereignisse und Prozesse, über politische Akteure, ihre Gedanken und Entscheidungen. Die Unterlagen in den Akten, Bild-, Ton- und Videoaufnahmen bewahren Gesprochenes und Geschriebenes quasi als Zeugnisse einer bestimmten historischen Zeit. Sie sind Voraussetzung dafür, dass sich nachfolgende Generationen mit dieser Zeit authentisch auseinandersetzen, neue Fragen stellen und vielleicht überraschende Antworten und andere Bewertungen finden können.

Seit 20 Jahren gibt es das Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Und ich verrate hier kein Geheimnis: Unser Archiv Demokratischer Sozialismus ist etwas Besonderes. Es ist ein, vielleicht sogar das Gedächtnis linker Bewegungen, sozialistischer Ideen, linker parteipolitischer Entwicklungen und demokratischen Wirkens seit 1989. Und unser Archiv ist nur so gut, wie wir es selbst gestalten.

Ja, es macht Mühe und ist vielleicht auch schmerzhaft, nach einem aktiven politischen Leben persönliche Unterlagen zu sichten und diese einem Archiv anzuvertrauen. Diese Entscheidung fällt oft nicht leicht. Aber machen wir uns nichts vor, im privaten Besitz lagern die Unterlagen oft in Kisten im Keller oder auf dem Boden, natürlich immer mit dem guten Vorsatz, alles

noch einmal in die Hand zu nehmen, durchzuschauen, vielleicht ein Buch zu schreiben oder später über eine professionelle Archivierung nachzudenken.

Wir haben es in der Hand, unsere Geschichte und die der Partei DIE LINKE sowie ihrer Vorgängerparteien – sei es die SED/PDS, die PDS oder die WASG – authentisch und im historischen Gedächtnis wachzuhalten. Dabei fangen wir nicht bei null an. 20 Jahre Archivarbeit haben dazu geführt, dass bereits zahlreiche Unterlagen zur Entstehung und Entwicklung unserer Partei und linker Bewegungen, zum Wirken linker Kräfte bei der demokratischen Willensbildung vorhanden sind. Auch Unterlagen zu einzelnen Personen innerhalb dieser Entwicklungen und Prozesse sind archiviert. Und bereits jetzt wird unser Archiv aktiv genutzt, von Wissenschaftler*innen, Student*innen und auch Journalist*innen.

Jedes Archiv ist Teil des gesamtgesellschaftlichen Gedächtnisses, auch unser Archiv Demokratischer Sozialismus. Wir nehmen sein 20-jähriges Bestehen zum Anlass, Bilanz zu ziehen und neue Ziele zu formulieren. Dazu gehört, seine unterschiedlichen Funktionen als Gedächtnis der Partei, als Gedächtnis unserer Stiftung, als Gedächtnis parlamentarischer Arbeit, als Gedächtnis sozialer Bewegungen und als Gedächtnis poli-

tischer Persönlichkeiten darzustellen und zum Nachdenken und Mittun anzuregen.

Diese Publikation soll Ihnen helfen, den Wert Ihrer Unterlagen zu erkennen, und Sie motivieren, diese in das linke Gedächtnis einzubringen. Die Autor*innen beschreiben aus der Sicht der Schreibenden und Lesenden, was sie mit dem linken Gedächtnis verbinden und warum sie ein solches für nötig erachten, woraus es sich zusammensetzt und wem oder wozu es dient, welchen Anforderungen es sich stellen muss. Es sind zum großen Teil persönliche Sichtweisen und Bewertungen. Dafür danke ich allen Mitwirkenden.

Ihnen wünsche ich eine anregende Lektüre!

Ihre Dagmar Enkelmann

¹ Weiss, Peter: Laokoon oder Über die Grenzen der Sprache, in: ders.: In Gegensätzen denken. Ein Lesebuch, Frankfurt a.M. 1986, S. 217.

Vom Wert des langen Atems

20 Jahre Archiv Demokratischer Sozialismus

Seit nunmehr 29 Jahren gibt es die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) im Herbst 2019 jetzt, zunächst als Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V., seit 1999 nun unter diesem Hauptnamen.¹ Im selben Jahr begann die öffentliche Förderung der Stiftung und nahm das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) seine Arbeit auf. Der Name selbst ist aus zwei Gründen auffällig und programmatisch: Zum einen war er über viele Jahre hinweg der einzige explizite namentliche Bezug einer Struktureinheit in

der RLS auf die demokratisch-sozialistische Grundströmung, der sich die Stiftung verbunden fühlt; solche Grundströmungen im Sinne des wegweisenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1986 bilden eine zentrale Grundlage der Politischen Stiftungen. Nicht zufällig hieß die der RLS nahestehende Partei ja Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Erst mit der Gründung des Historischen Zentrums Demokratischer Sozialismus (HZDS) im Januar 2017 wurde die direkte Bezugnahme auf den demokratischen Sozialismus wieder so deutlich organisationspolitisch aufgegriffen. Dieser neue Bereich führte den bisherigen Bereich Archiv/Bibliothek mit einigen Kolleginnen und Kollegen zusammen, die an unterschiedlichen Stellen in der RLS zur Namensgeberin Rosa Luxemburg und ihrem linkssozialistischen Umfeld sowie zu unterschiedlichen historischen Themen arbeiteten. Der Name des neuen Bereiches wurde von den Mitarbeiter*innen gemeinsam vorgeschlagen und vom Vorstand bestätigt. Bewusst greift er sowohl die nun zwanzigjährige Arbeit des Archivs als auch den politischen Grundanspruch der Stiftung auf. Zum anderen wollte die RLS 1999 mit der Bezeichnung Archiv Demokratischer Sozialismus deutlich machen, dass die Zeiten linker Alleinvertretungsansprüche vorbei sein sollten. Deshalb hieß es eben nicht, wie viele irrtümlich formulierten, wenn sie vom Archiv sprachen, Archiv *des* Demokratischen Sozialismus. Die Traditionslinien demokratischer sozialistischer Strömungen, Organisationen und Menschen sind vielfältig, es wäre vermessen, für sie politisch wie in der archivalischen Überlieferung nur einen einzigen Platz beanspruchen zu wollen. Dieser Ausgangspunkt des ADS weist weit über die unmittelbare Archivarbeit hinaus

auf eine Orientierung der gesamten Stiftung hin, auf eine plurale Linke, deren wichtigster Bezugspunkt die Partei DIE LINKE ist, die aber auch viele andere Akteur*innen und Personen umfasst. Dies schlägt sich zunehmend auch in den Sammlungsgebieten des RLS-Archivs nieder, zu denen mittlerweile auch Bestände von Organisationen, Gruppen und Personen gehören, die aus der westdeutschen bzw. ab 1990 gesamtdeutschen gesellschaftlichen Linken stammen. Insofern wurde im Laufe der Jahre der Sammlungszeitraum des Archivs unserer Stiftung modifiziert: Für die Bestände der nahestehenden Partei DIE LINKE bzw. zuvor der PDS und später der WASG gilt nach wie vor der Übergang von der SED über die SED-PDS zur PDS ab Dezember 1989 als Ausgangspunkt des Sammlungsgebietes. Die Bestände der SED gehörten zu keinem Zeitpunkt zu den Sammlungsaufgaben der RLS, sondern sind als Bestand in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv gesichert und zugänglich.²

Auch politisch ist die Herausbildung der PDS aus der SED heraus der Ausgangspunkt für die RLS und ihr Archiv. Die Wurzeln der PDS in der SED können und sollen nicht geleugnet werden, aber die PDS und später DIE LINKE stehen für einen Bruch mit dem Stalinismus und einem autoritären staatssozialistischen Verständnis. Dies spiegelt sich eindrücklich in den Dokumenten wider, die sich in den Beständen des RLS-Archivs finden, beispielsweise in den Protokollen und anderen Materialien aus der Arbeit des PDS-Bundesvorstandes in der Zeit unter Gregor Gysi als Parteivorsitzendem von Dezember 1989 bis Januar 1993.³ Seit ihrer Gründung nahm die Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus

in zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen der Stiftung einen besonders wichtigen Platz ein.⁴ Dabei hatte die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, der begrifflich eine vertretbare, wenn auch nicht unproblematische Verkürzung darstellt, eine zentrale Bedeutung für die RLS und auch die PDS. Es ging dabei einerseits um eine notwendige, selbstkritische und schmerzhaft Befassung mit der Frage, warum die sozialistische Bewegung sich vielfach undemokratisch, ja zutiefst antidemokratisch entwickelt hatte, was das Erinnern an die Opfer stalinistischer Herrschaft zwingend einschließt. Andererseits wurde jedoch die Neubegründung eines sozialistischen Anspruches auch nach dem Scheitern eines Sozialismus sowjetischer Prägung und unter den Bedingungen des vermeintlichen dauerhaften Erfolges einer liberalen und kapitalistischen Ordnung in den 1990er Jahren als Aufgabe verstanden. Dieser Doppelfunktion und Weitsicht verdankt die heutige RLS viel.

Niemand konnte 1990, als die RLS entstand, sicher sein, dass Sozialismus in absehbarer Zeit wieder demokratisch und spannend, nicht historisch belastet und verstaubt sein würde. 1999, bei der Gründung des RLS-Archivs, hatten militanter Antikommunismus und bürgerlich-kapitalistischer Überschwang des Sieges zwar schon einiges an Überzeugung verloren, aber von einer Renaissance demokratisch-sozialistischen Denkens konnte keineswegs die Rede sein. Die Wahlniederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002 hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzierung des Archivs, das, wie alle Archive der Politischen Stiftungen, bis 2008 eine eigene Finanzierung über die Bundestagsverwaltung erhielt, ehe die Archivarbeit seitdem aus den Globalmitteln des Bundesinnenministeri-

ums für die Politischen Stiftungen finanziert wird. Vor allem stand infrage, ob es gelingen würde, eine demokratisch-sozialistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft zu etablieren. In dieser Situation wurde die Archivarbeit der RLS gleichwohl, wenn auch unter deutlich erschwerten personellen und finanziellen Bedingungen, fortgeführt, sodass ab 2005 mit dem Wiedereinzug der späteren LINKEN und deren Parteibildung 2007 die Zukunft von Stiftung und Archiv, nunmehr auch mit einem Sammlungsgebiet zur WASG, auf lange Zeit gesichert werden konnte.

Langer Atem zeichnet die Arbeit von Archiven im Allgemeinen aus und war und ist für das RLS-Archiv im Besonderen nötig. Das schließt ein, sich von Konjunkturen und Moden freizuhalten und es auszuhalten (oft im Wortsinne), als verstaubt und langweilig zu gelten. Nur mit einer solchen Beharrlichkeit, einem langen Atem in Bezug auf die Sammlungsgebiete, ist es möglich, Bestände und damit auch Sichtweisen und Themen zu bearbeiten, an denen das Interesse plötzlich zurückkehrt, was oft geschieht. Das schließt notwendige Modernisierungen, wie sie auch unser Archiv und die RLS im Ganzen vorzunehmen haben, keineswegs aus, weder in Bezug auf technologische Veränderungen der Arbeitsgrundlagen und -mittel (ein Stichwort etwa: digitale Langzeitarchivierung), noch in Bezug auf die Anforderungen der Nutzer*innen. Insofern modernisiert sich die Archivarbeit auch in der RLS beträchtlich, ohne dadurch ihre Wesenszüge von Dauerhaftigkeit, Gründlichkeit und Systematik aufzugeben. Die Arbeit von Archiven steht im guten Sinne für eine gewisse störrische Entschleunigung in Phasen steter Überhitzung und Überbeschleunigung, für den Verzicht auf hektische Anpassungen an

schnelle Trends und vor allem für eine Solidität der Grundlagen für wissenschaftliches Arbeiten. Als Historiker weiß ich dies besonders zu schätzen. Natürlich ändert eine einzelne Quelle nicht ein Gesamtbild, muss nicht, wie Journalist*innen es gerne reißerisch formulieren, «die Geschichte umgeschrieben werden», weil ein neues Dokument aufgetaucht ist, sind Dokumente nur ein Teil einer Gesamtbetrachtung. Aber ohne sie bewegen wir uns in der historischen Arbeit und auch der Erklärung gegenwärtiger Entwicklungen zu sehr im Bereich des nur Subjektiven. Archive sind so gesehen eine unspektakulär wirkende, aber sehr zähe Verteidigungslinie gegen Fake News und «alternative Fakten».

Als aus öffentlichen Mitteln geförderte, aber nichtstaatliche Einrichtung orientiert sich das Archiv der RLS an den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. Unser Archiv ist gleichzeitig den Anliegen derjenigen verpflichtet, die uns ihre Materialien zur Verfügung stellen und uns damit ein großes Vertrauen schenken. Schließlich verstehen wir die Archivarbeit der RLS als unabhängig in zwei Richtungen: unabhängig von staatlichem bzw. Regierungshandeln, denn wir sind eine Stiftung mit einem Archiv für die demokratisch-sozialistische Grundströmung der Gesellschaft. Es ist eine große Stärke des Grundgesetzes des Föderalismus und der politischen Tradition der Bundesrepublik Deutschland, dass viele Ebenen öffentlich zugängliche Archive unterhalten, nicht nur die nationale staatliche Ebene. Unabhängig ist das Archiv der RLS auch insofern, als es seine Unterlagen grundsätzlich öffentlich zugänglich macht und so eine Grundlage für seriöse Forschung bieten will. Viele engagierte Archivarinnen und Archivare haben in den vergangenen 20 Jahren

unser Archiv aufgebaut und geprägt. Besonders zu danken ist dabei Jochen Weichold als Gründungsmitglied der RLS, zeitweiligem Vorstandsmitglied und dann bis 2013 Leiter des Bereiches Archiv und Bibliothek, sowie Christine Gohsmann, die seit 1999 das ADS mit aufgebaut und dann von 2013 bis 2016 geleitet hat. Aber auch die Mitglieder des Vorstandes und vor allem seines geschäftsführenden Ausschusses im Jahre 1999, Evelin Wittich, Lutz Brangsch und Michael Brie, sind zu nennen, haben sie es doch ermöglicht, dass die Archivstruktur geschaffen wurde.

Diese Archivfunktion zählen wir zu unseren sieben Grundfunktionen.⁵ Gerade diese für manche vielleicht unscheinbar wirkende Aufgabe begründet sehr gut, warum die Politischen Stiftungen auf längere Zeit angelegt sind und über die Tagespolitik und -hektik hinaus arbeiten wollen und müssen. In diesem Sinne sind 20 Jahre für ein Archiv keine lange Zeit. Die Grundlagen aber sind gelegt, Aufgaben für die kommenden Jahre gibt es genug. Und mit dem Umzug der meisten Struktureinheiten und Mitarbei-

ter*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2020 in ihr neues Domizil an der Straße der Pariser Kommune im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird auch das Archiv noch sichtbarer für die Menschen werden, die an der RLS und zunehmend auch an einer demokratisch-sozialistischen Perspektive Interesse haben und dafür deren Grundlagen und Quellen kennen sollten.

1 Siehe hierzu Enkelmann, Dagmar/Weis, Florian (Hrsg.): «Ich lebe am frühesten im Sturm». 25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, Hamburg 2015. **2** Siehe die Beständeübersicht des Bundesarchivs und des BStU-Archivs, Stand 29.10.2019, unter: www.argus.bstu.bundesarchiv.de/Bestaendeuebersicht/index.htm?kid=2A13FC86229C4892A97DC68C846C5A13. **3** Siehe ADS, Bestand «Partei Vorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993)». **4** Siehe dazu etwa Nakath, Detlef: Antistalinismus, Zeitgeschichte und Pluralität, in: Enkelmann/Weis (Hrsg.): «Ich lebe am frühesten im Sturm», S. 42ff.; Schüttrumpf, Jörn: Den Augiasstall ausmisten – Wilfriede Otto, in: ebd., S. 178; Vietze, Heinz: Bruch mit der Schönfärberei – Michael Schumann, in: ebd., S. 179. **5** Das politische Selbstverständnis der Stiftung und ihre Funktionen, 2018, S. 6: Unsere Aufgaben lassen sich grob in sieben Punkten zusammenfassen (die so auch in den Zuwendungsbescheiden zumeist benannt sind): Gesellschaftsanalyse, politische Bildung, Politikberatung/-begleitung, internationale Dialogarbeit, Netzwerk- und Partner*innenarbeit, Begabtenförderung und Archivarbeit. Gewöhnlich geht ein Betrieb oder eine Organisation einer oder zwei dieser Aufgaben nach. Die Besonderheit der politischen Stiftungen besteht im Zusammenbringen dieser Komponenten. Keine andere Organisation, nicht im Feld der politischen Bildungseinrichtungen, nicht in der Entwicklungszusammenarbeit, nicht in der Studienförderung, fasst all diese Aufgaben zusammen – nur die politischen Stiftungen.» (Organisationshandbuch der RLS)

Gründungsmomente

Die Gründung des Archivs Demokratischer Sozialismus – Erinnerungen

Das Gründungsjahr des Archivs der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1999 war ein turbulenten Jahr für die gesamte Stiftung. Die inhaltlich-konzeptionelle Ausrichtung der Stiftung ging einher mit dem Aufbau sämtlicher Strukturen, der Gewinnung und Einstellung von Kolleginnen und Kollegen bei laufendem, rapide wachsendem Betrieb. Der Vorstand tagte fast permanent, im ersten Halbjahr 1999 gab es zwei Mitgliederversammlungen, am 26. Februar und am 25. Juni, die die Entwicklungen disku-

tierten und beschlossen. Beide Mitgliederversammlungen führten unter anderem inspirierende Diskussionen zum Namen der Stiftung. Am 25. Juni wurde dann der Name Rosa Luxemburg beschlossen.

Es gab eine Projektgruppe «Aufbau der Stiftung» und verschiedene Arbeitsgruppen, zum Beispiel zur politischen Bildungsarbeit, zur Gesellschaftsanalyse in der Alternativen Zukunftskommission, der Auslandsarbeit, der Arbeit im Westen, der Studienförderung, zur Überführung der Zeitschrift *Utopie kreativ* in die Stiftung und auch zum Aufbau eines Archivs und einer Bibliothek. Die Ergebnisse der Beratungen all dieser Arbeitszusammenhänge mussten zusammengeführt, diskutiert und transparent in Beschlüsse der Mitgliederversammlung umgesetzt werden.

Für den Aufbau des Archivs und der Bibliothek übernahm Jochen Weichold, Gründungsmitglied der Stiftung, langjähriges Vorstandsmitglied und Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss, die Verantwortung. Die Bestandteile dieses zu schaffenden linken Gedächtnisses waren recht schnell definiert: die Archivalien der PDS-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, aber auch solche aus der letzten Volkskammer der DDR, Nachlässe von Persönlichkeiten der politischen Linken in ihrer ganzen Vielfalt, Archivalien zur Stiftung selbst: des Vereins Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, ab 1999: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. Die Sammelgebiete der Bibliothek sollten im Wesentlichen die inhaltlichen Arbeitsgebiete der Stiftung und der Landesstiftungen abbilden. Das schließt auch die Literatur zur Namensgeberin der Stiftung ein. Dazu kamen die vielen Schenkungen an Büchern, vor allem

DDR-Literatur, aber auch ganze private Bibliotheken – eine Herausforderung für die Kolleginnen und Kollegen, die sie ziemlich gelassen bewältigten. Überhaupt war die Grundstimmung in dieser aufregenden Zeit geprägt durch die Freude, am Aufbau dieser Stiftung beteiligt zu sein, sich einbringen zu können, mit Gleichgesinnten neue Wege zu gehen. Heftige Auseinandersetzungen um Meinungsverschiedenheiten gehörten unbedingt dazu.

Für den Aufbau des Archivs ging es nun darum, die förderwürdigen Archivalien zu beschaffen. Das erledigte sich nicht im Selbstlauf, denn die Abgeordneten, die ihre Unterlagen bereitstellen sollten, mussten mitunter davon überzeugt werden, dass ihre Akten aus dem parlamentarischen Betrieb wichtig für ein linkes Gedächtnis waren und dass sie in genau dieses Archiv gehörten! Die eintreffenden Archivalien wurden sofort auf ihren Umfang in laufenden Metern geprüft, um den zuwendungsrechtlichen Bedingungen gerecht zu werden. Jochen Weichold hielt uns darüber ständig auf dem Laufenden. Eine wichtige, sich langfristig auswirkende Entscheidung war die über die Wahl der Archivsoftware. Mehrere Produkte wurden begutachtet, bis die Entscheidung für AUGIAS-Archiv fiel, was sich als sehr sinnvoll für die Bedürfnisse unseres Archivs erwies. AUGIAS-Biblio wurde für die Bibliothek erworben. Nun begann die archivalische Arbeit, die Arbeit an den ersten Findbüchern. Nach meiner Erinnerung gab es kein Gremium in der Stiftung, in dem Jochen Weichold nicht erklären musste, was ein Findbuch ist: im Vorstand, in der Leitung, im Kuratorium, im Rat der Landesstiftungen, in den Bereichen der Stiftung, den ersten Gesprächskreisen und in den stiftungsübergreifenden Arbeitszusammenhängen. Das

erste Findbuch, das stolz präsentiert werden konnte, wies den Bestand von PDS-Abgeordneten der letzten Volkskammer der DDR aus. Der Aufbau der Stiftung stieß auf erhebliches öffentliches Interesse. Vor allem in der nahestehenden Partei mit ihren verschiedenen Strukturen gab es einen großen Informationsbedarf und den Wunsch, sich darüber auszutauschen. Das betraf auch das entstehende Archiv. Am 19. November 1998 gab es ein Treffen mit der historischen Kommission und dem Kommunikations- und Informationszentrum der PDS. Beraten wurde über das Verhältnis des historischen Archivs der PDS zum Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wie sollte mit den Archivalien der Landtagsfraktionen umgegangen werden oder mit bedeutenden Nachlässen aus Kreisorganisationen? Wie sollte die Publikationstätigkeit des Archivs der Stiftung aussehen, wie könnte die fachliche Fortbildung der Archivare erfolgen und welche Neuerwerbungen kämen infrage?

Am 26. August 1998 fand die später immer wieder zitierte Beratung mit den Landesstiftungen statt, bezeichnet als «Potsdamer Konsens», in der wir uns über grundlegende Fragen der Zusammenarbeit verständigten – über inhaltliche Schwerpunkte, Arbeitsteilungen, gegenseitige Information und natürlich Finanzen. Auch Archiv und Bibliothek waren Diskussionsgegenstand. Diese Beratung, die keineswegs konfliktfrei verlief, war die entscheidende Basis dafür, auch schwierige Jahre wie die nach 2002, in denen die nahestehende Partei nur noch mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten war, was für uns Mittelkürzungen bedeutete, solidarisch zu überstehen. Ein Vorgang, der die Atmosphäre in der Stiftung auf Jahre prägen sollte.

Dem Zuwendungsgeber musste nun überzeugend deutlich gemacht werden, dass wir in der Lage sind, das Archiv aufzubauen und damit auch den Förderantrag stellen können. Die Gespräche dazu fanden am 6. Mai 1999 in Bonn statt. Der Förderantrag zur Aufbereitung und zum Erhalt zeitgenössischer Archivalien wurde im Mai 1999 gestellt, damit die Mittel zusammen mit den ersten Globalmitteln im August ausgereicht werden konnten. Beim Haushaltsausschuss musste ein Entsperrungsantrag zusammen mit den Globalmitteln aus dem Bundesministerium des Innern gestellt werden.

Thema war natürlich auch die sachgerechte Unterbringung der Archivalien. Als die ersten Kolleginnen und Kollegen ab August 1999 eingestellt wurden, saßen sie zum Teil an Tapeziertischen aus persönlichem Bestand, bis die Büromöbel geliefert wurden. Ein Höhepunkt bei der Ausstattung der Stiftung war die Anlieferung und Aufstellung der Regalanlage für das Archiv. Wir bestaunten die Rollregale und ließen uns die Systematik der Unterbringung der Archivalien erklären. Nun konnten auch Besuchergruppen der Stiftung einen anschaulichen Eindruck von dem wachsenden «linken Gedächtnis» gewinnen.

Das Archiv Demokratischer Sozialismus ist auch ein Wissensspeicher für die Entwicklung linker politischer Bildungsarbeit bundesweit und die Geschichte aller Bereiche der Stiftung: der Projektgruppe (später: Institut für) Gesellschaftsanalyse, dem Studienwerk, der Auslandsarbeit und den verschiedenen Kooperationen mit gesellschaftlichen Partnern. So wie den Abgeordneten teilweise vermittelt werden musste, wie wichtig die Bestückung des Archivs mit ihren Dokumenten ist, so traf das auch auf die Mitarbeiter*innen der Stiftung zu. Akten-

pläne wurden erstellt und allmählich gingen auch die Arbeitsmaterialien aus den Bereichen der Stiftung ein. Eigentlich könnte daraus einmal eine Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung geschrieben werden.

Zehn Jahre waren 1999 vergangen seit den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen 1989, die selbstverständlich in der Arbeit der Stiftung aufgegriffen wurden, zum Beispiel in der Veranstaltung «Herbststürme». Die Entwicklungen in Osteuropa waren Gegenstand der Arbeit ebenso wie Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit, Technologie und Gesellschaft oder die Beschäftigung mit westlichen Marxist*innen und Gesellschaftswissenschaftler*innen. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus gehörte seit der Gründung der Stiftung zu den zentralen Themen. Bei all diesen Projekten spielte die Rolle von Kultur als unverzichtbarer Bestandteil von Bildung eine wichtige Rolle. So gab es mehrere Treffen mit Kulturschaffenden, Künstlerinnen und Künstlern, die außerordentlich reges Interesse an ihrem Mitwirken beim Aufbau der Stiftung bekundeten. Die Archivierung von Kulturgut und künstlerischen Arbeiten wurde angesprochen und was die Stiftung dazu beitragen könnte. Sicher war das nicht im gewünschten Rahmen möglich, doch einige wenige Arbeiten befinden sich im Archiv.

Jede Generation möchte neue Wege gehen, ganz gleich auf welchem Gebiet der gesellschaftlichen Entwicklung: in Wissenschaft, Technik, Bildung, Politik ... Diese neuen Wege können jedoch nur dann erfolgreich beschritten werden, wenn sie die Erfahrungen, Irrwege, Erfolge und Konflikte vorausgegangener Generationen respektvoll zur Kenntnis nehmen.

Archive als «Gedächtnis» und Bibliotheken als «Wissensspeicher» sind unverzichtbar für die Entstehung neuen Wissens. Viel Wissenswertes ist noch bewahrt in Archiven und wartet darauf, entdeckt zu werden. Übrigens ist das nur in Friedenszeiten umfassend möglich.

Die Linke in Deutschland und auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben mit dem Archiv Demokratischer Sozialismus die Chance, die eigene Realität und Perspektive mit historischen Erfahrungen ins Verhältnis zu setzen.



20 JAHRE ARCHIV DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GEDÄCHTNIS- BILDNER

PARTEI

PARLAMENT

STIFTUNG

BEWEGUNG

PERSON

BERND RIEXINGER

Gedächtnis

Der Zugang zu Büchern ist einem Arbeiterkind nicht in die Wiege gelegt. Bei uns zu Hause gab es keine Bücher. Als Kind bin ich trotzdem schnell eine Leseratte geworden. Wer in einem kleinen schwäbischen Dorf aufwächst, hat kaum Zugang zur linken Geschichte. Statt auf die Erfahrungen anderer zugreifen zu können, mussten wir uns selber organisieren. Erst im Dorf, dann in Weil der Stadt, wo wir zusammen ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aufgebaut haben. Das Gedächtnis unserer Jugendaktivitäten

reicht heute kaum über uns Aktive hinaus. Das Jugendzentrum – und das ist vielleicht wichtiger – gibt es noch heute. Das linke Gedächtnis fängt klein an. Doch die kleinen linken Kämpfe zeitigen Erfolge. Ist ein Erfolg erstmal erreicht, wird leicht vergessen, dass er erstritten wurde. Das politisch-historische Gedächtnis ist stets auch eine Anleitung zum Selbermachen.

LANGE LINIEN

Ausgerechnet die Pfadfinder haben mich mit der größeren linken Geschichte in Kontakt gebracht. Der Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) war damals stark beeinflusst von jungen Student*innen der 68er-Bewegung. Wir lasen zusammen Marx und viele andere Klassiker. Ohne diese linken Pfadfinder wäre ich in der schwäbischen Provinz kaum mit marxistischem Gedankengut in Kontakt gekommen. Jede Generation bewertet wieder neu, was eigentlich erinnerungswürdig ist und weitergetragen wird. Das gilt vor allem für Bewegungen und ihre Konjunkturen.

Mit der organisierten Arbeiterbewegung bin ich einerseits über die Gewerkschaft in Berührung gekommen und andererseits über die ehemaligen Genoss*innen der Kommunistischen Partei Opposition (KPO). Die großen linken Organisationen wie SPD, KPD und die jeweiligen Gewerkschaften haben meist ihre eigene Organisationsgeschichte. Welcher Teil der Archive da geöffnet, welche Schriften da gelesen werden, ist nicht selten umkämpft. Das lässt sich gerade bei der KPO studieren. Die KPO war in den 1920ern die stärkste organisierte Strömung in der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD). Ihr gehörten unter anderem der ehemalige KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler und mit August Thalheimer einer der größten kommunistischen Theoretiker

an. Thalheimer hatte schon im Jahr 1928 vor der drohenden faschistischen Machtübernahme gewarnt und eine heute noch lesenswerte Faschismustheorie entwickelt. Die KPO forderte frühzeitig, dass die KPD eine Einheitsfront gegen den Faschismus aufbauen solle. Folgerichtig kritisierte sie die verhängnisvolle Sozialfaschismusthese der KPD wie auch den (erfolglosen) Aufbau von eigenen Gewerkschaften (RGO) und bekämpfte die Stalinisierung der KPD. Wie anders wäre die Geschichte gelaufen, wenn sich ihre Linie durchgesetzt hätte. Die Geschichte lässt sich nicht mehr ändern, wir können jedoch aus den Fehlern und Irrtümern unserer Vorgängerinnen und Vorgänger lernen. Wichtige Persönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte, beispielsweise Wolfgang Abendroth, Willi Bleicher oder auch Theodor Bergmann, waren Mitglied der KPO.

Was sich wie graue Theorie anhört, wird lebendig, wenn man sich vorstellt, welchen Eindruck leibhaftige antifaschistische Widerstandskämpfer*innen auf junge Linke in den 1960er und 1970er Jahren machten. Mein Freund Theodor Bergmann, der vor zwei Jahren mit 101 Jahren verstorben ist, war so eine Person. Der Nationalsozialismus hat einen Gutteil des aktiven Gedächtnisses der deutschen Linken mit ihren Mitgliedern und Organisationen vernichtet. Umso wichtiger war es, diese alten Traditionen von Theodor Bergmann oder Willi Bleicher erzählt zu bekommen, um nicht wieder ganz bei null anzufangen. So wurden auch für mich manche Debatten der 1920er wieder fruchtbar gemacht und unsere Auseinandersetzungen wurden so (wieder) Teil einer größeren Geschichte der Linken. Gerade in der Konfrontation der Systeme waren diese – vorher wenig beachteten – verschütteten

Zwischenpositionen zwischen Sozialdemokratie und ML-Tradition wichtig: Demokratie und Sozialismus gehören für mich zusammen. Nicht immer ist klar, welche Traditionen noch einmal wichtig werden. Deswegen ist der Ansatz eines kollektiven Gedächtnisses der gesamten Linken wichtig. Sind die Zeitzeug*innen tot, machen oft nur die Archive ihre Gedanken wieder lebendig.

DER ZWEITE BRUCH 1990

Schon in den 1980ern begann das neoliberale Zeitalter. Die gesamte Linke geriet fast weltweit in eine Krise. Ebenso wurden die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt. Die Geschichte von Niederlagen muss erzählt werden, gerade weil die Geschichte meist eine Geschichte der Gewinner ist. Wer aus vergangenen Fehlern nicht lernt, kommt nicht voran. Doch auch in schlechteren Zeiten gibt es immer Hoffnung und Widerstand.

In den so schwierigen 1990ern ist die PDS entstanden, haben die Gewerkschaften trotz überregionaler Schrumpfung hier und da Erfolge erzielen können. Der Neoliberalismus ist selbst zu seinen Hochzeiten nicht unumstritten gewesen. Die PDS war eine Stimme der Entrechteten im neoliberalen Versuchslabor Ostdeutschland. Anfang der 1980er und nochmal Anfang der 1990er Jahre erlebte die Friedensbewegung einen enormen Zulauf gegen Aufrüstung und Krieg. Die Gewerkschaften konnten 1997 in einem wichtigen Kampf verhindern, dass im Krankheitsfall der Lohn reduziert wird. Dennoch hinterließen die Deindustrialisierung ganzer Regionen, vor allem politisch verursacht im Osten, wie auch die Rationalisierung, Globalisierung und Umstrukturierung der Ökonomie riesige soziale Verwüs-

tungen in West und Ost. Mit dem Umbau der Arbeitswelt haben die Gewerkschaften bis heute zu kämpfen. Gleichzeitig ging es nicht nur bergab. Im Dienstleistungsbereich gelang es, neue Branchen zu erschließen. Mit den Streiks unter anderem im Einzelhandel, im öffentlichen Dienst, bei den Erzieherinnen, im Gesundheitswesen oder auch bei Amazon sind neue Akteure in der Gewerkschaftsbewegung auf den Plan getreten und haben neue Streikformen entwickelt und tarifliche Erfolge erkämpft. Innovative Streikformen haben genauso wie die globalisierungskritische Bewegung Anfang der 2000er für einige Hoffnungsschimmer gesorgt.

WERTSCHÄTZUNG DES KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNISSES

Mit Rosa Luxemburg lässt sich sagen, dass die Massen vor allem in großen Bewegungen lernen. Was sich altbacken anhört, wurde mit den Protesten gegen Hartz IV und die Agenda 2010 Realität. Als Gewerkschafter und später als Mitbegründer der WASG habe ich diese riesigen Sozialproteste von Anfang an begleitet. Aufgrund dieses immensen Widerstands gegen die Verheerungen der Regierung aus SPD und Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder konnten sich PDS und WASG zur Linkspartei vereinigen. Seit 2005 gibt es, zum ersten Mal seit 1933, wieder eine gesamtdeutsche Partei links von der SPD, die im Bundestag vertreten ist. Das war historisch. Über die Vereinigung dürfen die vielen verschiedenen Quellen und Traditionen dieser Partei und ihrer Mitglieder nicht vergessen werden. Unser Gedächtnis ist so vielfältig wie unsere Traditionen.

Gerade Parteien und ihre verschiedenen Vorfelddorganisationen sind Träger und Ge-

dächtnis der alten und neuen sozialen Bewegungen. Sie sind Teil des kollektiven Gedächtnisses der gesamten Linken. Ihre Debatten, ihre Aktionen und ihre Erfahrungen sind ein Schatz, den wir manchmal zu wenig wertschätzen. Schon allein die Existenz einer linken Partei ändert den gesellschaftlichen Diskurs, wie ein Blick nach Österreich oder Ungarn heute schmerzhaft zeigt. Die gesellschaftlichen Debatten auch über unsere Vergangenheit mitzuprägen ist wichtig. Zu leicht werden Errungenschaften wie der Sozialstaat, der Frieden oder die Demokratie als selbstverständlich genommen. Aber fast alle unseren sozialen und demokratischen Errungenschaften wurden von unten erkämpft. Das wollen vor allem die Konservativen gerne vergessen machen.

LERNENDE UND KÄMPFENDE PARTEI

In den letzten Jahren hat sich DIE LINKE massiv verjüngt. Die Umbrüche in der Arbeitswelt stellen die Gewerkschaften und uns vor große Herausforderungen. Während ein Teil der Gesellschaft immer höher qualifiziert ist, verfestigen sich auf der anderen Seite prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Für mich als Parteivorsitzender von DIE LINKE ist die verbindende Klassenpolitik eine Existenzfrage. Es ist eine zentrale Aufgabe linker Politik, der Prekarisierung, Ausgrenzung und Spaltung der verschiedenen Teile der Lohnabhängigen eine Praxis entgegenzusetzen, die die Interessen verknüpft und so das Bewusstsein befördert, Teil einer Klasse zu sein. Solidarität der vielen gegen die Herrschaft der wenigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter heutzutage weiblicher, migrantischer und prekärer ist als je zuvor. Der Blick darf nicht beim klassischen Indus-

trieproletariat verweilen, sondern muss sich verstärkt auf neue Berufsgruppen richten, etwa in den Sozial- und Erziehungsberufen, in Gesundheit und Pflege, in Handel und Logistik. Der Klimawandel muss als eine existenzielle Klassenfrage verstanden werden. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz bedingen einander.

Eine aktive und organisierende Partei war und ist mir ein wichtiges Anliegen. Es macht mich stolz, dass sich DIE LINKE als starke Bündnispartnerin in fast allen relevanten Protestbewegungen etabliert hat. Das hat die Partei in Bewegung gebracht und Teile

der Bewegungen und ihre Aktivistinnen und Aktivisten zur Partei geführt. Auch thematische Kampagnen sowie Pilotprojekte des Organizing und der Haustürgespräche in Brennpunktstadtteilen tragen erste Früchte. Das Ziel bleibt die Verankerung in der Gesellschaft; das ist eine zentrale Voraussetzung, um die Gesellschaft zu ändern.

In vielen Fragen können wir aus der Geschichte lernen. Auch die Bewegungen für den Klimaschutz und gegen den Aufstieg der Rechten können aus einer langen und reichhaltigen ökosozialistischen und antifaschistischen Tradition schöpfen.

THOMAS HÄNDEL

Aus der Geschichte lernen

Den Finger in die Wunde gesellschaftlicher Missstände zu legen ist eine wesentliche Aufgabe linker Politik. Dazu braucht es ein gutes Gedächtnis. Für erkämpfte Erfolge genauso wie für gemachte Fehler und Niederlagen. Deshalb sind Archive unverzichtbar, für Linke besonders das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS). In diesem Archiv finden sich neben vielen wichtigen Dokumenten auch die Spuren des Aufbruchs der bis dahin zersplitterten westdeutschen Linken.

Im März 2004 schrieben wir, die Initiatoren, im Aufruf der «Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit»: «Die letzten Jahre, insbesondere aber die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in den letzten Monaten haben gezeigt: Die SPD hat sich von ihren Grundsätzen verabschiedet. Entgegen ihren Wahlversprechen von 1998 und 2002, die sie als eine Alternative zur neoliberalen Politik der Vorgängerregierungen erscheinen ließen, hat sie sich zur Hauptakteurin des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben entwickelt. Niemand von uns hatte erwartet, dass eine Partei mit so großer sozialer Tradition in so kurzer Zeit zum Kanzlerwahlverein mutiert, dessen aktuelle Politikziele nahezu alles negieren, wofür diese Partei in über hundert Jahren stand.»

Deshalb gründeten wir 2004 diese Initiative, ein offenes Bündnis zur Verteidigung unseres Sozialstaats und zur gerechten Gestaltung unserer Sozialsysteme und schrieben jenen Aufruf, der zehntausendfache Resonanz – national wie international – ausgelöst hat. Die Öffentlichkeit schien regelrecht darauf gewartet zu haben.

In der Folge hat dieser Aufruf wesentlich zu den Erfolgen der Linken in ganz Deutschland beigetragen. Er war und ist gleichsam ein «Merkzettel» für das Gedächtnis der LINKEN, aber auch für das der SPD und künftig wohl auch für das der Grünen. Die Initiative mündete 2004 in die Gründung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und 2007 in die gemeinsam mit der PDS gegründete Partei DIE LINKE.

Das war und ist eine Erfolgsgeschichte. Zum ersten Mal in der jüngeren deutschen Vergangenheit hat sich bundesweit eine Partei links von der SPD formieren und etablieren können. Eine Westausdehnung der PDS war

zuvor zwar immer wieder versucht worden, war angesichts des tief sitzenden Antikommunismus in Westdeutschland aber ohne Chance geblieben. Erst die Abkehr der SPD von ihrer Geschichte und ihrer sozialstaatlichen Orientierung eröffnete die Möglichkeit zur Bildung einer wirklich linken Formation. DIE LINKE hat die Politik verändert. Der drohende Durchmarsch des Neoliberalismus wurde gestoppt. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums, von Gesundheitssystem und Rente gilt vielen nicht mehr als Allheilmittel. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts konnte weitgehend gebremst und partiell revidiert werden, ohne DIE LINKE gäbe es keinen – wenn auch noch nicht ausreichenden – gesetzlichen Mindestlohn.

Links hat gewirkt, auch auf europäischer Ebene. Selten konnten so viele Erfolge in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie im Verbraucherschutz erzielt werden wie in den letzten zehn Jahren im Europäischen Parlament – auf Initiative und mit maßgeblicher Beteiligung der Linken.

Aber wir sind längst noch nicht am Ende des Weges. Die Politik der Vergangenheit wirkt nach. Prekarität breitet sich weiter aus, die Verarmung wächst. Massive Kräfte auf nationaler und europäischer Ebene verhindern die Angleichung der Lebensverhältnisse hin zu einem sozialeren Europa. Spekulation und Mietwucher nehmen zu, Militarisierung und Aufrüstung lassen die Kriegsgefahr wachsen. Mit Digitalisierung und Klimawandel ziehen Bedrohungen herauf, die die Menschen als übermächtig und existenzbedrohend empfinden. Die Notwendigkeit einer starken überzeugenden linken Alternative liegt auf der Hand.

Heute ist DIE LINKE ein bedeutender Faktor des deutschen Parteiensystems und hat sich vor allem als sozialpolitischer Korrekturfak-

tor in der politischen Landschaft etabliert. Sie hat eine Reihe von Erfolgen errungen, die in der bundesdeutschen Parteiengeschichte beispiellos waren. Damit sie das auch weiterhin tun kann, ist aber eine offensivere Aufstellung nötig. Über die Zukunft der LINKEN wird weniger ihre Personalpolitik entscheiden, sondern ob sie sich an den Brennpunkten der sozialen Auseinandersetzungen als Meinungsführerin erweist.

Zur Geschichte dieser jungen Partei gehört seit 2010 aber auch eine Phase der Stagnation, verbunden mit bitteren Niederlagen bei Wahlen, kontinuierlich sinkenden Zustimmungswerten in Umfragen und Verlusten bei ihren Kernwählerschichten. Welche Folgen dies für die politische Außendarstellung der Partei und ihre gesellschaftliche Verankerung hat, lässt sich nur erahnen.

Der Markenkern der WASG war immer identisch mit der Kernkompetenz der LINKEN: Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Eine Vernachlässigung dieser Kompetenz hätte negative Folgen für die programmatisch-strategische Entwicklung der LINKEN. Die WASG war strikt auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitnehmer*innen, Rentner*innen und Erwerbslosen sowie auf die Popularisierung von Alternativen orientiert. Das war eine strategische Antwort auf die Zumutungen der Agenda 2010, die ihrerseits die rot-grüne Reaktion auf die Krise im Zuge der Durchsetzung des Finanzmarktkapitalismus war. Diese Entscheidung für den Vorrang der sozialen Verteidigung gehört in die Debatte über den Kurs der LINKEN. Die Ansprache der bedrohten Arbeitnehmer*innen (im Westen) war das «Kapital», das die WASG mit in die neue LINKE eingebracht hat. Verschwindet dieser historische und politische Bezugspunkt, schwindet die Akzeptanz

und Zustimmung für DIE LINKE. Das hat negative Folgen für ihre Mitgliederbasis und Mobilisierungsfähigkeit. Der von vielen beklagte Exodus von aktiven Gewerkschafter*innen aus der LINKEN ist mittlerweile gravierend, die Wahlanteile in den gewerkschaftlichen Wählerschichten erst recht.

Niemand wird behaupten, dass das Verschwinden der WASG die Ursache für die aktuellen problematischen Entwicklungen wäre. Allerdings kann der Attraktivitätsverlust der LINKEN zurückgeführt werden auf das Schwinden des Markenkerns Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Es ist daher, wie bereits der frühere Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Heinz Vietze betonte, ein lohnendes Vorhaben, Ressourcen in die Sicherung des historischen und politischen Erbes der WASG als Reservoir für die Traditionsbestände der LINKEN zu stecken. Dieses Vorhaben ist kein Selbstzweck. Es reicht nicht aus, die Geschichte der WASG neben die Geschichte der PDS zu stellen und beide Traditionsbestände unvermittelt nebeneinander stehen zu lassen. Die Partei DIE LINKE kann dadurch gewinnen, dass sie die Geschichte der beiden Quellparteien aufnimmt und dass so eine gemeinsame Geschichte der LINKEN entsteht. Der Austausch über die verschiedenen Wurzeln und Traditionen der Linken ermöglicht einen Prozess, in dem Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und gemeinsame Traditionslinien ermittelt werden.

Die bereits im Archiv befindlichen Interviews mit der Gründungsgeneration der WASG sind Teil der Sicherung ihres Erbes. Es handelt sich weder um eine abschließende Darstellung zur Geschichte der WASG noch um eine Analyse. Es ist die subjektive Sicht derjenigen, die die neue Partei gründeten und den Weg in DIE LINKE mit-

gingen; die Interviews vermögen wichtige Anstöße für die weitere Auseinandersetzung mit der Geschichte der LINKEN und deren Weiterentwicklung zu geben.

Das Archiv Demokratischer Sozialismus bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem die Verwaltung des Archivguts der LINKEN obliegt, hat sich auch der schwierigen Aufgabe angenommen, das verfügbare Archivgut der WASG zu systematisieren. Das abgelieferte Archivgut der WASG wurde erfasst. Es weist aber bis heute Lücken auf, die es zu schließen gilt. Offen ist die Frage, inwiefern sich diese Lücken durch Quellenmaterial, das sich im Privatbesitz bzw. in Archiven regionaler Gliederungen befindet, schließen lassen. Allein einen einigermaßen geschlossenen Archivbestand zur Geschichte der WASG zusammenzustellen und zugänglich zu machen wäre jedenfalls eine ebenso lohnende wie schwierige und ressourcenintensive Aufgabe, deren Umsetzung noch aussteht. Es fehlt bislang ein analytischer und systematisierter Zugang zur Geschichte der WASG, um diese Formation als eigenständiges Phänomen der deutschen Politikgeschichte zu würdigen und zu untersuchen.

Schließlich ist auch der Prozesscharakter der kurzen WASG-Geschichte kaum gewürdigt worden, einer Formation, die als linke Sammlungsbewegung für den Sozialstaat begann, in Wahlkämpfen zur Partei wurde und praktisch unmittelbar nach der Parteiwerdung in eine neue Dynamik stürzte, die in der eigenen Auflösung münden sollte. Wie diese Aneinanderreihung außerordentlicher Ereignisse und Anforderungen mit den Erfordernissen des Parteaufbaus vor Ort, der innerparteilichen Demokratie und Kommunikation sowie der organisatorischen Stabilisierung zu vereinbaren war, ist

praktisch nicht untersucht worden. Gerade dieses Ineinander von Parteaufbau und atemloser Eile wird in den archivierten Interviews sehr deutlich.

Ein wesentliches Ziel des Archivs wäre erreicht, wenn es mit Aufarbeitung dieses Stücks der Parteigeschichte ein neues Interesse an der Geschichte der LINKEN erzeugen würde. Das wäre unbedingt nötig.

Gerade heute gilt es wieder, das Gedächtnis aufzurufen. Denn der Mobilisierungskern der WASG ist nach wie vor relevant. Nach

wie vor geht es um die Verteidigung der sozialen Interessen der Mehrheit. Nach wie vor geht es um den Konflikt «die da oben – wir hier unten», also um eine Klassenauseinandersetzung.

Die Begriffe gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören zu den tragenden Säulen unserer Programmatik. Sie zu vernachlässigen wäre nicht nur die Preisgabe eines wesentlichen Teils des Erbes der Arbeiterbewegung, sondern auch das Gegenteil des Imperatives, «aus der Geschichte lernen» zu sollen.

Auf den Spuren des Ältestenrates der Partei DIE LINKE

Als ich Anfang des Jahres 2018 gefragt wurde, ob ich eine Geschichte des Ältestenrates der Partei DIE LINKE oder zumindest Splitter zu einer solchen Geschichte schreiben bzw. zusammentragen könne, habe ich keineswegs sofort zugesagt. Vielmehr nahm ich eine Vor-Recherche unter den Fragestellungen vor: Was findet sich zum Ältestenrat und zu seinem Vorgänger, dem *Rat der Alten* der PDS, auf der Internetseite der Partei DIE LINKE? Welche Fundstellen gibt es im Bestand «Partei Vorstand der PDS – Die Ära

Gysi (1989 bis 1993)» im Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS)?

Auf der Internetseite der Partei DIE LINKE fand sich ein knapper Hinweis darauf, dass der *Rat der Alten* auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 aus der Taufe gehoben worden war. Insbesondere fanden sich auf dieser Seite alle Erklärungen und Stellungnahmen, die der Ältestenrat seit 2002 abgegeben hatte. Die Recherche im Findbuch zum Bestand «Partei Vorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993)» ergab sechs Fundstellen mit einzelnen Dokumenten. Aus den noch nicht erschlossenen Beständen des Parteivorstandes der PDS grub der Archivar Jan Runkwitz mittels der Ablieferungsverzeichnisse eine «bereinigte» Akte des *Rates der Alten* aus, die zwar als Laufzeit die Jahre 1993 bis 1997 versprach, aber nur Unterlagen aus dem Jahr 1997 enthielt. Die Akte war von Horst Siebeck, dem im Juni 2006 verstorbenen langjährigen Sekretär des *Rates der Alten*, abgeliefert worden. In der Hoffnung, im Sekretariat des Ältestenrates noch auf einige aufschlussreiche Dokumente zu stoßen, sagte ich zu, den Auftrag zu übernehmen.

Zwar zerschlug sich diese Hoffnung, doch in der Kunststoff-Sichthülle mit der aktuellen Liste der Mitglieder des Ältestenrates samt Kontaktdaten fand sich die Kopie eines Artikels von Edwin Schwertner aus der Mitgliederzeitschrift *Disput* aus dem Jahr 2003 mit dem Titel «Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet. Zur Geschichte des «Rates der Alten» beim Parteivorstand», der nicht nur einen kurzen Abriss der Geschichte des Rates darstellte, sondern auch den für die weitere Arbeit wertvollen Hinweis enthielt, dass die Erklärungen und Stellungnahmen des *Rates der Alten* zumeist im *PDS-Pres-*

sedienst veröffentlicht worden seien. Die Durchsicht des *PDS-Pressedienstes*, den die mit dem ADS verbundene Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung bewahrt, füllte wesentliche Lücken in der Überlieferung für die 1990er Jahre. Hier fanden sich nicht nur Erklärungen und Stellungnahmen des Rates, sondern auch Kurzberichte über die Diskussionen im *Rat der Alten*, die Georg Fehst, der Redakteur des *PDS-Pressedienstes*, als Beobachter, aber auch Mitglieder des Rates selbst hautnah in lebendiger Form übermittelten.

Edwin Schwertner war nicht nur der Autor des oben genannten Artikels, sondern gehörte seit mindestens Anfang 1991 selbst dem *Rat der Alten* an und fungierte von Mitte der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre als einer der Sprecher dieses Gremiums. Zudem verfasste er zusammen mit Otfried Arnold, Helmut Zessin und anderen eine illustrierte Chronik der PDS, die auch interessante Fakten zur Geschichte des *Rates der Alten* enthält. Als Zeitzeuge wäre er sicher eine ergiebige Quelle gewesen, nur leider war er zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Geschichte des Ältestenrates bereits gestorben. Nicht viel besser erging es mir mit Moritz Mebel, von 1990 an Mitglied des *Rates der Alten* und viele Jahre einer seiner Sprecher, bis er sich Ende der 1990er Jahre aus dem Rat zurückzog, enttäuscht darüber, dass der Kontakt zum Vorstand und zum Parteivorstand nur noch sporadisch war, sodass ihm die beratende Funktion des Gremiums obsolet erschien. Als ich Moritz Mebel in der zweiten März-Hälfte 2018 anrief, bedauerte er, mir nicht helfen zu können. Man habe damals im Rat viel diskutiert, aber an Einzelheiten könne er sich nicht mehr erinnern und die Unterlagen aus der Ratstätigkeit habe er bereits vor längerer Zeit weggeworfen.

Als Quellen ergiebiger waren die Zeitzeugen Hermann Klenner, Thomas Falkner und Heinz Vietze. Hermann Klenner, seit 2008 im Ältestenrat der Partei DIE LINKE aktiv, gab interessante Einblicke in die Diskussionskultur und in den Entstehungsprozess von Erklärungen und Stellungnahmen dieses Gremiums. Thomas Falkner, der viele Jahre im Bereich Strategie und Grundsatzfragen des Parteivorstandes tätig war, berichtete als Insider, dass sich der Rat und Hans Modrow persönlich immer wieder mit der Entwicklung der Partei im Land Brandenburg beschäftigt hatten. Die Palette der Themen, mit denen sich der Rat und Hans Modrow befassten, reichte dabei von einer kritisch-konstruktiven Begleitung der Regierungsbeteiligung der LINKEN über die Arbeit der Enquete-Kommission «Zur Aufarbeitung der Geschichte und zur Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur sowie des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg», über Verfassungsfragen und über Fragen der Achtung ostdeutscher Lebenswege bis zur Analyse der Ursachen für die empfindlichen Stimmenverluste der LINKEN bei der Landtagswahl im September 2014 in diesem Bundesland. Heinz Vietze, der langjährige stellvertretende Vorsitzende bzw. Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag von Brandenburg, erzählte mir in längeren Telefongesprächen im April 2018 von den Anfängen des *Rates der Alten*, in die er involviert gewesen war. Um dem neuen Gremium die notwendige Repräsentativität zu verleihen, bedurfte es der Herstellung einer bestimmten politisch-gesellschaftlichen Breite in seiner personellen Zusammensetzung – eine Aufgabe, der sich mit der Auswahl der Mitglieder des *Rates der Alten* und ihrer Gewinnung insbesondere Michael

Schumann, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS, und er widmeten. Auch 2007 bei der Bildung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE agierte Heinz Vietze in diesem Sinne, dieses Mal gemeinsam mit Thomas Händel, dem Schatzmeister der WASG.

Die oben angeführte illustrierte Chronik der PDS von Edwin Schwertner, Otfried Arnold, Helmut Zessin und anderen bot mit ihren Fakten zum *Rat der Alten* wiederum Ansatzpunkte, um diese Fakten mit Dokumenten aus dem noch unerschlossenen Bestand «Partei Vorstand der PDS (1993 bis 2007)» im ADS zu vertiefen und anschaulich zu erläutern. Das betraf zum Beispiel die Sitzung des Parteivorstandes der PDS am 31. Januar 1994, auf der sich dieses Gremium mit der weiteren Tätigkeit des *Rates der Alten* befasste. In den Akten fand sich der Beschluss des Parteivorstandes, die Tätigkeit des Rates fortzusetzen, um die vom Rat gesammelten Erfahrungen zu nutzen, den Rat um geeignete Persönlichkeiten zu erweitern und Beratungen über die Wahlprogramme der Partei, zur Geschichtsproblematik und zur Auswertung der Ergebnisse der Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen durchzuführen.

Natürlich bin ich auch dem eingangs genannten knappen Hinweis nachgegangen und habe in dem im Berliner Dietz-Verlag edierten Protokoll der Beratungen des Außerordentlichen Parteitagess der SED/PDS im Dezember 1989, dessen Original samt den dazu gehörigen Stenogrammen im ADS aufbewahrt wird, zum *Rat der Alten* recherchiert. Am 16. Dezember 1989 erklärte der damalige stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Berghofer im Auftrag der Tagungsleitung, dass es der Parteivorstand für angebracht halte, dass der Parteivorsit-

zende Gregor Gysi einen Rat «aus älteren, kampferfahrenen Genossen» beruft, «um sich mit ihm entsprechend den Erfordernissen zu Grundfragen der Theorie und Praxis, der Politik zu konsultieren». Dem Parteivorsitzenden als Jüngerem sollten die Erfahrenen beratend zur Seite gestellt werden. Berghofer informierte dann darüber, welche Genossinnen und Genossen um ihre Mitarbeit in diesem Rat gebeten wurden. Offiziell konstituierte sich der *Rat der Alten* beim Parteivorstand der SED/PDS schließlich am 12. Januar 1990.

Archiv-Materialien und andere schriftliche Quellen sind ebenso wie die Befragung von Zeitzeugen das eine. Das andere, nicht minder Wichtige besteht darin, sich ein eigenes Bild zu verschaffen. So habe ich die Gelegenheit genutzt, am 26. April 2018 an einer Sitzung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE teilzunehmen, auf der die Mitglieder des Gremiums mit den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger über die Vorbereitung des Leipziger Parteitages der LINKEN im Juni 2018 berieten und sich kritisch mit der Arbeit der Parteiführung auseinandersetzten. Die Diskussion, aus der ich einige «Splitter» in die Endfassung des Abrisses der Geschichte des Ältestenrates der Partei DIE LINKE einfließen lassen konnte, bestätigte die Einschätzung des Zeitzeugen Hermann Klenner, dass sich der Rat immer links von der offiziellen Parteilinie verortete. Ursprünglich gedacht als Beratungsorgan des Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes der PDS, mutierte der *Rat der Alten* immer mehr zum Mahner der Partei und ihrer Führung, eine Funktion, die auch der Ältestenrat der Partei DIE LINKE in ähnlicher Form übernommen hat.

CLAUDIA GOHDE

Von der Archivierung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Früher mussten die alten Ordner noch geleert werden, es war ein Deckblatt mit der Inhaltsangabe zu beschriften. Und dann wurde der Stapel mit naturweißer Schnur eingebunden und mit einem Archivknoten versehen. Der Genosse Archivar wurde benachrichtigt und er holte die Akten – zu meiner Verwunderung mit großer Freude – ab und lagerte sie im Keller zwischen. Irgendwann kamen sie dann in die Stiftung. Daran hat sich im Laufe der Jahre nur wenig geändert: Der Genosse Archivar ging in

Rente, die Büros der Geschäftsstelle kümmern sich selber um die Überstellung an die Stiftung und die Aktenordner bleiben komplett, das Verknoten ist nicht mehr nötig und die Kenntnis des Archivknotens ist so überflüssig geworden wie das Auswechseln eines Farbbandes bei der Schreibmaschine.

So weit ist die Archivierung aus Sicht einer Geschäftsstelle ein eher bürokratischer Vorgang. Wie habe ich mich gefreut, auf einen Schlag 80 Quadratmeter Keller und zwei Räume leerzubekommen, als das Archiv Demokratischer Sozialismus meterweise Akten aus den 90ern abgeholt hat. Man braucht den Regal- und Speicherplatz, das Alte muss raus.

Aber neben der arbeitstechnischen gibt es ja auch die lebensweltliche Seite. Das ist der schwierigste Teil der Archivierung: Was ist so alt und überflüssig für den Arbeitsalltag, dass man es weggeben kann? Nur das, was wirklich nicht mehr gebraucht wird, kommt ins Archiv. Und ist das, was ich abgeben will, archivwürdig?

Viele Akten, die ich über die Jahre ins Archiv gegeben habe, sind ein Teil meines politischen Lebens: die Parteivorstandsakten der frühen 90er, die Unterlagen der AG West der 90er Jahre, Papiere von den ersten Versuchen der Mitgliedergewinnung und der politischen Bildung, die Dokumente der Parteireform Anfang der 2000er, der Partiefusion, der Mindestlohnkampagne und diverse Bürgerkorrespondenz in turbulenten Zeiten – die meisten Archivstücke tragen meine Gebrauchsspuren und geben wieder, was ich für die Dokumentation als wichtig befand. Ich habe mich immer schwer davon getrennt und dabei gehofft, dass jemand damit etwas anfangen kann. Es ist ein bisschen wie mit lieb gewordenen Klamotten,

die nicht mehr passen. Zum Wegschmeißen zu schade, aber in der Altkleidersammlung können sie vielleicht noch einen guten Zweck erfüllen.

Was fangen spätere Leser*innen mit den Akten an, die meine Kolleg*innen der Bundesgeschäftsstelle und ich abliefern? Bilden sich in den Unterlagen der Wahlkampfleitung wirklich die Debatten ab, die wir um die Plakatkampagnen führten? Kann man in den Dokumenten der Antragskommissionen der Parteitage die strategischen Differenzen erkennen? Erlaubt das Studium von mehreren Jahrgängen Bürgerpost Schlussfolgerungen auf veränderte Erwartungen der Bürger*innen an die Partei? Meine Fragen offenbaren Skepsis. Was sehen andere in unseren Akten?

Zwei politische Dimensionen werfen für uns Linke ihre Schatten auf den Umgang mit den Akten: der Datenschutz und die Geschichtsaufarbeitung. Während der Datenschutz weitgehend formal geregelt ist und auch aus politischen Gründen von einer linken Partei umgesetzt werden muss, ist die Geschichtsaufarbeitung mit einem Dilemma versehen, denn erfahrungsgemäß kann aus derselben Aktenlage die Geschichte ganz verschieden geschrieben werden.

Wie es ist, Geschichte aus Parteiakten zu erfahren, durfte ich in einigen Fällen sehr hautnah erleben: In den 90er Jahren habe ich etliche MfS-Akten gelesen, in denen sich auch die SED manifestierte. Später habe ich SED-Akten über ihre Organisationen im Westen gelesen. Und vor wenigen Jahren wurden im Keller des Karl-Liebknecht-Hauses überraschend SED-Akten aus der Kulturverwaltung aufgefunden. Fein säuberlich waren für alle Kulturschaffenden der DDR Akten angelegt worden, in denen mehr oder weniger unappetitlicher (vonseit-

ten der Staatsführung) Schriftverkehr mit Stephan Hermlin, Heiner Müller, Christa Wolf dokumentiert wurde.

Ich habe gelernt, dass manche Akten geschrieben werden, um in einem System anerkannt zu werden, oder einfach, weil die Interessenlage es so bestimmte. Umgekehrt werden viele Vorgänge (aus ganz unterschiedlichen Gründen) nicht aktenkundig festgehalten. Akten erzählen also immer nur einen Teil der Wahrheit. Das Wissen darum macht die Herausgabe von Akten schwer, die von emotionalen Veranstaltungen, Visionen und kritischen Entscheidungen handeln, denn womöglich wird in 30 Jahren aus den Akten eine ganz andere Geschichte erzählt, als ich sie erlebt habe.

Kein Aufsatz über die Archivierung, ohne über Digitalisierung zu sprechen. Nicht nur, dass auch die digitalen Akten dem Archiv zu übergeben sind, es sind heutzutage auch wahnsinnig viele Fakten online abrufbar und sehr viele Vorgänge auf den Websites und Blogs dokumentiert, ohne dass wir sie aktiv archiviert haben. Google, die sozialen Medien, überhaupt das Internet, hat alles, weiß alles, findet alles. Gerade ergab meine Suche über Google: 84.800.000 Ergebnisse in 0,36 Sekunden beim Suchwort «pds», 54.900.000 Ergebnisse in 0,56 Sekunden bei «DIE LINKE» und immerhin 3.750.000 Ergebnisse in 0,34 Sekunden bei «archiv demokratischer sozialismus».

Wer – Bisky, Gysi, Schumann oder Brie – hat die Entschuldigung auf dem Sonderparteitag der SED ausgesprochen? Wie haben die Mitglieder des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der PDS bei der Urabstimmung für die Fusion mit der WASG und für die Gründung der LINKEN gestimmt? Das alles wird doch übers Internet zu finden sein. Warum dann noch ein Archiv?

Die fast unendliche Faktenanhäufung im Internet ist gleichzeitig eine fast unendliche Ansammlung von «alternativen» Fakten. Allein deswegen ist die Sicherung von Fakten und Dokumenten in einem seriösen Rahmen, den ein professionelles Archiv bietet, wichtig. Sehen wir uns beispielsweise die Aufarbeitung der Geschichte der SED durch die frühe PDS an, dann wird man anhand der Dokumente eine ganz andere Geschichte schreiben als beispielsweise anhand der Artikel aus der *Welt* zum selben Thema. Letztere werden aber aufgrund der Algorithmen des Internetgedächtnisses den Suchenden um ein Vielfaches häufiger angezeigt als die Dokumente der Parteigeschichte.

Es ist also auch entscheidend, dass die Akten an einen vertrauenswürdigen Ort gehen. Und deshalb bin ich froh, dass es mit

dem Archiv Demokratischer Sozialismus in der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine professionelle Archivlösung gibt, die für eine sorgfältige Lagerung und Aufbereitung sorgt und in der Tradition einer kritischen Geschichtsaufarbeitung steht. Politik realisiert sich über das Handeln der Menschen, durch das gesprochene und geschriebene Wort sowie durch die visualisierte Botschaft. Diese drei Formen sind und bleiben für die (linke) Politik die wichtigsten Ausdrucksformen. Auch wenn viele Politiker*innen ihre Mitteilungen mittlerweile auf 280 Zeichen bei Twitter bzw. 140 Zeichen bei WhatsApp begrenzen, bleiben Texte, Fotos, Ton- und Bildaufnahmen die wichtigsten Zeugnisse. Sie zu sichern, aufzubereiten und für die kommenden Generationen als Gedächtnis zur Verfügung zu stellen, das ist unverzichtbar.

Meine blaue Kladde

Als ich erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, bekam ich ein dickes blaues Schulheft geschenkt. Ich möge alles, was ich erlebe und was mir begegnet, darin festhalten, sofern ich es bemerkenswert finde. Eine Kladde fürs Gedächtnis ward mir empfohlen.

Etliche Jahre später wurde ich vom Bundestag in das Kuratorium der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt. Sie befasste sich mit der Geschichte der DDR, aber auch mit Ereignissen in der alten Bundesrepublik

und seit der deutsch-deutschen Vereinigung. Da ich genauer wissen wollte, was aktuell Thema war, verabredete ich mich umgehend mit der Geschäftsführerin der Stiftung. Meine jüngste Mitarbeiterin begleitete mich zu dem Gespräch. Doch alsbald hatte ich das Gefühl, dass sie abschaltete. «Worüber unterhalten sich die beiden alten Frauen eigentlich?», mag sie sich gefragt haben. Und in der Tat, von vielem, über das die Geschäftsführerin und ich sprachen, hatte sie noch nie etwas gehört. Sie ist Jahrgang 1993. Dabei hatte ich manche Geschichte schon hie und da erzählt.

Zurückgekehrt in mein Büro, sprachen wir noch einmal darüber. Ein langjähriger Begleiter verwies auf die blaue Kladde. Sie war leer. Und so begannen wir, uns gemeinsam an die eine oder andere Geschichte zu erinnern. So entstand letztlich auch mein Buch «Gottlose Type – meine unfrisierten Erinnerungen». Es erschien 2015 mit 53 Episoden aus 25 Jahren meiner politischen Tätigkeit, heitere, überraschende, ernste.

Auch wie es 1998 zu meiner Bundestags-Premiere kam, ist darin unter dem Titel «Rotes Ampelmännchen» zu lesen. Und das war so:

«Hätte mir 1990 jemand gesagt, ich würde mal Mitglied des Bundestages, ja, sogar Vizepräsidentin desselben werden, ich hätte ihn zum Arzt geschickt. Auch 1998 wollte ich nicht für den Bundestag kandidieren. Meine Partei-Vordenker hatten das auch nicht im Sinn. Sie suchten nach einem Promi, der den Wahlkreis Berlin-Mitte–Prenzlauer Berg verteidigen könne. 1994 hatte ihn der parteilose Schriftsteller Stefan Heym für die PDS gewonnen. Nun kam man auf Elmar Schmähling. Der Ex-Admiral war eine Persönlichkeit der westdeutschen Friedensbewegung, und

er schien geeignet, insbesondere im Szenenbezirk Prenzlauer Berg Zuspruch zu erheischen.

Das Vorhaben hatte nur einen klitzekleinen Haken. Elmar Schmähling war als Zivilbürger Inhaber einiger kleiner Firmen, die, warum auch immer, inzwischen pleite waren. Ihm wurde Konkursverschleppung angelastet, eine Straftat und mithin ein Mega-Thema für nahezu alle Medien. Ihre Botschaft war: «PDS wirbt mit Wirtschaftskriminellen. Unwählbar!» Gegen diesen Dauerbeschluss des Boulevards und der Öffentlich-Rechtlichen war kein Kraut gewachsen.

Mit Elmar Schmähling war also der Wahlkreis nicht mehr zu verteidigen.

War er überhaupt noch zu gewinnen, und wenn vielleicht, mit wem? Als bald lief alles auf mich zu. Pau statt Schmähling. Doch was halten die «großen Vier» der PDS-Spitze davon? Es gab eine Telefonkonferenz und eine Abstimmung, ich war dabei. Sie ging knapp aus, drei zu zwei für mich.

Dann ging es in den Wahlkampf. Ich musste mich sputen, Wolfgang Thierse (SPD), Günter Nooke (CDU), Marianne Birthler (Bündnis 90/Die Grünen) und Martin Matz (FDP) hatten schon Wochen Vorsprung. Also war ich von früh bis spät unterwegs. Politisch konnte ich allerdings erklären, was immer ich wollte, in den Medien kam dies kaum vor, meine Spitzenkonkurrenz war einfach präsen- ter. Wir griffen zum Äußersten und erklärten flugs das rote Ampelmännchen aus DDR-Zeiten zu meinem Begleiter. Allerdings eines, das

nicht «Halt» gebietet, sondern sichtbar läuft und zwar nach links. Ich erinnere mich noch gut an einige Schimpfmails, ob wir Senioren zur falschen Zeit auf den Fahrdamm locken wollten, anstatt sie vor Rasern zu schützen? Jedenfalls luden wir zur Pressekonferenz und siehe da: nahezu alle relevanten Medien kamen, filmten und schrieben über mein Ampelmännchen. Fortan hatte ich immer ein paar Dutzend Abzeichen parat. Sie wurden gern genommen und nach zwei, drei Wochen konnte man sie bereits an vielerlei Revers entdecken. Wer sie sah und Bescheid wusste, schmunzelte: Na klar, Petra Pau wählen!

Kurz vor dem Finale meldete sich noch einmal unser damaliger PDS-Wahlkampfleiter öffentlich zu Wort. Er schrieb den einstigen Heym-Wahlkreis kurzerhand ab, also mich. Es war das Jahr, in dem der deutsche Beitrag zum Eurovision Song Contest auf allen Sender lief: «Guido hat euch lieb!» Umso überraschender gewann ich am 27. September 1998 mein erstes Direktmandat, mit Ampelmännchen. Man soll kleine Rote eben nicht unterschätzen.»

Inzwischen, also seit 2014, schreibe ich neue Erlebnisse natürlich zeitnah auf. Die blaue Kladde ist heute schwarz und heißt Laptop. Das Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte ich natürlich schon vor dem wunschgemäß bedient. Das werde ich auch weiterhin tun. Geht es doch um ein linkes Gedächtnis, das Futter braucht.

SAHRA WAGENKNECHT

Heimweh nach der Zukunft

«Die Jugend hat Heimweh nach der Zukunft.» Über diesen Satz von Jean-Paul Sartre kann man heute neu nachdenken. In vielen Ländern der Erde gehen (nicht nur) junge Menschen auf die Straße, weil sie um ihre Zukunft fürchten. Weil sie Heimweh haben nach einer Zeit, in der man noch keine Sorgen hatte, dass Klimawandel und Umweltzerstörung das Leben auf diesem Planeten zur Hölle machen werden. Weil sie Heimweh haben nach einer Gesellschaft, in die sie sich mit ihren Fähigkeiten einbringen

und die sie mitgestalten können – ohne die Angst, erwerbslos zu werden, in schlecht bezahlten Jobs zu landen oder die eigene Arbeitszeit mit sinnlosen Tätigkeiten zu vergeuden. Weil sie Heimweh haben nach einem Staat, der sich um eine flächendeckende Versorgung mit nötigen Dienstleistungen und bezahlbarem Wohnraum sorgt statt vorrangig um die Interessen großer Konzerne.

VERANTWORTLICHE ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

Warum ist unsere Gesellschaft schon so lange auf einem so falschen Kurs? Wer hat die Weichen falsch gestellt? Wen müsste man zur Verantwortung ziehen: für den Raubbau an natürlichen Ressourcen ebenso wie für Armutsrenten und explodierende Mieten, für den Investitionsstau, den Personalnotstand in Krankenhäusern und Altenheimen, die wachsende soziale Spaltung? Kann man überhaupt jemanden zur Verantwortung ziehen oder sind wir alle nur Rädchen in einem widersinnigen System, das keine Alternativen zulässt? Klar ist: Wer andere zur Verantwortung ziehen möchte, muss selbst Rechenschaft ablegen können. Können wir das? Bei allen Irrtümern und Fehlern meine ich ganz klar: Ja, das können wir. Als nach der sogenannten Wende das Leben der Menschen aus der ehemaligen DDR umgekrempelt wurde, haben wir nein gesagt – zur Kolonisierung des Ostens durch die Treuhand und westliche Konzerne, zu einer deutsch-deutschen Währungsunion, die im Osten zu Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit führte, und auch zu einer Europäischen Währungsunion, die später so viele Länder in Schuldenkrisen treiben, zu sozialem Kahlschlag und Nationalismus beitragen sollte.

Wir haben gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr protestiert und davor gewarnt, dass der sogenannte Krieg gegen den Terror nur neuen Terror gebiert. Wir sind Sturm gelaufen gegen eine Agenda 2010, die unseren Sozialstaat verstümmelt, uns Niedriglöhne und Armutsrenten gebracht hat. Wir haben Privatisierungen, Sozialkürzungen und die Deregulierung von Märkten angeprangert und dafür gekämpft, dass die Verluste privater Banken nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Wir haben den Finger in die Wunde gelegt, wenn die Politik sich von Konzernen bestechen ließ. Und viele von uns haben durch hartnäckigen Einsatz Verbesserungen für die Menschen erkämpft, haben sich um die Probleme von Beschäftigten, Erwerbslosen oder Alleinerziehenden gekümmert, wo viele andere nur wegsahen.

VERGANGENES NEU AUFROLLEN

Aufarbeitung der Geschichte lohnt sich – auch und gerade dann, wenn wir die Zukunft anders gestalten wollen. Zum Beispiel hat die Linksfraktion in diesem Sommer erneut gefordert, im Bundestag einen Untersuchungsausschuss über die Arbeit der Treuhand einzurichten. Der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck, sprach mit Blick auf den Osten Deutschlands von einer «eigentümlichen Stimmung» – als ob «bei den Menschen die Kränkungen, die sich vor allem bei den Umbrüchen in den 1990er-Jahren angesammelt hätten, jetzt zeitverzögert an die Oberfläche drängten». ¹ Solche Stimmungen sind gefährlich, aber sie bieten auch eine Chance. Im letzten Jahr konnte man in Frankreich eine ähnliche Stimmung spüren, eine an-schwellende Wut gegen «die da oben», die

sich zu einem Volksaufstand in gelben Westen entwickelte. In diesen Situationen, in denen vergangene Kränkungen an die Oberfläche drängen, kommt uns eine besondere Verantwortung zu. Manchmal müssen Teile der Vergangenheit neu aufgerollt werden, damit sie vernünftig bewältigt werden kann. Dabei leisten uns Archive einen unschätzbaren Dienst, denn sie sichern unsere Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft.

GEGEN DEN STROM

Das Gedächtnis einer Partei wird von den Erfahrungen sämtlicher Mitglieder geprägt. Das *parlamentarische* Gedächtnis besteht aus den Erfahrungen von gewählten Abgeordneten – und all jenen, die ihnen aus persönlichen Büros oder Fraktionen zuarbeiten. Mein eigenes «parlamentarisches Gedächtnis» beginnt mit Brüssel und Straßburg. Von 2004 bis 2009 saß ich für die PDS im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. Bewirkt habe ich dort nicht viel. Es gab in diesem Ausschuss eine erdrückende konservative und liberale Mehrheit. Die meisten Abgeordneten dort waren überzeugt, dass Finanzmärkte am besten funktionieren, wenn man sie keinerlei Regeln und Gesetzen unterwirft. Sie waren überzeugt von einer neoliberalen Wettbewerbspolitik, die staatliche Beihilfen untersagt und strategische Industriepolitik nahezu unmöglich macht. Sie waren entweder davon überzeugt, dass eine Politik im Interesse europäischer Großkonzerne automatisch allen nützt – oder sie ließen sich von Lobbyverbänden für diese Politik einspannen.

Ich erinnere mich an Diskussionen mit dem damaligen EZB-Präsidenten Trichet über Gefahren, die aus der Geldpolitik und der Deregulierungspolitik für die Finanz-

märkte erwachsen. An Diskussionen über die Schaffung eines EU-weiten Systems der Einlagensicherung für Banken, über dessen grundlegende Funktionsweise man sich nicht einig werden konnte. Bei den meisten Abstimmungen über Richtlinienentwürfe oder Berichte gab es im Ausschuss nur eine Gegenstimme – meine. Erst der große Bankencrash 2007ff. hat viele aufgeweckt, wobei der Tenor im Ausschuss war, dass niemand eine derartige Krise habe vorhersehen können ...

Enttäuscht über die geringen Einflussmöglichkeiten im Ausschuss für Wirtschaft und Währung habe ich versucht, die Öffentlichkeit über neoliberale EU-Projekte aufzuklären und jenseits des Parlaments Bündnispartner zu gewinnen. In regelmäßigen Newslettern habe ich über gefährliche Richtlinienentwürfe und Vorhaben informiert. Auf meine Einladung hin konnte ver.di-Chef Frank Bsirske im Europäischen Parlament erläutern, warum die Bolkestein-Richtlinie zur Deregulierung von Dienstleistungen für Beschäftigte nicht akzeptabel ist und Lohn- und Regulierungsdumping Tür und Tor öffnet. Wie viele Abgeordnete von guten Argumenten überzeugt wurden, weiß ich nicht – aber zumindest die grenzüberschreitenden Proteste blieben nicht ohne Wirkung und so konnte diese schlimme Richtlinie zumindest in einigen Punkten entschärft werden.

VEREINT ZU NEUER STÄRKE

«Ohne Gedächtnis wären wir nichts», schrieb Eric Kandl, ein US-amerikanischer Neurowissenschaftler, Psychiater, Physiologe, Verhaltensbiologe und Biochemiker, der aufgrund seiner jüdischen Herkunft vor den Nazis fliehen musste. «Das Gedächtnis ist das Bindemittel, das unser

geistiges Leben zusammenhält.»² Gleichzeitig verbindet es uns mit anderen Lebewesen, denn wie Kandl herausfand sind bestimmte Mechanismen des Lernens, die auf dem Erinnerungsvermögen beruhen, bei allen Lebewesen gleich. Dabei funktioniert unsere Erinnerung nicht wie ein Archiv, in das Ereignisse chronologisch abgelegt werden. Unser Gehirn ist kein Gefäß, das Stück für Stück mit Inhalten gefüllt wird. Wir lernen, weil in uns oder um uns herum Feuer entfacht werden. Diese Feuer können schmerzhaft und zerstörerisch sein, können uns – wie in Kriegs- und Krisenzeiten oder angesichts von Umweltkatastrophen – mit Angst und Schrecken füllen. Ebenso können sie uns erleuchten, wärmen, Hoffnung geben. So oder so: Es gibt Zeiten und Ereignisse, die sich tief in unsere Erinnerung einprägen und unserem Leben eine Wendung geben. Mein Leben erfuhr eine solche Prägung in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise 2007ff. – die gleichzeitig eine Zeit war, in der Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien aus Ost- und Westdeutschland in einer Partei zusammengefunden haben. Der Rückgriff auf gute Traditionen macht uns stark. Zum Gründungsparteitag der LINKEN am 16. Juni 2007 waren Organisationen aus 50 Ländern angereist – in der Hoffnung, dass sich in Deutschland links der neoliberal gewendeten SPD eine Volkspartei formieren möge. Es war ein Parteitag mit Ausstrahlungskraft, mit bewegenden Reden, die Aufbruchsstimmung vermittelt haben. Wir haben uns damals gemeinsam auf den Weg gemacht, um große Ziele zu erreichen: den Sozialstaat wiederaufzubauen, für Demokratie und die Interessen der lohnabhängigen Mehrheit und gegen die finanzgetriebene Globalisierung zu kämpfen, die ökologische Frage in Verbindung

mit der sozialen Frage und der Friedensfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Bei den Bundestagswahlen 2009 erzielten wir mit knapp 12 Prozent der Stimmen unser bislang bestes Ergebnis. Zwei Jahre später haben wir uns ein zukunftsweisendes Programm gegeben, das in einem Mitgliederentscheid mit 95,8 Prozent der Stimmen bestätigt wurde. Weniger Beschäftigung mit uns selbst, mehr Beschäftigung mit den Problemen der Menschen – auch diesen Anspruch haben wir damals an uns formuliert. Dies auch einzulösen ist uns in den folgenden Jahren nicht immer gelungen. Sicher brauchen wir lebendige Debatten, erst über den Austausch von Argumenten können wir den richtigen Kurs finden. Wir sollten unsere Mitglieder sogar viel stärker in diese Debatten einbeziehen, denn nur so wird man am Ende zu guten Ergebnissen gelangen, die gemeinsam nach außen vertreten und damit wirksam werden.

IN DER VERGANGENHEIT BLÄTTERN ...

«Wer in der Zukunft lesen will, muss in der Vergangenheit blättern», schrieb André Malraux, der wie Sartre ein bedeutender französischer Schriftsteller und Politiker war. So richtig dieser Satz ist, aus heutiger Sicht drängt sich die Frage auf: Wer *«blättert»* heute noch in Archiven? Was macht die Digitalisierung mit unserem kollektiven Gedächtnis? Werden all die wichtigen Erfahrungen und Gedanken aus ihm getilgt,

die allenfalls in Form von gedrucktem Papier vorliegen, nicht aber als Dateien einer mehr oder weniger breiten Öffentlichkeit zugänglich sind? Und was bedeutet das für das Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung? Ist es sinnvoll, sich auf Unterlagen seit 1989 zu beschränken, wenn es ein linkes «Gedächtnis» von Wert werden will?

Vor nicht allzu langer Zeit kam ein junger Genosse auf mich zu. Ihm mache es Sorgen, dass zukunftsweisende Beiträge linker Theoretiker und Theoretikerinnen aus der Zeit vor 1989 dem kollektiven Vergessen anheimfallen – wenn es nicht gelinge, diese Beiträge gemeinsam mit linken Verlagen (die dafür oft nicht das Geld haben) ins digitale Zeitalter zu retten. Die Geschichte unserer Partei beginnt nicht im Jahr 1989. Die Älteren unter uns haben schon vor 1989 wertvolle Erfahrungen gesammelt – im Aufschwung der 68er-Bewegung, in der Friedens- und Umweltbewegung oder in der untergegangenen DDR. Es wäre traurig, wenn diese Erfahrungen künftigen Generationen nur in der verzerrten Form von Verfassungsschutzberichten oder Gauck-Akten zur Verfügung stünden.

¹ Zit. nach: Gammelin, Cerstin: «Eigentümliche Stimmung», in: Süddeutsche Zeitung vom 20.8.2019 ² Zit. nach: Osterloh, Falk: «Ohne Gedächtnis wären wir nichts» (Filmkritik), in: Deutsches Ärzteblatt 106/2009, S. 28, unter: www.aerzteblatt.de/archiv/65395/Filmkritik-Ohne-Gedaechtnis-waeren-wir-nichts.

DIETMAR BARTSCH

Über Hochgefühl und Bodenhaftung

«Glückliche Menschen haben ein schlechtes Gedächtnis und reiche Erinnerungen.»

Thomas Brussig

Seit 1991 habe ich mit Unterbrechungen Funktionen in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) bzw. der LINKEN übernommen. Zuerst war ich Bundeschatzmeister, von 1997 bis 2002 und von 2005 bis 2010 Bundesgeschäftsführer. Dem Bundestag gehörte ich von 1998 bis 2002 und wieder seit 2005 an, 2015 wurden Sahra Wagenknecht und ich zu Fraktionsvorsitzenden gewählt. Ich habe mich immer für die Gesamtpolitik mit zuständig gefühlt. Als Partei- bzw. Fraktionsvorsitzende haben Lo-

thar Bisky und Gregor Gysi solches Denken befördert. Verantwortlichkeiten klar festzulegen bedeutet kein Gutheißen von Scheuklappen in Ressorts. Deshalb prägt der Blick auf die jeweilige politische Lage und auf die Situation in der Partei mein Gedächtnis. Ich stehe für einen Dreiklang, der die Perspektive des demokratischen Sozialismus mit einem aktuellen Gestaltungsanspruch sowie demokratischem Widerstand verbindet. Ich habe kein persönliches Archiv, aus dem ich schöpfen kann. An Erinnerungen bin ich reich, habe mein Gedächtnis jedoch weniger nach Episoden befragt, eher nach Zusammenhängen und Widersprüchen, nach dem, was wir nicht vergessen sollten.

GENUTZTE CHANCEN – VERPASSTE CHANCEN

1994 geschah in Deutschland Unglaubliches. Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bildeten SPD und Bündnisgrüne eine Minderheitsregierung. Ministerpräsident Reinhard Höppner, SPD, und Hans-Jochen Tschiche, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, waren bereit, sich von der PDS tolerieren zu lassen. Das «Magdeburger Modell» einer indirekten Regierungsbeteiligung war geboren, ein Bann gebrochen: Regierungsverantwortung folgte für uns 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, 2001 im Land Berlin, 2009 in Brandenburg und 2014 in Thüringen. In den westdeutschen Ländern scheute die Sozialdemokratie Koalitionen mit den demokratischen Sozialisten. Im Saarland, in Hessen oder Nordrhein-Westfalen brachte sie die entsprechende Courage nicht, zu spät oder nur halbherzig auf. Dort ließ der Durchbruch bis 2019 auf sich warten, als DIE LINKE in den Bremer Senat einzog. Im Bund hätte es nach der Bundestagswahl 2013 eine rot-rot-grüne

Regierung geben können, doch die SPD führte nicht einmal Gespräche mit der LINKEN. Ich bin Anhänger von Mitte-links-Koalitionen im Bund und in den Ländern, unter anderem deshalb, weil unser Anspruch sein sollte, Zustände nicht nur zu kritisieren, sondern auch in Verantwortung mitzugestalten. Frei nach Marx wollen wir nicht recht haben, sondern die Welt verändern. Meines Erachtens geht es mindestens um einen Einstieg in eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um eine Nachhaltigkeitsstrategie und eine erhebliche Reduzierung der Rüstungsexporte. Ich bin für Vorschläge, nicht für Haltelinien.

KOPF HOCH, NICHT DIE HÄNDE

Die PDS war seit 1990 im Bundestag, wo man ihr viele Jahre offen feindselig begegnete. Trauriger Höhepunkt war der Freitod unseres Abgeordneten Gerhard Riege, ein kluger und sensibler Wissenschaftler aus Jena. «Ich habe Angst vor dem Hass, der mir im Bundestag entgegenschlägt», schrieb er in seinem Abschiedsbrief. 1994 beschimpfte Helmut Kohl die PDS als «rotlackierte Faschisten». Die Bundes-SPD fasste im selben Jahr einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der PDS. CDU-Generalsekretär Peter Hintze ließ im '94er Bundestagswahlkampf 200.000 Plakate drucken mit roten Socken und dem Spruch «Auf in die Zukunft, aber nicht auf roten Socken!» Diese Steilvorlage ließen wir uns nicht entgehen, rote Söckchen wurden bald zu unserem Wahlkampfhit Nummer eins. Die Episode steht beispielhaft für die Haltung unserer Mitglieder: Wir lassen uns nicht unterkriegen. Die PDS, später DIE LINKE, hat das politische Spektrum nach links erweitert und so hierzulande ein Stück europäischer Normalität geschaffen. Ich scheue mich nicht, das eine

historische Leistung zu nennen. Eine Partei des demokratischen Sozialismus gab es weder in der alten Bundesrepublik noch in der DDR. In Zeiten zunehmenden Rechtsrucks ist das nicht gering zu schätzen.

DAS HAUS WIRD VON UNTEN GEBAUT

Oft musste ich in den 90er Jahren magere Ergebnisse der PDS bei Wahlen im Westen in der TV-Runde der Parteienvertreter erläutern. Mein Standardsatz, wonach das Haus von unten gebaut wird, war ein Stück weit das Pfeifen im Walde, zugleich drückt er eine feste Überzeugung aus: Eine Mitgliederpartei bezieht ihre Stärke aus einer engagierten Basis, aus dem ehrenamtlichen Engagement. Vor unseren Genossinnen und Genossen in den westdeutschen Bundesländern, lange Zeit unsere Diaspora, ziehe ich ebenso meinen Hut wie vor den starken Gliederungen im Osten, die vielen Menschen Rat in Lebensfragen wie Renten oder Mieten gaben. Immer habe ich mich intensiv um die kommunalpolitische Arbeit gekümmert. Enge Kontakte beispielsweise zu Angelika Gramkow in Schwerin, unserer ersten Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt, zum langjährigen Bürgermeister Hildburghausens, Steffen Harzer, oder zu der Altenburger Landrätin Michaela Sojka halfen mir, bei bundespolitischen Entscheidungen stets die Belange der Städte und Gemeinden mitzudenken. Sehr wichtig ist mir eine feste Verankerung in meinem Heimat-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

BELÄCHELT UND KOPIERT

2002 haben wir unseren ersten Antrag zu einem existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn in den Bundestag eingebracht. Bei allen anderen Fraktionen, auch bei den

meisten Gewerkschaften stießen wir auf Ablehnung. Fortan haben wir das Thema beharrlich am Kochen gehalten. Es dauerte bis zum Januar 2015, ehe ein Mindestlohngesetz beschlossen wurde. Seither rühmt sich die SPD der Autorenschaft. Gewiss, für politische Ideen wird kein Copyright vergeben und es wäre engstirnig, bei sozialen oder sonstigen Fortschritten auf Urheberrechten zu bestehen. Viele unserer Politikangebote wurden zunächst von anderen Parteien und Fraktionen als unrealistisch oder nicht finanzierbar abgetan, nicht selten mit medialer Begleitung. Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Praxis- oder Studiengebühren, Rüstungsexporte in Krisengebiete – ich könnte zahlreiche Beispiele für Positionen nennen, für die wir erst belächelt oder abgekanzelt wurden, die inzwischen umgesetzt wurden oder zumindest von relevanten politischen Gruppierungen vertreten werden. Als ich im Frühjahr 2015 im Bundestag davon sprach, wir sollten uns darauf einrichten, dass 500.000 oder mehr Flüchtlinge in unser Land kommen, wurde ich besonders von der Unionsfraktion der Schwarzmalerei bezichtigt. Der weitere Verlauf ist bekannt. «Veränderung beginnt mit Opposition» lautete in den 1990er Jahren eine Losung unserer Partei. Wir haben Wort gehalten. Das führte allerdings auch dazu, dass DIE LINKE von nicht wenigen Menschen zum Establishment gezählt und seltener als Adresse von Protest empfunden wird. Wir sind in der Situation, dass viele Menschen unseren Analysen und Zielen zustimmen, uns aber kaum die Durchsetzung unserer Politikangebote zutrauen.

ZWISCHEN FRUST UND FREUDE

Opposition ist kein Zuckerschlecken und birgt manchmal erhebliches Frustpoten-

zial. Wieder und wieder erarbeiten unsere Abgeordneten und ihre qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anträge und Gesetzentwürfe, die dann in großer Konstanz im Parlament abgeschmettert werden. Nicht umsonst haben wir in unserer Fraktion das Bild «Sisyphos macht Pause» von Siegfried Schütze aufgehängt. Trotzdem sind die genannten Arbeiten unerlässlich, besteht unsere Aufgabe doch nicht nur darin, die Regierung kritisch zu begleiten, sondern wir müssen auch linke Alternativen entwickeln. Mit einer Form parlamentarischer Initiativen haben wir wiederholt öffentliche Erfolge erzielt: mit parlamentarischen Anfragen. Wir sind die fragefreudigste Fraktion im Bundestag. Nicht selten führte das zu bemerkenswerten Eingeständnissen der Regierung.

POLITIK BRAUCHT EINEN LANGEN ATEM

Folgte bereits dem Umzug von Bundestag und Bundesregierung vom beschaulichen Bonn nach Berlin eine erhebliche Beschleunigung der Kommunikation, so sind mit dem Aufkommen der sogenannten sozialen Medien völlig neue Dimensionen erreicht worden. Nicht zugunsten der Qualität. Die 30-Sekunden-Statements oder 280-Zeichen-Tweets wurden zum Standard politischer Meinungsäußerung, ein 4-Minuten-Interview gilt schon als Hintergrundbeitrag. Werden um 10 Uhr die aktuellen Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht, muss ich um 10.10 Uhr mit einem Standpunkt präsent sein, um wahrgenommen zu werden. Das weltweite aktuelle Geschehen zwingt rund um die Uhr zu Aufmerksamkeit, Zeit zum Durchatmen und Nachdenken bleibt kaum. Auch wir haben dafür Lehrgeld gezahlt. Der von mir hochgeschätzte Michael Schumann stellte 2002 für die PDS fest:

«Wir sind die kleinste der Parteien. Aber wir haben den größten Veränderungsanspruch.»¹ Gerade eine sozialistische Partei könne sich nicht auf den politischen Alltag reduzieren, folgerte er. Entgegen Lothar Biskys dringendem Rat wurde es nach 1998, als wir erstmals in Fraktionsstärke in den Bundestag einzogen, versäumt, zügig an die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms zu gehen. Das trug dazu bei, dass wir 2002 an der Fünfprozenthürde scheiterten. Natürlich lesen Wählerinnen und Wähler nicht zuhauf Grundsatzprogramme, doch Parteien brauchen einen verlässlichen Kompass für ihr Handeln. Ich trete deshalb strikt dafür ein, dass der Kampf um soziale Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit das Profil der Partei bestimmt und unsere Bundestagsfraktion seit Jahren daran festhält, Hartz IV als «Armut per Gesetz» zu entlarven, für Rentengerechtig-

keit und gegen Kinderarmut aufzutreten, Kriegsteilnahmen zu verurteilen oder die Zwei-Klassen-Medizin zu bekämpfen. Dazu zählt auch unser anhaltendes Engagement für Ostdeutschland, wenngleich das nicht immer unumstritten in der Fraktion war und ist. Zu unserer Arbeitsweise gehört es auch, externen Sachverstand einzubeziehen, in Fraktionssitzungen oder -klausuren auch Kritikerinnen und Kritiker unserer Positionen zu Wort kommen zu lassen. Exemplarisch nenne ich die Journalisten Hans-Ulrich Jörges und Jakob Augstein, die Autorinnen Jana Hensel und Sabine Rennefanz, den Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke oder den General Harald Kujat. Da macht Streit Spaß und schärft die Sinne.

¹ Schumann, Michael: Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, hrsg. von Wolfram Adolph, Berlin 2004, S. 158.

MARGRET GEITNER

Wer schreibt die Geschichte?

Walter Benjamin wollte «nichts, was sich jemals ereignet hat, für die Geschichte verloren geben», auch wenn es erst der erlösten Menschheit gelingen werde, jeden ihrer vergangenen Momente zu zitieren und korrekt zu deuten.¹ Er wandte sich gegen den Konformismus des Erinnerns und die tumbe Chronologie der Siege. Die Herrschenden formten das historische Gedächtnis der Bürger*innen mit Denkmälern, Feiertagen, Schulbüchern und Geschichten über große, dem Alltag entrückte Männer. Selbst

höchste Kulturgüter wie Schlösser und Kirchen trügen etwas Barbarisches in sich, schrieb Benjamin, da sie nur durch den «namenlosen Fron» jener bestünden, die in der Geschichtsschreibung unsichtbar bleiben müssten, deren Leiden als Unabgegoltenes und Uneingelöstes wirke, durch das die Vergangenheit eine explosive Kraft für die Gegenwart gewinne. Es gehe darum, «in jeder Epoche (...) die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen». Das Potenzial für die Befreiung der Menschheit liege «nicht in der Zukunft, sondern in der Geschichte und in den Erinnerungen». Es könne für die revolutionäre Klasse nicht darum gehen, objektive Entwicklungsgesetze zu vollstrecken, sondern das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen. Es geht folglich immer darum, Kämpfe der Unterdrückten, das Ringen um Würde und Brot, um Rechte und Teilhabe in unsere Geschichtsschreibung aufzunehmen.

Dass «die herrschenden Ideen einer Zeit stets nur die Ideen der herrschenden Klasse» sind, wie es Marx und Engels im «Kommunistischen Manifest» formuliert haben, trifft natürlich auch und insbesondere zu auf die Überlieferungen, die von Hofschreibern verfasst wurden und den Bedürfnissen der jeweils Herrschenden angepasst werden. Geschichtsschreibung ist überwiegend also nicht geprägt von der Suche nach Erkenntnis, sondern von der Deutung der Herrschenden. Zum wahren Gedächtnis gehören deshalb sowohl die Skizzen der laufenden Epoche als auch die Korrekturen der falschen Überlieferungen durch neue Erkenntnisse, durch die Befreiung der Geschichte vom herrschenden Kalkül und durch Symbole der Wahrheit. Sonst verschwinden die Lebensbedingungen und

Kämpfe der Unterdrückten aus dem Gedächtnis, während falsche Überlieferungen Traditionen prägen, die wiederum das Fundament für fatale Irrtümer und Lügen, aber auch für Kuriositäten bilden.

WANN HAT WER EUROPA GEGRÜNDET?

Wenn es nicht Zeus war, der es am Strand von Kreta in Gestalt eines weißen Stieres mit der Europa getrieben haben soll, dann war es spätestens Karl der Große, der uns in den Geschichtsbüchern als «Pater Europae» oder «Leuchtturm Europas» begegnet. Die Honoratioren der Stadt Aachen vergeben jedes Jahr den Karlspreis an einen «herausragenden Europäer». Nicht erwähnt wird, dass Karl ein Massenmörder war, der alle Europäer*innen im Namen Christi vor die Wahl stellte: «Taufe oder Tod?» Osteuropäer*innen, die sich nicht taufen ließen, wurden von ihm ermordet oder versklavt. Noch heute bezeichnen Völkerkundler*innen sie als Slawen (Sklaven). Die Geschichte seiner Opfer ist kaum bekannt, mit Preisen werden sie schon gar nicht gewürdigt. Stattdessen werden die Geschichten seines Hofbiografen Einhard überliefert: «Karl [...] hatte einen runden Kopf, seine Augen waren sehr groß und lebhaft, die Nase etwas lang; [...] Seine Erscheinung war immer imposant und würdevoll, ganz gleich, ob er stand oder saß.»²

IST LUDWIG ERHARD DER VATER DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT?

Sogar linke Professor*innen loben die «keynesianisch geprägten sozialdemokratischen Jahrzehnte nach 1945», die wir Ludwig Erhard zu verdanken hätten. Eine große Geschichtslüge. Als Adenauer, Er-

hard und viele Nazis die Bundesrepublik regierten, kamen Arbeiterfamilien nur mit Schwarzarbeit und Kinderarbeit über die Runden, Rentner*innen besuchten Verwandte, um sich aufzuwärmen, Kinder kamen in Zuchtanstalten, die sie an Bäuerinnen und Bauern vermieteten. Erhard verfügte Lohnstopps bei 20 Prozent Inflation und bezeichnete die staatliche Wohlfahrt als «modernen Wahn». Die Regierungen waren rechts und «neoliberal», trotzdem gab es in ihrer Epoche die meisten sozialen Verbesserungen. Warum?

Soziale Verbesserungen kommen nicht von Wirtschaftsdoktrinen oder bürgerlichen Regierungskonstellationen, sie sind der Preis, den die Herrschenden zahlen, um Widerstand zu befrieden und Abtrünnige zu integrieren. Nur für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben Metaller in Schleswig-Holstein einen Winter lang gestreikt. Soziale Reformen wie die Rentendynamisierung oder die Montanmitbestimmung waren der Preis, um die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und die Kampf-dem-Atomtod-Bewegung zu befrieden. Die Legende von Ludwig Erhard als Vater der sozialen Marktwirtschaft ist insofern fatal, als sie das handelnde Subjekt, das allein für Verbesserungen sorgen oder Verschlechterungen aufhalten kann, aus dem Gedächtnis tilgt und seine Erfolge einer Staatsdoktrin oder einem reaktionären Politiker anheftet. Das Wirtschaftswunder basierte auf einer funktionierenden industriellen Basis, die von Millionen Zwangs- und Sklavenarbeiter*innen im Zweiten Weltkrieges geschaffen wurde, und auf 13 Millionen Migrant*innen aus dem Osten, die mit Begrüßungsprämien und Hausbaukrediten das Handwerk ankurbelten, das wiederum der Industrie Schübe verpasste.

HAMBURG RATHAUS – KAISERSAAL?

Als Korrektur der falschen Symbole hat die Linksfraktion in Hamburg sich den «Kaisersaal» vorgeknöpft. Der Kaisersaal im Hamburger Rathaus ist der zweitgrößte und am häufigsten frequentierte Saal. Benannt wurde er nach Kaiser Wilhelm, der 1895 anlässlich der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals einmal Hamburg besuchte. Geschmückt ist der Saal mit allerlei kolonialem Gedöns, mit Büsten von Kaisern und Gemälden anderer Herrscher der Hanse. 2019 beantragte die Linksfraktion die Umbenennung des Saales in «Republikanischer Saal». Nach 100 Jahren sollte die Novemberrevolution, die für den Anfang republikanisch-demokratischer Verhältnisse in Deutschland und eben auch in Hamburg steht, aus dem Schattendasein der hamburgischen Erinnerungskultur geholt werden. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die zur Jahreswende 1918/19 die offizielle hamburgische Regierung bildeten, wurden im Frühjahr 1919 abgesetzt, und aus der Räteredemokratie wurde eine parlamentarische Demokratie. Aber auch an die gibt es kein Erinnern im Rathaus.

Die Umbenennung des Kaisersaals ist eine politische Aktivität für ein emanzipatorisches, befreiendes Erinnern, für das Gedächtnis von unten. Und die Novemberrevolution ist allemal historisch bedeutender als die Stippvisite eines Kaisers. Die Novemberrevolution ist eine wichtige Erinnerung an Kämpfe für die soziale Befreiung und ein Debattenanstoß für den Sinn linker Politik, eine Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse, die in die Parlamente getragen wird. Das Wissen um und das Spüren die-

ser Vergangenheit, der Kämpfe vieler Menschen in vielen Jahrhunderten, einschließlich der Lehren aus den Niederlagen, sind ständiger Ansporn.

In den Erinnerungen an historische Momente, in denen Herrschaft überwunden wurde, liegt die Hoffnung auf Befreiung – in der Pariser Kommune, in der Oktoberrevolution 1917, im Spanischen Bürgerkrieg 1936, in den Befreiungsbewegungen der «Dritten Welt», in den 68er-Aufständen, im Befreiungskampf in Peking 1989 und in vielen mehr. Ausgehend vom kategorischen Imperativ des jungen Marx, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist, sprengten diese Ereignisse, um mit Benjamin zu sprechen, das Kontinuum der Herrschaft für blitzartige Momente auf. Marx beschrieb es so: «Die Reform des Bewusstseins besteht nur darin, dass man die Welt [...] aus dem Traum über sich selbst aufweckt.»³ Dafür bedarf es des Aufbewahrens unserer Aktivitäten, der Befreiung der Überlieferungen vom Konformismus und dazu bedarf es des kritischen, unangepassten Verstandes auch in bösen Zeiten, denn «die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich weder von der eigenen Ohnmacht, noch von der Macht der anderen dumm machen zu lassen».⁴

¹ Walter Benjamin gehörte zum Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung um Adorno und Horkheimer. Sowohl in Benjamins «Berliner Chronik» von 1932 als auch in dem unvollendeten Passagen-Werk spielen Fragen der Geschichtsbetrachtung eine wichtige Rolle. Nach seiner Flucht vor der deutschen Wehrmacht und kurz vor seinem Selbstmord schrieb er 1940 die berühmten «Geschichtsphilosophischen Thesen». Dieser Text gilt als einer der schönsten, aber auch rätselhaftesten philosophischen Texte des 20. Jahrhunderts. ² Vgl. www.route-charlemagne.eu/Charlemagne/Karl/Karl_unbekannt_08/index.html. ³ Marx, Karl: Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, in: ders./Engels, Friedrich: Werke, Bd. 1, Berlin 1976, S. 346. ⁴ Adorno, Theodor W.: Minima Moralia, Frankfurt a.M. 1994, S. 64

JAN KORTE

Das LINKEN-Gedächtnis parlamentarischer Arbeit: «parlamentarische Aktenbildner*innen»?

Als ich gefragt wurde, ob ich einen Beitrag zu diesem Band beisteuern könne, habe ich nicht lange überlegt und sofort zugesagt. Nach einiger Zeit kam ich dann doch ins Grübeln, worüber ich eigentlich schreiben will und soll. Fragen tauchten auf: Was ist das linke Gedächtnis der Fraktion und wie kommt es zustande? Wie ist es dabei um meine Verantwortung als Abgeordneter bestellt? Wen interessiert tatsächlich, wie ich mich als linker Parlamentarier positioniert habe? Und warum brauchen wir überhaupt ein linkes Gedächtnis?

Als Bundestagsfraktion, die sich tagtäglich ins politische Getümmel wirft, Positionen erarbeitet, die fortschrittliche Stimme der Opposition ist und die Regierung von links kritisiert, kommt uns sicher eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Wir haben für eine nachvollziehbare Politik zu sorgen, sowohl in der alltäglichen Arbeit als Abgeordnete und Fraktion als auch bei der Erarbeitung eines linken Gedächtnisses, das es uns und nachfolgenden Linken ermöglicht, unsere Politik zu bewerten und darüber zu erzählen.

Laut Maurice Halbwachs' Theorie des «kollektiven Gedächtnisses» ist das gesellschaftliche Denken wesentlich ein Gedächtnis, «dessen ganzer Inhalt nur aus kollektiven Erinnerungen besteht, dass aber nur diejenigen von ihnen und nur das an ihnen bleibt, was die Gesellschaft in jeder Epoche mit ihrem gegenwärtigen Bezugsrahmen rekonstruieren kann».¹

Um etwas rekonstruieren zu können, braucht es Überlieferungen. Für Aleida Assmann gibt es zwei Arten der Überlieferung von Vergangenheit an die Zukunft und damit auch zwei Arten von «Gedächtnis», die – und deren Wechselwirkung – das kulturelle Gedächtnis und damit die Entwicklung einer Kultur prägen: zum einen «Botschaften» als bewusst für diesen Zweck verfasste und präsentierte Texte, die festlegen, was als notwendig für das Funktionieren einer Gesellschaft erachtet wird und was deshalb auch – als «Funktionsgedächtnis» dieser Gesellschaft – stets präsent und in Ehren gehalten werden muss. Zum anderen «Spuren», oft unabsichtlich und gewissermaßen en passant entstandene materielle Zeugen der Vergangenheit. Aleida Assmann beschreibt sie folgendermaßen: «Sie sind zunächst stumme Zeugen, die durch Herstellung eines Kontextes

von Spezialisten erst wieder zum Sprechen gebracht werden müssen.»² Sie seien ein großer und stetem Wandel unterliegender Gedächtnisspeicher, der genutzt werden müsse, um seinen Nutzer*innen von Nutzen sein zu können – hier verortet Aleida Assmann auch die Archive, die die vielfältigen Elemente dieses «Speichergedächtnisses» sammeln, bewahren und für Interessierte, für Neugierige benutzbar machen.

In gewisser Weise finden sich diese beiden Gedächtnisse auch bei unserer Arbeit als Fraktion DIE LINKE im Bundestag. «Botschaften»: Das sind unsere Positionen in Form parlamentarischer Drucksachen, also Anträge und Gesetzentwürfe, die in Ausschüssen beraten und im Plenum debattiert und abgestimmt werden; das sind auch die Großen und Kleinen Anfragen mit den mehr oder weniger aussagekräftigen Antworten der Bundesregierung. Sie dokumentieren, was und wie das Parlament und seine Abgeordneten gearbeitet haben, und werden dementsprechend präsentiert und überliefert: Sie sind über das Internet abrufbar, werden vom Parlamentsarchiv aufbewahrt und füllen als repräsentative Foliobände Regalmeter in öffentlichen Bibliotheken.

Daneben haben Abgeordnete natürlich auch ihre eigenen Webseiten, auf denen sie diese Materialien zusammen mit persönlichen «Botschaften» – Pressemitteilungen, Positionspapiere, Veranstaltungen – gewissermaßen als individuelle «Botschaft» präsentieren. Auch die Geschäfts- und andere Ordnungen sowie die Protokolle von Fraktions- und Vorstandssitzungen der einzelnen Fraktionen, die zeigen, wie die betreffende Fraktion funktioniert, was sie bearbeitet und beschlossen hat, gehören zu den «Botschaften», genauso wie die Veranstaltungs- und jeweiligen Wahlprogramme.

«Spuren» hingegen sind all jene Materialien, die erforderlich sind für das Erarbeiten einer «Botschaft». Dazu gehören auch alle Ideen und Überlegungen, die nicht zu einer «Botschaft» geworden sind. An ihnen wurde ebenfalls gearbeitet, sie wurden entworfen, debattiert, geändert, umgearbeitet und letztlich entschieden: Sie sollen nicht zur «Botschaft» werden und verlassen den Bereich der Fraktion oder des Abgeordnetenbüros nicht.

Zu den «Spuren» gehören des Weiteren die Materialien, die für die organisatorischen Belange der Fraktion erstellt werden – von Personalakten über Rechnungen bis hin zur Dokumentation von Veranstaltungen. Der Großteil dieser «Spuren» verlässt nie die Fraktion bzw. das Büro, er unterliegt gesetzlichen Bestimmungen, die Aufbewahrungsdauer und – vor allem bei personenbezogenen Daten – Vernichtung regeln.

All dies macht das Gedächtnis parlamentarischer Arbeit aus, steht als Fundus aus dem parlamentarischen Bereich für die Bildung eines «LINKEN-Gedächtnisses» im Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) zur Verfügung. Damit ist es leider nicht getan. Denn all dies muss, damit es das Gedächtnis «befüllen» kann, bereits vor seinem Eingang ins Archiv von Aktenbildner*innen gesammelt und geordnet werden. Und es muss entschieden werden, was kann, was darf ans Archiv abgegeben werden – denn wir arbeiten auch mit Materialien, die den Bundestag nicht verlassen dürfen bzw. die als personenbezogene Daten besonders geschützt sind und nicht einfach «abgegeben» werden dürfen.

Bei dem, was in der Fraktion und den Abgeordnetenbüros gesammelt und aufbewahrt wird, handelt es sich nun aber nicht – deswegen das Fragezeichen im Titel – um Akten

im üblichen Sinn. Wir sind eine Parlamentsfraktion, keine Verwaltungsbehörde (auch wenn man manchmal diesen Eindruck haben kann). Wir haben keinen bis ins Letzte geregelten Geschäftsgang mit genau definierten Zuständigkeiten. Das Ziel ist die Erarbeitung einer «Botschaft» – wie sie zustande kommt, ist letztlich weniger wichtig als der Umstand, dass es sie gibt und dass sie alle irgendwie mittragen können.

Das heißt: Was wir für das «LINKEN-Gedächtnis» anbieten können, sind meist Materialsammlungen aus den Vorstufen zu unseren «Botschaften». Und diese können durchaus spannend sein. Ein Beispiel: Als wir 2006 einen Gesetzentwurf zur längst überfälligen Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter erarbeiteten, war nicht abzusehen, dass die dadurch in und außerhalb des Parlaments ausgelöste Debatte drei Jahre dauern und an ihrem Ende einer der größten parlamentarischen Erfolge der Bundestagsfraktion auf dem Gebiet der hart umkämpften Geschichtspolitik stehen würde. Dabei kamen sogar so viele «Botschaften» und «Spuren» unterschiedlichster Art zusammen, dass Dominic Heilig und ich am Ende daraus ein ganzes Buch («Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland – Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte», erschienen 2011) machen konnten.

Sicher, das ist eine Ausnahme. Aber vieles, was uns mit unserer Betriebsblindheit heute vielleicht eher unwichtig erscheint, könnte später einmal für andere Linke oder die Öffentlichkeit durchaus von Belang oder Interesse sein.

Wie es sich für eine Quasi-Behörde gehört, haben wir den Umgang mit unseren Datenanhäufungen hübsch geregelt: Seit 2009 besitzen wir eine «Aktenplan» genannte Ablage-

gestruktur für Dokumente. Dieser Aktenplan benennt allgemein gültige Grundlagen und Regeln für die Ablage, legt Zugriffsrechte fest und gibt einen detaillierten Überblick über die gültige Ablagestruktur. Damit für alle klar ist, wie die Ablage in dieser Struktur erfolgen soll, haben wir seit 2019 auch «Regeln für die Arbeitsdokumentation» in Kraft gesetzt, die Anlegen und Benennung von Ordnern und Dateien in der Struktur festlegen und damit gesuchte «Spuren» leichter für alle finden lassen. Sämtliche Strukturen und Regeln sind dabei auf unsere Arbeit hin ausgerichtet, das heißt, Dateien und Dokumente werden bearbeitet, geändert, verschoben, neu abgespeichert und manchmal auch gelöscht. Dieser Teil des Gedächtnisses unterliegt somit einer ständigen Veränderung und wächst immer stärker, vor allem im Bereich der Mediendaten: Fotos, Audio- und Videoschnitte von Versammlungen und Veranstaltungen, vor allem aber Videodateien brauchen mittlerweile auf unseren Servern mehr Speicherplatz als alle übrigen Dateien. Demgegenüber sinkt der Anteil der «papierernen» Spuren kontinuierlich.

Um diese «Spuren» (und auch «Botschaften» vor allem aus dem Bereich der Fraktion: für die sind wir selbst zuständig, die fallen nicht in den Aufgabenbereich des Parlamentsarchivs) in das «LINKEN-Gedächtnis» des ADS einzubringen, haben wir 2006 einen Übergabevertrag mit dem Archiv abgeschlossen, der im November 2010 für digitale Unterlagen ergänzt und 2017 im Hinblick auf die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nochmals überarbeitet wurde. In der Fraktion regelt eine «Archivierungsrichtlinie» die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bereitstellung der abzugebenden Daten. Zusätzlich enthält der Aktenplan bei jedem

einzelnen Strukturelement die Information, ob die hier liegenden Dateien an das ADS abgegeben werden sollen oder nicht. Diese Abgabe organisiert dann der oder die für Archivfragen zuständige Mitarbeiter*in der Fraktion in Absprache und Kooperation mit den Archivkolleg*innen.

In den Anfangsjahren der Bundestagsfraktion war eine Abgabe oft mit intensiver Überzeugungsarbeit verbunden – sowohl in der Fraktion als auch bei den Abgeordneten herrschte oft die Ansicht, dass das Wichtige, die «Botschaften», ohnehin vom Bundestag präsentiert und gesichert werde bzw. über die Internetseiten der Fraktion abrufbar und eben dort «gespeichert» sei. Alles Übrige sei «nicht so wichtig» und man/frau habe nicht das eitle Bedürfnis (na ja, manche vielleicht schon), sich auch durch irgendwelche zerkratzelten Entwürfe der Nachwelt zu präsentieren. Eine Rolle spielte nicht zuletzt die Angst, durch eine Abgabe an das Archiv die Kontrolle über «seine/ihre» Daten zu verlieren: Sind die dort auch sicher? Wer darf die einsehen? Das war und ist bei der nicht unbedingt durchgehend freundlichen Behandlung der Fraktionsmitglieder in der Medienwelt keine völlig un-

berechtigte Befürchtung. Das ADS und das Fraktionsarchiv konnten diese Befürchtungen aber durch eine entsprechende Praxis zum Glück besänftigen – ohne Zustimmung des/der abgebenden Abgeordneten bzw. des Fraktionsgeschäftsführers oder der Fraktionsgeschäftsführerin sollte niemand vor Ablauf der festgelegten Sperrfristen Zugang zu den Archivalien erhalten – und es erhielt sie auch niemand. Die Bereitschaft, eigene Daten dem «LINKEN-Gedächtnis» anzuvertrauen, ist mit dem Vertrauen in die Zuverlässigkeit des ADS gewachsen, bleibt allerdings auch noch ausbaufähig.

Damit steht fest: Die Geschichte der Bundestagsfraktion kann geschrieben werden – von wem, können wir kaum beeinflussen. Aber sie wird – das können wir durch die Abgabe der «Spuren» unserer Geschichten an das ADS sicherstellen – auf der Basis unserer «Spuren» und «Botschaften» geschrieben werden und nicht mit dem, was andere über uns an Botschaften bereitstellen.

1 Halbwachs, Maurice: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt am Main 1985, S.360. **2** Aleida Assman, *Archive als Medien des kulturellen Gedächtnisses*, in: *Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft*, 77. Deutscher Archivtag 2007 in Mannheim; Fulda 2008, S. 21–33.

BERND HÜTTNER

Bewegung bewahren

Die Archive der neuen sozialen Bewegungen

Fridays for Future, unteilbar, die Proteste gegen das G20-Treffen in Hamburg, der Frauenstreik, die kontinuierlichen Aktivitäten gegen Nazis zeigen es. Emanzipatorische Proteste gehören zu modernen Gesellschaften, haben diese in ihrer heutigen Form geprägt und tun dies auch weiterhin. Aber wo werden die von diesen Widerstands- und Alternativbewegungen produzierten Dokumente archiviert, um sie für die Nachwelt zu bewahren?¹

Die Archive zu den und der sozialen Bewegungen sammeln und bewahren dieses von den Bewegungen produzierte Gegenwissen. Von ihnen gibt es etwa 40 bis 50 große, die themenübergreifend oder zu einem bestimmten Thema sammeln, und sehr viele kleinere, vermutlich um die 150. Hinzu kommen mehrere Dutzend Umweltbibliotheken.² Viele dieser Archive sind aus den Bewegungen heraus entstanden, fühlen sich ihnen mehr oder minder verbunden und basieren auf ehrenamtlicher Arbeit.

Außerdem gibt es halbstaatliche Archive und Bibliotheken zu Themen der sozialen Bewegungen, die bezahlte Stellen haben und ebenfalls Materialien aus den vielfältigen Widerstands- und Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte sammeln, sichern und erschließen.³ Solche Archive sammeln thematisch, wenn sie nicht nur zu einem Thema arbeiten, vom Nationalsozialismus und Antifaschismus bis zur Außerparlamentarischen Opposition (APO), dem Sozialistischen Studentenbund (SDS), der Studentenbewegung, von der Frauen- und Lesben- über die Umwelt- und Friedens- bis zur Internationalismusbewegung und selbstverständlich das ganze Spektrum oppositioneller, linker und alternativer Gruppen.

Diese Archive verfügen alle, da diese am einfachsten zu archivieren sind, über einen sehr großen Bestand an Zeitschriften sowie einen umfangreichen an Broschüren und anderer «grauer», wenn nicht «illegaler» Literatur, die sonst nirgendwo anders bibliografiert wird. In der Regel verfügen sie auch über Bücher, Flugblätter und Plakate, Anstecker, Aufkleber und andere Devotionalien. Die institutionelle Sicherung der Überlieferung ist unterschiedlich: Verfügen viele der institutionalisierten Archive zu den neuen

sozialen Bewegungen über feste Strukturen und bezahlte Arbeitsplätze, besitzen mithin große Kontinuität, sind die unabhängigen Archive der sozialen Bewegungen in einer weit fragileren Lage, auch wenn viele von ihnen schon 20 und oft mehr Jahre arbeiten. Mit anderen Worten: Ein großer Teil der Überlieferungssicherung zu den neuen sozialen Bewegungen ruht und beruht letztlich auf privaten Schultern und unbezahlter Arbeit.

WO KOMMT ES HER?

Für solche Archive gibt es keine Ablieferungspflicht und auch keine zugeordneten aktenbildenden Einrichtungen. Das Material kommt zusammen durch Spenden, beispielsweise von (ehemaligen) Aktivist*innen, von politischen Gruppen und Organisationen, die sich auflösen und ihre Organisationsarchive abgeben, durch Dubletten von anderen Bewegungsarchiven und oft auch durch kooperierende Infoläden, die ihre Zeitungsabonnements dann in das Archiv geben. Unabdingbar ist das besondere Vertrauensverhältnis zwischen gebenden Personen und Gruppen und dem Archiv. Beide fühlen sich demselben solidarisch-oppositionellen Milieu zugehörig, ähnlichen Ideen verpflichtet, und die Spender*innen trauen dem Archiv, im Gegensatz etwa zu staatlichen Archiven, eine korrekte und angemessene inhaltliche Beurteilung und damit Bearbeitung des Materials zu.

FÜR WEN MACHEN DIE DAS?

Obwohl Vergangenheit in den Medien ein allgegenwärtiges Thema ist, hat der Neoliberalismus eine seltsame Form der Geschichtslosigkeit produziert. Viele heute (und neu) Engagierte wissen nichts über die Kämpfe und Proteste vergangener Jahr-

zehnte. Die Geschichtslosigkeit resultiert auch aus dem Selbstverständnis undogmatisch-linker Praxis, das von Spontaneität geprägt ist, geplante, strategische Politik sowie festere Organisationsformen lange Zeit ablehnte und, wenn überhaupt, Geschichte vor allem als Legitimation der eigenen, tradierten Praxis verstand. Ein kollektives Gedächtnis kann sich deswegen und wegen der losen Strukturen und der personellen Fluktuation nur schwer bilden.⁴ Erinnern ist zudem, das zeigt die hegemoniale Geschichtspolitik jeden Tag, nichts Harmloses: Es dient der Verständigung und Vergewisserung, aber auch der Normierung. Was soll erinnert, was soll vergessen (gemacht) werden?

Die sich eher den existierenden politischen Bewegungen zugehörig fühlenden Archive verstehen ihre Arbeit als Beitrag zur besseren Bewältigung aktueller Kämpfe. Ihre primäre Zielgruppe ist nach dem Motto «Aus der Geschichte lernen» die aktuelle politische Bewegung. Sie werden aber auch von Studierenden sowie Interessierten aus der akademischen Forschung und den Medien frequentiert, die bei den institutionalisierten Archiven die größten Nutzergruppen sind.

VERNETZUNG, PORTALE UND SUCHE

Viele Bewegungsarchive treffen sich einmal im Jahr auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung und pflegen dort den fachlichen und kollegialen Austausch.⁵ Für die Archive, die keine bezahlten Stellen haben, stoßen (überregionale) Kooperationen oder auch nur die Idee einer eigentlichen anzugehenden «Überlieferungssicherung im Verbund» sehr schnell an Kapazitätsgrenzen.

Eine umfangreichere Suche in einem Teil der Bestände verschiedener Infoläden und Be-

wegungsarchive ermöglicht die Online-Datenbank «dataspace».⁶ Relativ viele Bewegungsarchive, wie zum Beispiel das Archiv des Informationszentrums Dritte Welt in Freiburg, das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin, die Bibliothek der Freien, die größte Bibliothek zum Thema Anarchismus, sowie die Archive der parteinahen Stiftungen und andere institutionalisierte Archive und Bibliotheken haben zumindest ihren Bestand an Periodika in die Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek (ZDB) eingetragen. Eine Auswahl an empfehlenswerten Büchern zur Geschichte sozialer Bewegungen findet sich unter den entsprechenden Schlagworten in der Kollektivbibliografie zur kritischen Geschichte.⁷

AUSBLICK

Die hier vorgestellten Archive unterschiedlicher Couleur sperren sich gegen eine eindeutige und einheitliche Definition. Gemeinsam ist ihnen, dass sie Wissensspeicher sind und einen nahezu unerschöpflichen Fundus an Materialien zum Verständnis gesellschaftlichen Wandels bereithalten.⁸ Die dort engagierten Archivar*innen werden trotz aller Widrigkeiten ihre in der Regel unbezahlte Arbeit fortsetzen. Die Historisierung und wissenschaftliche Aufarbeitung der 1980er und 1990er Jahre in Ost und West beginnt gerade. Dafür werden solche Archive einzigartige Orte sein, an denen wichtige Quellen zu finden sein werden.

Eine Annäherung zwischen staatlichen und den Bewegungsarchiven wird seit Jahren von einigen Akteur*innen aus Bewegungsarchiven gefordert. So existiert ein Arbeitskreis «Überlieferungen der Neuen sozialen Bewegungen»⁹ im offiziellen Verband deutscher Archivare und Archivarinnen (VdA)

bereits seit 2009. Auf Historiker- und Archivtagen gibt es mittlerweile Sektionen zu den neuen sozialen Bewegungen. 2016 wurde ein bisher folgenlos gebliebenes Positionspapier des VdA zu den «Überlieferungen der neuen sozialen Bewegungen» verabschiedet.¹⁰

Das Anliegen der Bewegungsarchive, Unterstützung durch die öffentliche Hand zu bekommen, wird blockiert und sie so darauf hingewiesen, dass Archivfragen immer auch Herrschaftsfragen sind. In früheren Aufständen wurden oftmals Archive mit als Erstes niedergebrannt, galten sie doch als Symbole kirchlicher und feudaler Macht. Auch heute haben viele kein Interesse daran, ein historisches Bewusstsein über die Möglichkeit von Kämpfen gegen Ungerechtigkeit, für Freiheit und Solidarität entstehen zu lassen. Ein Bewusstsein, für dessen Herausbildung Wissenschaft und politische Bildung einen Beitrag leisten können (und sollten) und wofür Materialien in den hier diskutierten Archiven vorhanden sind.

Zu den Ideen und Strömungen der Menschen, die 1990 bis 1992 in die PDS und dann nochmals 2004 bis 2007 in DIE LINKE eintraten und sie in der Folge dann auch programmatisch und habituell mitprägten, und erst recht zu ihrem außerparlamentarischen Umfeld findet sich in den Bewegungsarchiven sehr viel Material, vermutlich mehr als im Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) selbst. Nun ist das ADS kein Bewegungsarchiv und sollte es auch nicht sein oder werden. Wichtig wäre aber eine Öffnung des ADS gegenüber den Anliegen und der Situation der Bewegungsarchive. Es muss ja nicht gleich von einer Meta-Datenbank geträumt werden, die mit Unterstützung aus der Wissenschaft mittelfristig finanziert und umgesetzt werden könnte.

Nötig wäre sie aber. Die Frauenarchive machen mit einem Meta-Katalog und der Digitalisierung ausgewählter Dokumente vor, wie das geht.¹¹

1 Dass neuere Bewegungen ihre Hinterlassenschaften vor allem in digitaler Form produzieren, wirft für die Archive und die zukünftige zeitgeschichtliche Forschung neue und ungelöste Fragen auf. Diese bleiben hier unberücksichtigt und wären einen eigenen Text wert. **2** Ein Onlineverzeichnis findet sich z.B. auf <http://afas-archiv.de/verzeichnis-freier-archiv/> bzw. www.umweltbibliotheken.de. Hüttner nennt 270 Adressen; siehe Hüttner, Bernd: Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände, Neu-Ulm 2003. Einen aktuellen kommentierten Überblick geben Bacia, Jürgen/Wenzel, Cornelia: Was bleibt? Archivierung von Protest und Widerstand seit 1968. Eine Bestandsaufnahme, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 4/2018, S. 173–181, unter: <http://dx.doi.org/10.3196/186429501865425>. Mehr Literaturhinweise unter <http://kobib.de/kg/index.php/keywords/single/58>. **3** Beispiele sind die Archive und Bibliotheken der parteinahen Stiftungen, aber auch Einrichtungen wie das Institut der sozialen Bewegungen in Bochum, das APO-Archiv an der Freien Universität Berlin oder das Hamburger Institut für Sozialforschung. **4** Siehe dazu u.a. Jahr der Jahrestage, Interview mit Bernd Hüttner zu Geschichtsarbeit, in: anti-atom-aktuell, Heft 180, Mai 2007, unter www.anti-atom-aktuell.de/archiv/180/180jahrestage.html. **5** Siehe die Materialien auf www.bewegungsarchive.de. **6** Siehe <http://ildb.nadir.org/> **7** Siehe www.kobib.de. **8** Die zentrale «Institution» zur eher soziologischen Bewegungsforschung ist der Verein für Protest- und Bewegungsforschung; siehe www.protestinstitut.eu. **9** Siehe www.vda.archiv.net/arbeitskreise/ueberlieferungen-der-neuen-sozialen-bewegungen.html. **10** Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen; in: ebd. **11** Siehe www.ida-dachverband.de/ddf/ und <https://www.meta-katalog.eu>.

PETER DELIS

Die Besonderheiten der Überlieferung der Deutschen Friedens-Union¹

Die Deutsche Friedens-Union (DFU) wurde 1960 in Frankfurt am Main gegründet. Eine Persönlichkeit, auf die man sich immer bezog, war Renate Riemeck, eine Professorin und Friedensaktivistin aus Südhessen. Sie verkörperte eine wählbare «linke» Stimme, nachdem die KPD verboten worden war. Obwohl die Bundesgeschäftsstelle der Friedens-Union sich mit ihren drei Geschäftsführern Heinz Dreibrodt, Willi van Ooyen und Horst Trapp in der Amsterdamer Straße in Köln befand, nahm die Lan-

desgeschäftsstelle Hessen eine besondere Rolle ein und wurden viele Veranstaltungen und Demonstrationen über das Frankfurter Büro organisiert. Das hatte verschiedene Gründe.

Zum einen gab es hervorragende Kontakte zu Gewerkschaften, die IG Metall etwa hatte ihren Sitz ebenso in der Mainmetropole wie die Bundesgeschäftsstelle der VVN-BDA. Einflussreiche Funktionäre der 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wohnten ebenfalls nicht weit entfernt. Mit ihnen stimmte man sich häufig ab, meist im persönlichen Gespräch, da man vermutete, dass das Büro abgehört würde. Die DKP war zu schwach, zu wenig flexibel und hatte bei der Mittelschicht ein zu schlechtes Image, um ihre Politik erfolgreich in Wählerstimmen umwandeln zu können. Dafür gab es dann beispielsweise die DFU, die das Friedensthema in die Mitte der Bevölkerung tragen sollte. So wurde in enger Abstimmung mit der DKP die Friedensliste als Partei aufgebaut, in der Hoffnung, dass auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung eine Partei in den Bonner Bundestag kommt, die die Interessen der DKP und der Friedensbewegten vertritt.

Auch aus einem anderen Grund kam man häufiger in der Stadt am Main zusammen. Willi van Ooyen und Horst Trapp waren in Frankfurt beheimatet, Heinz Dreibrodt wohnte in Hamburg. Für alle drei war die Arbeit am Freitagnachmittag nicht um 16 Uhr zu Ende. Sie starteten am Wochenende durch.

Außer im Saarland gab es in jedem Bundesland einen Landesverband und eine Geschäftsstelle. Somit existierten überall Strukturen für Bündnisarbeit. Die Landesgeschäftsstelle in der Frankfurter Lersnerstraße war strategisch günstig gelegen und

das Personal der Landesgeschäftsstelle stand, wenn nötig, ebenfalls zur Verfügung. Da Veranstaltungen und Demonstrationen oft an Feiertagen oder am Wochenende stattfanden, ist es nicht verwunderlich, dass sehr viele organisatorische Papiere der DFU eine Frankfurter Absenderadresse hatten. Zudem hatte das Berufsverbote-Komitee in der hessischen Geschäftsstelle – im Unterschied zu anderen Geschäftsstellen – einen hauptamtlichen Mitarbeiter, Uli Breuer, eingestellt, um Kontakte zu politisch interessierten Menschen zu knüpfen, die sich noch nicht organisiert hatten. In anderen Geschäftsstellen wurde das Thema von den anderen Mitarbeitern mit bearbeitet.

Bis zur Auflösung der DFU im Jahr 1990 war Heinz-Joachim Nagel als Landesvorsitzender der DFU in Hessen tätig. Danach konnte er sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv engagieren, stand jedoch der Friedens- und Zukunftswerkstatt als Ansprechpartner zur Verfügung.² Willi van Ooyen hat das Heinz-Joachim Nagel gegebene Versprechen eingehalten und die DFU-Unterlagen, die sich in dessen Haus befanden (zentraler Aufbewahrungsort), ins Bundesarchiv nach Koblenz gebracht.

Willi van Ooyen war eine tragende Persönlichkeit der Friedensbewegung, besonders der Friedens- und Zukunftswerkstatt im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Lokale Friedensaktivitäten und Ostermärsche in Hessen, der Kasseler Friedensratschlag sowie die Unterschriftensammlung «Kein Krieg in Afghanistan» waren nur einige der Aktivitäten, die ebenso wie die Bundesweite Info-stelle Ostermärsche federführend von Willi van Ooyen organisiert wurden. Ab 2008 war er darüber hinaus Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Hessischen Landtag. Seine Unterlagen aus der Tätigkeit in der

DFU und als Mitglied des Hessischen Landtags wollte er dem Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) übergeben.

So kam ein Transporter und brachte die Unterlagen der Deutschen Friedens-Union aus Willi van Ooyens Keller ins ND-Haus nach Berlin. Dort bereitete sie der ehemalige Landesgeschäftsführer Peter Delis zur Archivierung vor und erstellte aussagekräftige Ablieferungsverzeichnisse. Da die Unterlagen in Köln und Frankfurt am Main ursprünglich in unterschiedlicher Form abgelegt worden waren, mussten sie zunächst in eine einheitliche Form gebracht werden. Unter großem Aufwand konnte die chronologische Ordnung der Dokumente hergestellt und konnten Mehrfachüberlieferungen bereinigt werden. Die Arbeit am Bestand führte zu einer intensiven Beschäftigung mit der Geschichte der DFU und ließ die Erinnerungen an verschiedene Aktionen und Akteure wiederaufleben.

Die Unterlagen verdeutlichen, wie unterschiedlich die damaligen Kommunikationswege waren. Wenn man Termine hatte, war man schlecht erreichbar, Handys gab es noch nicht, dafür in allen Büros Telefone und Fernschreiber. Da Willi van Ooyen früher auch in Paris gewohnt hatte und mit einer Französin zusammenlebte, war ihm das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Frankreichs und zur französischen Friedensbewegung sehr wichtig. Er hatte sehr gute Kontakte zur Parteispitze, sodass jährlich deutsch-französische Friedensgespräche im Elsass stattfanden. Darüber hinaus gab es regelmäßige Arbeitstreffen.

Die Entscheidung für das Archiv Demokratischer Sozialismus wurde aufgrund der ideologischen Nähe bewusst getroffen. Es garantiert, dass – was normal sein soll – alle Unterlagen für uns verfügbar bleiben. Der

Wert der Unterlagen wird durch die Kenntnisse von Zeitzeugen ergänzt. Ohne Erläuterungen, wie es zu Entscheidungen gekommen ist, wären Fehldeutungen denkbar. Helfen kann manchmal auch der alte DDR-Satz: Wem nützt was?

1 Zur Geschichte der DFU siehe Bundesarchiv, Bestand B442 Deutsche Friedens-Union, Einleitung zum Findbuch von Christoph Stamm, Berlin 2011. **2** Die Friedens- und Zukunftswerkstatt versteht sich nicht als Nachfolger der DFU. Sie arbeitet ausschließlich mit ehrenamtlich Tätigen an zeitgenössischen Themen.

Selbstzeugnisse und Archive

Als ich meine Autobiografie zu schreiben begann, war ich kurz versucht, das Archiv Demokratischer Sozialismus zu besuchen. Aber ich tat es nicht.

Denn in einer Autobiografie schreibt man nieder, was man in persönlicher Erinnerung hat. Wie jedoch insbesondere Psychologinnen und Psychologen, Juristinnen und Juristen wissen, sind Erinnerungen nur bedingt zuverlässig. Unsere Erinnerung ist nicht mit einem Foto zu vergleichen, es ist keine getreue Abbildung eines vergange-

nen Geschehens, sondern es ist ein aktiver Vorgang, eine produktive Hervorbringung. Anders gesagt, das Erinnern ist das Produzieren einer Erinnerung. In sie fließen Ausschmückungen ein, wichtiger jedoch: Bemühungen um Kohärenz. So weicht die Erinnerung, ungewollt und unbewusst, von einer exakten Wiedergabe eines Ereignisses ab. Die Konfrontation von Erinnerung und Ereignis im Archiv wäre für mich, als persönliches Erlebnis, sicher interessant gewesen, für das Schreiben aber erschwerend.

Autobiografien sind für Historikerinnen und Historiker nicht uninteressant, beispielsweise als Texte, die sie mit eigenen Forschungen in Beziehung setzen können. Sie sind auch interessant, um etwas über den Geist einer Zeit in Erfahrung zu bringen, selbst wenn der Zeitgeist immer nur gebrochen durchs Individuelle sich Ausdruck verschafft. Aber Autobiografien sind keine Texte, die als historische Abhandlungen durchgehen. Falls jemand über eine Person eine wissenschaftlich orientierte Biografie schreiben sollte, wofür einige Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wäre seine erste Quelle nicht die Autobiografie. Wichtiger wären etwa Zeitungsartikel, gleichgültig, wie die Person dort wegkommt. Von Bedeutung wären auch Akten, die in verschiedenen Archiven lagern, bei einer Persönlichkeit der Linken nicht zuletzt all das Material, das in der PDS und der LINKEN entstanden ist. Je nach Fragestellung haben die unterschiedlichen Archive mehr oder weniger zu bieten.

Natürlich darf man Archivierte auch nicht wörtlich nehmen. Das Archiv ist organisiertes Wissen. Aber was für ein Wissen? Und welche Organisationsprinzipien wirken? Ein guter Historiker würde nie unbesehen glauben, was in irgendeiner Akte steht. Er würde

immer auch Überlegungen zur Glaubwürdigkeit anstellen. Mit dem Begriff Quellenkritik meint man dies. Zudem liefert die Struktur des Archivs immer eine Vorinterpretation dessen, was es archiviert.

Schließlich stellt sich – unabhängig von allem bislang Gesagten – immer die Frage, was ein Ereignis ist. Die Hinrichtung von Ludwig XVI. ist mit Sicherheit ein historisches Ereignis. Was er hingegen am Tag vorher gegessen hat oder nicht, ist vielleicht von geringem historischen Interesse. Geschichte ist eben nicht die Sammlung irgendwelcher Fakten, sondern eine Untersuchung von bestimmten Ereignissen. Für Letztere gibt es immer Interesse und Relevanz. Dass Ludwig XVI. hingerichtet wurde, ist eine relevante Tatsache, denn sie macht deutlich, wie entschieden die Abwendung Frankreichs von der Monarchie damals gemeint war. Und sie ist interessant, weil unsere demokratischen Gesellschaften ein Interesse an ihrer Genese wenigstens haben sollten. So erst verwandeln sich Tatsachen in Ereignisse. Deswegen können wir auch nicht wissen, ob wir selbst historische Bedeutung erlangen, wir können es allenfalls behaupten. Erst im Rückblick anderer auf uns konstituiert sich Historisches.

Damit ist die Geschichte, sowohl die, die geschrieben wird, als auch die, die «passierte», nie nur Bestandteil eines Archivs. Aber das Archiv hat eine wichtige Nachweisfunktion. Ohne ein Parteitageprotokoll beispielsweise können sich leicht Mythen bilden. Lange

Zeit, etwa 50 Jahre lang, galt das Protokoll des Gründungsparteitags der KPD als verschollen. Erst 1968 konnte der Historiker Hermann Weber seinen Fund des Protokolls präsentieren. Und so etwas ist wirklich ein Fund. Innerhalb von 50 Jahren lässt sich viel erzählen, lassen sich viele Storys in die Welt setzen – und wer schaut schon ständig in irgendwelche Parteitageprotokolle? Aber sie bilden eine Grundlage für die zähe Arbeit am Abtragen von Mythen.

An einem Punkt bedauere ich jedoch, beim Verfassen meiner Autobiografie nicht im Archiv Demokratischer Sozialismus gewesen zu sein. Es gab eine Sitzung des Präsidiums des Parteivorstands, ich war damals noch nicht lange Parteivorsitzender und gab diesem Gremium ein Schreiben zur Kenntnis, das ich als Brief an die Parteimitglieder versenden wollte. Lothar Bisky beantragte daraufhin, dass ich sofort nach Hause geschickt werden solle und erst nach 48 Stunden ausgeschlafen wiederkommen dürfe. Außerdem beantragte er die umgehende Vernichtung des Schreibens. Dummerweise weiß ich überhaupt nicht mehr, was ich da geschrieben hatte, womit ich diese Reaktion hervorrief. Ich gehe davon aus, dass der Brief unwiederbringlich verloren ist. Und es gibt wahrlich Schlimmeres. Aber vielleicht ist er es doch nicht. Vielleicht liegt er irgendwo. Wäre ich ins Archiv gegangen, wüsste ich wenigstens, ob es diesen Briefentwurf doch noch gibt oder eben nicht.

FRIEDRICH BURSCHEL

Die eigene Geschichte

Persönliche Annäherung an die Wichtigkeit des Aufbewahrens und Erinnerns

Will ich über die Wichtigkeit des Aufbewahrens schreiben, über die Sicherung der Dokumente, Überreste und Spuren einer «linken Geschichte», über das «Gedächtnis der Besiegten» (Michel Ragon), zu denen wir mit unseren Geschichten allzu oft gehörten und gehören, dann will ich mehrere Geschichten gleichzeitig erzählen. Heraus käme eine Kakophonie des Erinnerns, in der die eigene, ganz persönliche Geschichte über die Familiengeschichte immer wieder mit der «großen» Geschichte verwoben, ja

bisweilen verbacken ist, sodass man gleich die Orientierung verlieren möchte. Wann habe ich gelernt, wie wichtig es ist, die eigene Geschichte zu schreiben?

Das war im Grunde sehr spät. Denn auch wenn ich an dieser linken Gegenerzählung immer schon teilhatte seit den Schultagen, wo wir mit unserem damaligen «Fridays for Future»-Furor gegen die atomare Aufrüstung, die Pershing-II- und SS-20-Raketen und den Nato-Doppelbeschluss auf die Straße gingen und von der Schulleitung für einen «Friedenskreis» jenseits des Schulgeländes und während des Unterrichts abgemahnt wurden. Auf den Rheinwiesen in Bonn demonstrierten damals mehr als 350.000 Menschen. Aber erst am 19. Dezember 1999 – ich war 34 Jahre alt – wurde mir vollends klar, was ich vorher bloß geahnt hatte: dass ich Teil einer Geschichte war, über die dröhnend und drohend andere sprachen, schrieben und die Deutungshoheit hatten und unser Gegenbild zu dem Geschehen nicht oder nur als Zerrbild vorkam. An jenem 19. Dezember stürmten 1.000 Beamt*innen der Berliner Polizei den Mehringhof in der Gneisenaustraße und SEK-Kommandos nahmen – neben weiteren Personen in Frankfurt – den Mehringhof-Hausmeister und meinen Freund und Kollegen Harald mit vorgehaltener Maschinenpistole zu Hause fest. Das ganze alte Manufakturgebäude in Kreuzberg wurde auseinandergenommen, alle Türen aufgebrochen und alle Hohlräume in Wänden und Treppenhäusern auf der Suche nach Sprengstoff aufgestemmt. Ein Kronzeuge hatte den Einsatzkräften erzählt, dass dieser Sprengstoff dort zu finden sei. Deshalb auch der Einsatz der Polizei so kurz vor der Jahrtausendwende: Die damalige Kronzeugen-

regelung lief zum 31. Dezember aus. Aber obwohl der Kronzeuge – moderne Zeiten – per ferngesteuertem Kamera-Roboter bei der Razzia zugeschaltet war, wurde nicht ein Krümel Explosives im Mehringhof gefunden. Wir waren angesichts dieses Überfalls völlig desolat.

Ich schrieb damals einen Text, hübsch in ein Hölderlin-Zitat gewickelt, wie es sich für den bildungsbürgerlichen Professorenspass gehörte, unter dem Titel «Wo Gefahr ist ...», und postete ihn im Internet und der Hamburger Szenezeitung *Off limits*. Ich versuchte darin herauszufinden, weshalb mit solch völlig unverhältnismäßigem Aufwand und solcher Gewalt vorgegangen worden war, wo ein paar Spezialist*innen doch rasch hätten feststellen können, dass kein Sprengstoff da war, und schrieb: «Freilich hätte ein derart diskretes Vorgehen nicht den gewünschten Nebeneffekt gehabt, dass man sich einer vor Millennium-Attentaten zitternden Öffentlichkeit andienen konnte und das Gespenst des «Terrorismus» ein weiteres Mal dort verorten konnte, wo man es haben will: links.» Die Szene war damals im Ausnahmezustand und von dem Überfall des Rechtsstaats auf unsere Strukturen, fast ein Jahrzehnt nach dem Ende des «bewaffneten Kampfes» der Revolutionären Zellen (RZ), wie paralysiert. Wir organisierten die Solidarität für die damals fünf Gefangenen und versuchten, dem Medienmainstream eine differenziertere Version entgegenzuhalten. «Wir müssen unsere Geschichte selber schreiben», beschwor uns ein älterer Kollege aus unserer Initiative. Parallel zum anstehenden Strafprozess in Moabit gaben wir den *ZitronenfalteR* heraus. Vielen, die sich noch nicht mit der Geschichte der RZ befasst hatten (darunter ich selbst), lieferten wir Lese- und Diskussions-

stoff aus den diversen Szene-Archiven und Druckwerken. Endlich zog man die beiden schwarzen Bände der «Früchte des Zorns» aus dem Bücherschrank, wo sie allzu lange eigentlich nur als Staffage für die allfällige Regalkontrolle herumschweifender Gäste in der eigenen Wohnung dienten. Verdienstvoll hatte der Verlag Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID Verlag) diese Bände herausgegeben und uns so die Möglichkeit beschert, die Geschichte der RZ nachzuvollziehen und zur damaligen und zur aktuellen Politik der Bundesregierungen in Beziehung zu setzen: «In der gegenwärtigen Situation und Sprachlosigkeit ist aber, zumal bei den Jüngeren, ein sehr starkes Bedürfnis nach Diskussion und Vermittlung von Geschichte und Geschehen in allen Fluren zu spüren. Und es ist aufschlussreich für solche ZeitgenossInnen, nun zur Lektüre der Erklärungen und entsprechender Hintergrundliteratur zu schreiten. Auf einmal geht die Erinnerung auf an Kemal Cemal Altun, an die Skandal-Urteile zu Abschiebungen in Folterstaaten eben [des] Bundesgerichtshofes (BGH), [...] die Erinnerung an den Brand im Polizeigewahrsam am Augustaplatz in Berlin [...], bei welchem sechs Abschiebehäftlinge in einer überfüllten Zelle qualvoll verbrannten, an das sogenannte Berliner Loch, durch das viele Flüchtlinge und MigrantInnen den Weg nach West-Europa fanden und welches die BRD mit allen Mitteln zu schließen trachtete, und an die entstehenden Instrumente der Flüchtlingsabwehr, die uns heute noch in perfektionierter Weise geläufig sind, wie etwa das Ausländer-Zentral-Register (AZR)», hieß es in meinem Artikel.

Wer in diesem Land als Kind weißer Deutscher geboren ist, ist über seine Vorfahren immer auch mit dem historischen Natio-

nalsozialismus, dem Zivilisationsbruch der Shoah und den Vernichtungskriegen verstrickt. In vielen Familien lagerten irgendwo in den Höhlungen der Erinnerung auf Dachböden, in Kniestöcken und Kellern Schachteln, Kisten und Kasten, in denen Briefe, Dokumente, Fotos und andere Überreste aus den tausend Jahren zwischen 1933 und 1945 die lange Zeit seit der Befreiung überdauert hatten. Eine solche Holzkiste steht im Mittelpunkt des beeindruckenden Dokumentarfilms «Die zwei, drei Dinge, die ich von ihm weiß» des Regisseurs Malte Ludin über seinen Vater, der ein Angehöriger der Vernichtungseliten des «Dritten Reiches» gewesen ist. Es ist kein Wunder, dass diese Kisten gerade zum Ende des 20. Jahrhunderts geöffnet wurden und ein neues Genre in Literatur und Kunst entstand: die Aufarbeitung der familiären Vergangenheit und Verstrickung durch die Enkel*innen der Täter*innen. Schlicht, weil sie erwachsen genug geworden waren, auch tabuisierte Zusammenhänge mit der eigenen Familiengeschichte freizulegen. Mir erging es ebenso, fünf Jahre nach den geschilderten Ereignissen in Berlin. Dabei ging es um meinen Großvater.

Geschichte holt einen immer wieder ein, und das Archivieren, Veröffentlichen, Edieren oder – als neue Form – das Posten linker Inhalte birgt durchaus Risiken. In dem besagten Text schrieb ich auch folgende Sätze: «Bleibt also nur der persönliche Zugang: Der Autor zum Beispiel hat sich in den Jahren, um die es hier geht, nicht um «militante Aktionen» in der BRD gekümmert, waren ihm diese doch eher suspekt und stocherte er doch in anderen Tränengasswaden und war davon absorbiert, der offene Blick getrübt. Freilich war es oft «mehr als

nur klammheimliche Freude», die er und sein damaliges Umfeld nach etlichen trefflichen Aktionen empfanden, zumal wenn sie im Bereich der Sachbeschädigung blieben.» Damals dachte ich an die Anschläge auf Baumaschinen in Wackersdorf, wo Franz Josef Strauß' atomare «Wiederaufarbeitungsanlage» (WAA) gebaut werden sollte, oder daran, dass die RZ den Bau eines Supermarktes auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück mit einem Anschlag verhinderten. Die WAA gibt es nicht, die Ruine des Discounters ist noch heute bei Fürstenberg/Havel zu sehen. Aber solche Aussagen, zumal mit Bezug auf die leidige «Mescalero»-Debatte, verziehen und verzeihen die Bundesrepubliken und ihre Bevölkerungen nicht, der linke Terrorismus hat als nationales Trauma weiterzuwirken und die einigende Feinderklärung muss den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken.

In den folgenden Jahren verlor ich aufgrund dieses winzigen Archivschnipsels zweimal meine Festanstellung. Und der Artikel trug mir 2007 die Verweigerung der Akkreditierung als freier Journalist zum G8-Gipfel in Heiligendamm ein: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte mich dem «dirty dozen» von Journalist*innen zugeschlagen, denen der Zutritt zum Hochsicherheitstrakt um das noble Kempinski verweigert wurde. Zwei Klagen gegen diese «hoheitliche Verurteilungserklärung» (Jürgen Seifert) vor dem Verwaltungsgericht Köln endeten erfolgreich, das Gericht erklärte meine Ächtung erst für rechtswidrig und gab dem Bundesamt dann auf, die in zehn Jahren gesammelten Erkenntnisse zu meiner Person zu löschen.

Dass mir dieser Inlandsgeheimdienst über die Jahre immer wieder als fataler Sachwalter der «Inneren Sicherheit» begegnet, hat

wohl mit meiner journalistischen Recherchearbeit als Antifaschist zu tun. Denn wer von Nazis in Deutschland spricht, darf vom Inlandsgeheimdienst nicht schweigen: Allerspätestens seit dem 4. November 2011 ist dieser Zusammenhang nicht mehr zu leugnen. Und dieses Wissen und diese alarmierenden Erkenntnisse speisen sich zu einem wesentlichen Teil aus antifaschistischen Archiven und der quasi-wissenschaftlichen und unbestechlichen Recherche einer antifaschistischen – im besten Sinne – Counterintelligence, die stets auch das Agieren staatlicher Akteur*innen im Netz der bundesdeutschen Nazi-Szene auf dem Schirm hat. Zum NSU-Komplex, aber auch erst jüngst zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni 2019 war es die Antifa, die frühzeitig valide und brisante Informationen oft exklusiv präsentieren konnte, ein Gutachten des Bundesamtes zur völkisch-nationalistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) sog Honig aus denselben Antifa-Quellen, die in den jährlichen Berichten der Behörde als «links-extremistisch» eingestuft werden.

Auch in der letzten Wohnung meiner greisen Großmutter stand immer noch die Kiste, die sie einst extra von einem Tischler hatte anfertigen lassen, um die heiligen Briefe meines Großvaters aufzunehmen und schützend zu umfassen. Ich, der Historiker unter ihren neun Enkelkindern, sollte diese Kiste einst erben und öffnen dürfen. Kurz vor ihrem Tod als 94-Jährige hatte sie noch versucht, die Kiste vernichten und im wahrsten Sinne des Wortes «entsorgen» zu lassen, ahnte sie doch, was für eine Wirkung die etwa 600 Feldpostbriefe meines Großvaters aus Frankreich und der Sowjetunion haben könnten. Außerdem lagen auch etwa

1.000 ihrer eigenen Briefe an ihren Heinrich mit in dieser Kiste. Er hatte ihre umsichtig nummerierten Briefe regelmäßig gebündelt nach Hause zurückgeschickt, ehe sich seine Spur Ende Januar 1943 in Stalingrad verliert. Es ist dann ganz anders gewesen, als ich dachte, denn bis heute sind die Briefe nicht aufgearbeitet, viel zu verstörend war ihr Inhalt. Und ich dachte mir in jener Zeit, dass die deutschen Täter*innen genügend Raum für ihre Sicht der Dinge und ihre Version der Geschichte erhalten hatten in den zurückliegenden Jahrzehnten seit Kriegsende. Ihr Narrativ hatte die Deutung der deutschen Vergangenheit überwölbt und etwa das Bild des «unbefleckten Schilds der Wehrmacht» im Gegensatz zu den Verbrechen von SS, Gestapo, SD usw. bis zur richtungsweisen Ausstellung zu den «Verbrechen der Wehrmacht» Mitte der 1990er Jahre bestimmt.

Ich habe erst sehr spät eigentlich richtig verstanden, welche ungeheure Dimension die Shoah und die Vernichtungsorgien der Deutschen wirklich hatten. Abgespeist mit wenig validem Schulwissen und viel – unter anderem vom Geschichtsklitterer Joachim C. Fest, der mit «Speer» und «Hitler» in unserem heimischen Bücherregal präsent war, zusammengeschusterter – «Führer»-Fixierung, waren erst Reisen an die Tatorte, einige davon mit dem verdienstvollen Bildungswerk Stanisław Hantz, jenseits von Auschwitz ins hinterste Polen geeignet, unmissverständlich werden zu lassen, was die Vernichtung von Millionen Jüdinnen und Juden und vieler anderer Menschen zum Teil in industrieller Arbeitsteilung und Effizienz oder durch unvorstellbar grausame Massenerschießungen in der Sowjetunion bedeutete. Erst in jüngster Zeit und auch

erst nachdem Ende der 1970er Jahre die US-Fernsehserie «Holocaust» durch die behaglichen Wohnzimmer Westdeutschlands geflimmert war, sind immer mehr Zeugnisse von Überlebenden und Zeitzeug*innen in großer Zahl erschienen. Sie würden es Wissbegierigen ermöglichen, sich die ganze Wahrheit zu erschließen, auch angesichts der neuen, bedrohlich erfolgreichen Anläufe, die Geschichte des deutschen Menschheitsverbrechens als «Vogelschiss» (AfD-Chef Alexander Gauland) in den langen Strom der Geschichte einzuebnen und jenseits eines von vielen fantasierten deutschen «Schuldkults» doch wieder stolz sein zu wollen «auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen» (ebender). Vielleicht mit der späten Veröffentlichung von Raul Hilbergs Monumentalwerk «Die Vernichtung der europäischen Juden» Anfang der 1980er Jahre auf Deutsch und mit Claude Lanzmanns tief erschütternder Neun-Stunden-Doku «Shoah» 1985 begann, was lange noch nicht beendet ist und zum Teil auf verschollen geglaubten Dokumenten fußt, wie aktuell etwa die verstörenden Erinnerungen des Überlebenden Kalmen Wewryk «Nach Sobibór und wieder zurück», die erst im November 2019 erstmals in deutscher Übersetzung erschienen. Das Wissen über das Leiden und Sterben von Millionen fand sich nach der Befreiung in Kassibern, die Menschen während des laufenden Vernichtungsprozesses hastig notiert und oft kurz vor ihrer eigenen Ermordung an den Mordstätten verbuddelt oder anderweitig versteckt hatten, aus dem existentiellen Gefühl heraus, das Undenkbare und Unbeschreibliche zu bezeugen und für eine wie auch immer geartete Nachwelt zu fixieren. Vieles davon, ob das Ringelblum-Archiv im Warschauer Ghetto oder die im

Inferno der Verbrennungsöfen in Todesangst rasch versteckten Botschaften aus dem Inneren der Vernichtung, bilden heute die Grundlage des Wissens über die Shoah. Vieles davon, was Menschen damals, ob absichtlich oder zufällig, hätten hinterlassen können, ist mit ihrer Vernichtung oder mit der Vernichtung der Spuren der Massenmorde verschwunden. Das wenige, was wir haben, kann als Garant der Wahrheit gelten.

Das Wissen sehr vieler Täter*innen hingegen hat mit ihnen überlebt und ist – entgegen der angeblichen Tabuisierung des Themas – in den Strom der Nachkriegserzählung der Deutschen in heldischer oder verharmlosender Form eingeflossen, der die Halbherzigkeit der viel gelobten «Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit» charakterisiert und den Nährboden des Wiedererstarkens völkisch-nationalistischer Ideologien in unseren Tagen bildet. Was also mache ich mit den Briefen meines Täter-Opas, der definitiv ein Nazi und zudem glühender Antisemit war, wie meine Oma übrigens auch? Als ich mit der Aufarbeitung dieses zwiespältigen Erbes begonnen habe, war die größte Überraschung nämlich nicht gewesen, dass mein Opa Nazi war. Das kommt recht deutlich, aber mehr passim in seinen Briefen vor. Das Verstörende schon der Briefe, die ich bis dahin gelesen habe, ist etwas ganz anderes: Es sind hocherotische Briefe, die er seiner Frau, meiner Oma, schreibt, voll sexuellen Begehrens und körperlicher Sehnsucht. Erst die Lektüre von Dagmar Herzogs exzellentem Buch «Die Politisierung der Lust» ermöglichte es mir, diese überraschenden und durchaus die Briefe bestimmenden Pornostellen einzuordnen und mein Bild von einem körper-

feindlich-disziplinierten und asexuell-grausamen Nazi zu korrigieren und dann die Lektüre der Briefe erst einmal irritiert hintanzustellen.

Der überwachende Staat, der sich einen Verfassungsschutz genannten Inlandsgeheimdienst hält, um aufzupassen, «wer bei Nacht was Kriminelles macht» (Extrabreit), und von dem ich lange kaum Notiz nahm, ist mir dann seit der oben beschriebenen Begegnung auf Schritt und Tritt begegnet – im Wortsinn. Vollends hat mich die Rolle des «Verfassungsschutzes» im NSU-Komplex in der Ansicht bestärkt, dass das «Geheime» und «Geheimdienstliche» dieser 16 Geheimdienste der Länder plus des Bundesamts eine Gefahr für eine offene und demokratische Gesellschaft darstellt. Nach dem Desaster des ersten NPD-Verbotsverfahrens 2003 und mit dem Auffliegen des Terrornetzwerkes des NSU 2011 musste jedem halbwegs aufmerksamen Menschen im Lande klar geworden sein, dass diese Art von Verfassungsschutz Teil des Problems und nicht der Lösung eines massiven Problems mit rechten, zum Terror bereiten Strukturen im Lande war. Aufwuchs und Entwicklung der Nazi-Strukturen in Thüringen etwa sind ohne den Giga-V-Mann des dortigen Landesamts, Tino Brandt, und dessen Alimentierung mit üppigen Geld- und Sachzuwendungen schlicht nicht denkbar. Die Tatsache, dass um den NSU und sein Unterstützungsnetzwerk herum nachweislich 40 V-Person genannte Spitzel aus den jeweils überwachten Szenen platziert waren, musste noch dem/der obrigkeitgläubigsten Beobachter*in klarmachen, mit was für einer verheerenden Institution man es hier zu tun hat. Aber nicht einmal, dass dann am 11.11.11 – sieben Tage nach

dem Auffliegen des NSU – ein Referatsleiter im Bundesamt (vermutlich zum Festschlagsbeginn um 11.11 Uhr) anordnete, alle Akten mit NSU-Bezug im Hause zu vernichten, hat dem Verfassungsschutz das Genick gebrochen. Der Referatsleiter wurde zwar – nach Erzwingung einer Klage durch Angehörige eines der zehn Mordopfer des NSU – zur Zahlung von 3.000 Euro wegen «Verwehrbruchs» verurteilt, das Verfahren damit jedoch eingestellt. Und das, obwohl er seit dem Bekanntwerden seiner Aktenzerstörung noch wahrheitswidrig beteuert hatte, die Akten seien aus Frist- und Datenschutzgründen geschreddert worden. Erst viel später musste er sich vor dem zweiten Parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages mit seiner eigenen Aussage konfrontieren lassen, die er gegenüber dem Bundeskriminalamt abgegeben hatte und die besagt, dass er sehr wohl gezielt und um Schaden von seiner Behörde abzuwenden, die Informationen über die in Thüringen im Rahmen der «Operation Rennsteig» angeworbenen Nazi-Spitzel hatte zusammensuchen und vernichten lassen. Doch mit dieser *original sin* begann erst ein munteres Aktenvernichten auch in anderen staatlichen Institutionen der Strafverfolgung und des «Verfassungsschutzes», so dass nach Jahresfrist etwa 400 Aktenordner mit NSU-Bezug verschwunden waren. Aber selbst nach einem vollmundig verkündeten Vernichtungsmoratorium kam es im Laufe des über fünfjährigen NSU-Prozesses vor dem Oberlandesgericht in München immer wieder zur Zerstörung oder zum Verschwinden relevanter Archivalia. Wo die Geheimdienstbehörden jedoch nicht umhinkamen, ihre Aktenbestände auszuhändigen, war diese Offenlegungspflicht ihrer «Arbeitsergebnisse» gegenüber dem Souverän, den

Parlamenten in Bund und Ländern, gekennzeichnet von Obstruktion, unerklärlichen Verzögerungen, arroganter Zurückweisung von Anforderungen der Untersuchungsausschüsse bis hin zu großflächiger Schwärzung ganzer Aktenbestände. Im Rahmen der Arbeit des hessischen NSU-Untersuchungsausschusses in Wiesbaden griff das Innenministerium sogar zur Sperrung eines klassifizierten internen Berichts über Verbindungen von Hessen nach Thüringen im Zusammenhang mit dem NSU für empörende und äußerst ungewöhnliche 120 Jahre. Immerhin wurde diese Klassifizierung bis ins dritte Glied aufgrund von Protesten auf 30 Jahre reduziert und Dirk Laabs – der im Grunde einzige tatsächlich investigativ arbeitende Journalist der bürgerlichen Presse – erklagte sich zumindest die Offenlegung einiger Detailinformationen aus dem Bericht: so etwa, wie oft der mutmaßliche Mörder Walter Lübckes und sein mutmaßlicher Komplize im amtlichen Text erwähnt wird. Dass dies elfmal der Fall ist, verstärkt noch einmal den dringenden Verdacht, dass hier brisante Erkenntnisse und Zusammenhänge gezielt verheimlicht werden sollen. Aber wie sagte doch der Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, Klaus-Dieter Fritsche, zu NSU-Zeiten selbst Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, so schön: «Es dürfen keine Staatsgeheimnisse

bekanntwerden, die ein Regierungshandeln unterminieren.» Kleine Anekdote am Rande: Fritsche wurde nach seiner Pensionierung offiziell Berater des rechtsnationalen einstigen österreichischen Innenministers Herbert Kickl für den Umbau des Verfassungsschutzes im Nachbarland.

Ich hoffe, dass in meinen sehr persönlichen Betrachtungen zum Thema Archiv die Wichtigkeit der Sicherung und Erhaltung von Dokumenten und Archivalia aller Art sowie der sensible Umgang mit dem so erhobenen Gut deutlich geworden ist, und zwar nicht nur für die eigene, die linke Geschichtsschreibung, sondern auch für eine wie auch immer geartete Aufarbeitung gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen, Brüche und Umwälzungen, aber auch staatlicher und kriegereischer Verbrechen sowie zur Rekonstruktion dessen, was in nationalem Taumel, aus autoritärem Dogmatismus oder in anderer Weise interessegeleitet geklittert, geglättet, erlogen und verfälscht worden ist. Dazu müssen wir in die Archive, Sammelstellen, Bibliotheken gehen und die Datenbanken und digitalen Konvolute sichten und in unsere Arbeit einbeziehen. Auch wenn es immer nur eine Annäherung an die «ganze Wahrheit» geben kann, sind wir zu dieser Annäherung in unserem eigenen Interesse verpflichtet.

WOLFGANG GEHRCKE

Blick zurück ohne Zorn

Ich blicke gern zurück, nicht im Zorn, auch wenn mich manche meiner Fehler grämen. Der Blick zurück ist unverzichtbar für das Verstehen der Gegenwart. Vielleicht gibt es heute bei der LINKEN zu wenig Rückblick und zu viel Tagesgeschäft. Hinzu kommt: Der Blick zurück erfasst in Ost und West unterschiedliche Bilder und Erfahrungen. Schließlich ist im Osten ein ganzer Staat, eine ganze Gesellschaftsformation untergegangen, als sich der Westen breitgemacht hat. Das ist eine tiefe historische Zäsur. Inzwischen gibt

es zum untergegangenen Realsozialismus in Deutschland weit mehr Trauernde als Hinterbliebene. Im Westen sind es politische Kämpfe, die zwar nicht zum gewünschten Ergebnis eines gesellschaftlichen Umbruchs geführt haben, aber Menschen bis heute prägen. In meinem Leben treffen beide Deutschlands aufeinander. Westseits ohnehin, da habe ich ja gelebt, bis zur Wende war mein Lebensmittelpunkt in Hamburg, einschließlich einiger Jahre Ruhrgebiet, aber auch ostseits. Es waren zuerst Genossinnen und Genossen aus der DDR, die mir nach neunjähriger Volksschule den Zugang zu Kunst und Kultur erschlossen und mir zusätzlich die Tür zur Sowjetunion geöffnet haben, damals wie heute (zu Russland) grundlegend für europäische Sicherheit und Frieden. Mithilfe der DDR konnten wir im Westen klassische Konzerte, Arbeiterkonzerte, veranstalten. Die große Ausstellung in Hamburg über das Werk von Willi Sitte war ebenso politische Arbeit wie der Studienzirkel zur wunderbaren Welt der Werke von Marx und Engels. Mein Geschichtsbewusstsein entwickelte sich im Kampf gegen die Wiederbewaffnung und gegen das große Schweigen über die Jahre 1933 bis 1945. Mit meinem Vater und mit fast allen aus seiner Generation hatte ich richtig Zoff, weil ich von ihnen Auskunft über ihr Verhalten während des Faschismus verlangte. Gesprochen haben darüber nicht Täterinnen und Täter oder Mitlaufende sondern Verfolgte des Naziregimes. Ich mutmaßte, dass sie Kommunistinnen, Kommunisten seien, ihre Partei war bereits verboten. Durch sie konnte ich mir die Maxime «Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus» zu eigen machen. Dafür bin ich 1961 dreikantig aus der SPD und ihrem Jugendverband Die Falken rausgeflogen, ziemlich zeitgleich zum Mauerbau.

TARNNAME:**CHRISTIAN HAMMERER**

Dann habe ich überall rumerzählt: Sollte ich jemals wieder einer Partei beitreten, dann nur der KPD. Irgendwann wurde mein Wunsch dort erhört. Mit einer kleinen Feierstunde wurde ich in ihre Reihen aufgenommen. Meine beiden Bürgen und der Parteisekretär leben nicht mehr, aber ich denke mit Dankbarkeit an sie zurück. Auf einer ersten Parteikonferenz, zu der ich eingeladen wurde, sie fand in Ost-Berlin statt, wurde ich bei der Anmeldung nach meinem Namen gefragt. Meine Antwort Wolfgang Gehrcke löste Entsetzen aus und die Rückfrage, ob ich denn keinen Decknamen hätte. Hatte ich nicht und musste mir sofort einen ausdenken. Mir fiel nur der Mädchenname meiner Mutter, Hammerer, ein. In der Liste der verdeckt Arbeitenden war der Vorname Christian noch frei. In diesen Kreisen hieß ich künftig Christian Hammerer. Als solcher habe ich Flugblätter gezeichnet, auf Kundgebungen gesprochen und – für mich ganz wichtig – die Jugendpolitik der KPD mitentwickelt, die nicht zuletzt 1968 zur Gründung der SDAJ, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, führte. Ich war in ihrer Leitung und über einige Jahre auch ihr Vorsitzender.

**OHNE FRIEDEN
IST ALLES NICHTS**

Zuvor aber hatte ich noch einen anderen Parteiauftrag zu erfüllen, er lautete: Mitarbeit in der Friedensbewegung. Damals waren das vor allem die Ostermärsche der Atomwaffengegnerinnen und -gegner, einer von Konrad Tempel, er war Quäker, und seiner Lebensgefährtin Helga Stolle aus Großbritannien mitgebrachten Tradition. Der erste Ostermarsch in Deutschland führte 1961 an drei Tagen von Bergen-Hohne, einem Nach-

barort von Bergen-Belsen und dem dortigen KZ, quer durch die Lüneburger Heide nach Hamburg. Ich habe ihn mitorganisiert. Er hat mich begeistert, vielleicht sogar wegen seiner «Einsamkeit», wir waren nur einige Hundert, und dem Bekenntern. In Scheunen und Windmühlen zu übernachten und zwischendrin viel Liebe – das war schon attraktiv.

Antifaschismus und der Kampf um Frieden gehören zusammen. Es gibt auf dem Hamburger Friedhof Ohlsdorf einen Ehrenhain für verstorbene und ermordete Antifaschistinnen und Antifaschisten. Auch die Gedenkstätte für Ernst Thälmann, in deren Kuratorium ich einige Jahre mitgearbeitet habe, gehört in diesen Kontext. In Thälmanns Leben und Sterben, er wurde im KZ Buchenwald ermordet, spiegelt sich der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse. Man kann ihm strategische Fehler vorhalten, doch es bleibt auch: Er hat sein Leben für den Kampf gegen den Faschismus gegeben.

**OHNE KULTUR
KEINE MASSENBEWEGUNG**

Die Friedensbewegung war zu ihrem Beginn gleichzeitig eine Jugendbewegung, sie wurde zu einer großen Kulturbewegung und Kommunistinnen, Kommunisten waren mittendrin. Ohne Kultur wird es keine Massenbewegung geben – oder anders herum: Massenbewegungen sind der Nährboden für Kultur und zugleich ihr Ergebnis. Damals waren es Künstlerinnen, Künstler wie Hannes Wader, Franz Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, die große Fasia Jansen, die schon beim ersten Ostermarsch mit auf der Straße dabei war, es waren Kabarettisten wie Hanns Dieter Hüsch, Maler wie Adolf Wriggers und Willy Colberg oder Karikaturisten wie Stefan Siegert. Heute sind

es andere Namen, aber auch heute ist die Friedensbewegung, das zeigt sie etwa in Ramstein, eine Kulturbewegung, nur (noch) etwas kleiner als die gegen die Notstandsgesetze oder zum Nato-Raketenbeschluss. Unvergessen die Kundgebung im Bonner Hofgarten 1981 mit 350.000 Teilnehmenden; ich gehörte dem zentralen Aktionsausschuss zur Vorbereitung dieser Demonstration an.

Künstlerinnen, Künstler wussten, was sie taten, wenn sie Teil und Motor von Bewegungen wurden. Sie wurden dann von den etablierten Einrichtungen geschnitten. So ist es auch heute noch. In der Musikkartei des Norddeutschen Rundfunks (NDR) etwa stand unter dem Namen Franz Josef Degenhardt die Weisung: «Nur mit Genehmigung des Intendanten». Großartige Künstlerinnen und Künstler sollten totgeschwiegen werden, ähnlich wie in den USA unter McCarthy. Doch hier wie dort gab es zugleich Menschen, die diese miesen Machenschaften entdeckten und enthüllten; im «Fall» Degenhardt und NDR waren es Mitglieder der dortigen DKP-Betriebsgruppe.

Dieser Breite der Politik und des politisierten gesellschaftlichen Lebens kann man heute nachtrauern oder versuchen, daran anzuknüpfen. *Das tun, um nur zwei Namen zu nennen, Künstler wie Diether Dehm, seine Lieder sind populär, zugleich ergreifend und eingreifend, oder die bildende Künstlerin Heidrun Hegewald, deren großartige Werke der offizielle Kunstbetrieb rückwirkend aus der DDR-Kultur tilgen will.*

POLITISCHE VERFOLGUNG

Es gab keine etwas längere Zeitspanne, in der politisch Linke in der Bundesrepublik West nicht diskriminiert bis verfolgt wurden. Im Zusammenhang mit dem KPD-Ver-

bot von 1956 wurden bis zu 200.000 Ermittlungsverfahren eingeleitet, bereits das hieß sehr oft Verlust von Arbeitsplatz und «gutem Ruf», bis zu 10.000 Menschen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt (bei seinerzeit 6.000 bis 7.000 KPD-Mitgliedern). 1971 dann unter der Regierung Brandt die Berufsverbote mit uferloser Bespitzelung in Form von 3,5 Millionen (!) Anfragen beim Verfassungsschutz zur «Verfassungstreue» von Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst, aber auch von Altgedienten. Postboten wurden als zu untreu befunden, um Briefe zuzustellen, brave Zollbeamte wurden zu unsicheren Kantonisten erklärt. Und über die Berufsverbote sollte eine ganze Generation in der 68er-Bewegung politisierter linker junger Intellektueller aus Schulen und Hochschulen ferngehalten werden. Willy Brandt hat später den «Radikalenerlass» als einen Fehler bezeichnet. Doch bis heute kämpfen die Betroffenen um ihre Rehabilitation.

Verteidigung der Demokratie, Mitarbeit in der Friedensbewegung, Offenheit gegenüber politisch Andersdenkenden, gewerkschaftliches Engagement – all das nehme ich aus der Vergangenheit in die politische Arbeit der Gegenwart. Auch die Liebe zu Kuba, zu Nicaragua, El Salvador und zu deren Befreiungsbewegungen. Von Hamburg aus gingen Genossinnen und Genossen zum Aufbau nach Kuba, sie haben auch Zuckerrohr geerntet, in Nicaragua haben sie bei der Elektrifizierung geholfen, in El Salvador haben wir im Kampf gegen die rechte Banditenherrschaft in einer Gemeinschaftsaktion mit anderen den Aufbau eines Rundfunksenders der Rebellen unterstützt und, ja, wir haben auch Geld für Waffen für die Befreiungsbewegung Frente Farabundo Marti para la Liberación Nacional (FMLN) gesammelt.

AUFRECHT DURCHS TOR

Aktionsformen aus der außerparlamentarischen Bewegung wie Blockaden oder Besetzungen fanden Eingang in gewerkschaftliche Kämpfe, so in den Kampf um den Erhalt des Krupp-Stahlwerks in Rheinhausen, von Hoesch, Westfalenhütte und Union in Dortmund und der Großwerft Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Hamburg. Es waren immer die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben selbst, die die Initiative zu solchen Aktionen ergriffen haben, aber es war möglich, sie zu unterstützen. Viel Beistand kam von Künstlerinnen und Künstlern, aus der Frauenbewegung, die sich parallel entwickelt hatte, und aus Kreisen der Kirchen. An allen erwähnten betrieblichen Aktionen war ich unmittelbar beteiligt, besonders intensiv an der Besetzung von HDW in Hamburg. Eine Episode: Mit einer kleinen Aktionsgruppe von Kommunistinnen und Kommunisten sind wir, in Absprache mit Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat, nachts über die Elbe geschippert und haben dann ein Trockendock geentert. Das war für mich eine ziemliche Anstrengung, denn ich bin nicht schwindelfrei und vom Fluss aus ist ein Trockendock so groß wie ein Hochhaus. Uns selbst angekettet, hielten wir einige Stunden mit unserem Solidaritätstransparent durch, doch die Werkspolizei hatte große Bolzenschneider und kräftige Bur-

schen, die uns abtransportierten. Nie vergesse ich das Bild von HDW-Arbeitern, die nach verlorenem Kampf in einem Demonstrationenzug unter dem Transparent «Aufrecht durchs Tor» ihren Betrieb verließen. «Aufrecht durchs Tor» – das bleibt. Denn ein Ziel nicht zu erreichen ist das eine; sich nicht beugen zu lassen, das andere.

MEINE AKTE SOLL ÖFFENTLICH SEIN

All das und noch viel mehr kann man wahrscheinlich in der Akte nachlesen, die der Verfassungsschutz über mich angelegt hat. Sie umfasst mehr als 10.000 Blatt. Ich möchte, dass sie öffentlich wird. Jede und jeder soll lesen können, was die Schlapphüte über mich gesammelt haben. In dem Prozess um meine Akten(-einsicht) bin ich bis zum Bundesverwaltungsgericht gegangen und habe angeboten, dass sie ins Bundesarchiv kommt und damit öffentlich zugänglich wird. Der Verfassungsschutz hat das jeweils abgelehnt und die Gerichte sind ihm leider gefolgt. Nicht die Vernichtung der Akten, sondern ihre Veröffentlichung ist doch wichtig; Akten sind Teil des kollektiven Gedächtnisses. Auch deshalb mein Dank an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass sie ein umfangreiches Archiv über linke Politik in Deutschland angelegt hat und pflegt.



20 JAHRE ARCHIV DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GEDÄCHTNIS- NUTZER

POLITIK

WISSENSCHAFT

JOURNALISMUS

TOM STROHSCHNEIDER

Eine Frage der Überlieferung

Warum das linke Gedächtnis bei der Suche nach einer anderen Zukunft so wichtig ist

Im sehr heißen Sommer 2019 ging einmal ein Manuskript ein, von dem aus man über das linke Gedächtnis nachdenken kann. Der Text drehte sich um die Frage, ob die noch junge Bewegung Fridays for Future auf der politisch richtigen Spur sei. Ob ihr emotionaler Appell an die Elterngeneration angemessen ist, ob sie die nötigen Lehren aus linker

Geschichte gezogen hätte. Es tauchte dann darin aus der Feder eines schon Älteren der Vorwurf auf, die Jüngeren hätten wichtige Probleme, Fragestellungen, Aspekte «noch nicht ganz verstanden».

Es wäre nun einfach, sich über solche Anmaßungen der Besserwisseri gegenüber neuen sozialen Bewegungen, jüngeren linken Generationen höflich aufzuregen. Selbstverständlich muss sich ein paternalistischer Blick, wie der zitierte, mit dem Vorwurf der Arroganz auseinandersetzen. Aber wer will da schon so leicht mit dem Finger auf andere zeigen? Wie oft hat man selbst und mit Grollen im Kopf erlebt, dass auf die Nennung eines aus eigener historischer Perspektive wichtigen Namens verständnislose Blicke folgen? Wie oft die Augenbrauen hochziehend gedacht, dass da jetzt als brandneue Idee doch nur diskutiert wird, was vor Jahren, Jahrzehnten schon drei Mal dekliniert wurde.

Man könnte den Zeigefinger-Satz mit dem «noch nicht ganz verstanden haben» wohlwollend natürlich auch so lesen: als guten, verständnisvollen Rat. Ihr müsst doch die Fehler der Vergangenheit nicht alle noch einmal machen, nicht jede Debatte muss in jeder Zeit erneut geführt werden, es gibt so etwas wie eine Geschichte der Erfahrungen, aus der schöpfen sollte, wem es um die Zukunft geht. Ob es nun das Thema Enteignung ist, alternative Wirtschaftsstrategien, Fragen des autoritären Populismus, die Kritik an Rassismus, Geschlechterverhältnissen – all das und noch viel mehr ist auch früher schon diskutiert worden. Links sein heißt mitunter, zu früh dran zu sein: Heute stehen Fragen auf der Agenda, bei denen die Suche nach Antworten von diesem linken Gedächtnis profitieren könnte.

«Die Verharmlosung der Umweltprobleme durch Appelle an die Verbraucher (weniger Autofahren, phosphatfreie Waschmittel kaufen, Bioläden nutzen) soll den Verzicht auf Eingriffe in die Industrie und die Durchbrechung der Kapitallogik kaschieren», so hieß es zum Beispiel vor Jahrzehnten schon im Entwurf eines Textes mit dem Titel «Grundlagen der Radikalen Linken». Es war Herbst 1989 und im progressiven Lager der BRD suchte man nach neuen Bündnismöglichkeiten, neuen Ansätzen, um in die gesellschaftskritische Offensive zu kommen. Ein paar Kilometer weiter östlich meldeten sich damals die Oppositionsgruppen zu Wort. Im Gründungsaufwurf der Bürgerbewegung Neues Forum warnte man vor den ökologischen Kosten einer Konsumgesellschaft und plädierte «für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum». Man wollte «Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben». Die Bewegung Demokratie Jetzt appellierte seinerzeit, ein demokratischer Sozialismus sei nötig, «weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss».

Beiden Beispielen ist etwas gemeinsam: Was da diskutiert, gewollt, kritisiert, gefordert wurde, ist von heute aus betrachtet in der Rubrik «Scheitern» einsortiert. Die Reorganisationsversuche der radikalen Linken im Westen scheiterten nicht zuletzt an jener nationalen Dynamik, die auch den Rufen nach dritten Wegen in der DDR den Boden unter den Füßen wegzog. Wenn heute auf die Ereignisse 1989/90 geblickt wird, dann meist vom Ende der Geschichte her. Ein Teil der Friedlichen Revolution wird dabei his-

torisch entwertet: Die linken, sozialen, ökologischen Aufbrüche von damals passen nicht in ein Erinnerungsbild, das von nationaler Einheit und kapitalistischem Siegeszug geprägt ist. Und für die Westlinken gilt das entsprechend: Sie gehörten zu jenen, die sich dem immer donnernden rasenden Zug zur Einheit entgegenstellten. Weil aber ebendiese «Wiedervereinigung» nun dem vorherrschenden Geschichtsverständnis als der «richtige» Ausgang der Ereignisse gilt, werden andere Positionen, alternative Antworten und radikale Infragestellungen aus dem öffentlichen Gedächtnis «herausgeschrieben».

Was für diese beiden Beispiele gilt, lässt sich also verallgemeinern: Wenn es richtig ist, dass bei der Suche nach Antworten für eine andere Zukunft auch die vergangenen Bemühungen nützlich sind, seien sie erfolgreich oder gescheitert, dann muss sich die Linke darüber Gedanken machen, wie sie mit ihrem eigenen Gedächtnis umgeht, wie sie es hegt und pflegt – und wie sie es nutzt. Das führt zu zwei Problemkreisen, von denen sich der eine stärker um Fragen des linken Selbstverständnisses dreht – also um die Ausprägung des Bedürfnisses, sich in der Vergangenheit nach der Zukunft zu erkundigen. Die andere ist etwas stärker formaler, institutioneller Natur: Wie lassen sich das Sammeln, die materiellen Voraussetzungen des Aufbewahrens, das «zur Verfügung halten» sichern, und zwar auch über die in aller Regel endlichen Zeithorizonte einzelner Organisationen, Bewegungszyklen, ja auch über einzelne Biografien hinaus? Es wäre gerade bei diesem Thema ein bisschen seltsam, in einem Text die vielen vergangenen oder früheren Bemühungen zu unterschlagen, die sich um Fragen des linken Gedächtnisses drehen. «Eine weit-

gehende Geschichtslosigkeit, das Nebeneinander von verschiedenen Strömungen und Ansätzen und eine allgemeine Unverbindlichkeit in den Bewegungsstrukturen verhindern, dass politische Erfahrungen gemeinsam aufgearbeitet werden können und generationsübergreifende Lernprozesse daraus entstehen», heißt es schon lange beim Berliner «Papiertiger», einem linken Archiv, das «eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte in der Form unterstützen» möchte, «indem wir als eine Art «Gedächtnis für die Linke» fungieren, Materialien sammeln und Interessierten für Geschichtsarbeit zur Verfügung stellen». Es gibt viele dieser Freien Archive, nicht wenige arbeiten unter prekären Bedingungen, ihre Zukunft ist nicht hinreichend gesichert. Vor ein paar Jahren hat der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. darauf aufmerksam gemacht, und Vorschläge «Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen» formuliert – darunter die Errichtung einer Stiftung, «die als zentrale Auffanginstitution für diejenigen Archive bereitsteht, die vor der Auflösung stehen». Ein relativ neues Problem für die Sicherung des linken Gedächtnisses sind veränderte Kommunikationsweisen. Das Internet hat die Wahrnehmung verändert sowie die Herstellung und Distribution von Inhalten in einem weiten Sinne durchgeschüttelt. Wer sammelt die Tweets und Facebook-Aufrufe, die in den sozialen Netzwerken geführten Debatten, die nur elektronisch vorliegenden Fotos, Flugblätter usw.? Auch ohnehin prekäre Geschäftsmodelle wie jene von unabhängigen Verlagen geraten in Zeiten des Internets unter noch größeren Druck. Die schwierige Lage der Zeitungen muss hier ebenfalls mit in den Blick rücken, auch die von politisch-wissenschaftlichen Periodika.

Ohne solche Blätter hätten sich die genannten kritischen Traditionen gar nicht erst bilden können. Debatten wären ausgeblieben, Begriffe und Theorien, die im Ringen um analytische Qualität, politische Pointe und gesellschaftliche Wirksamkeit entstehen, würden fehlen.

Ein Teil dieser Erinnerung kritischen Denkens droht zu verschwinden: Archive, Backlists, Erfahrungen, Zusammenhänge. Es geht um die materielle Existenz von Projekten, die zu den Voraussetzungen von Gesellschaftskritik beitragen. Dies gilt nicht zuletzt für die Periode seit 1989. Drei Jahrzehnte, in denen nicht nur viel passiert ist in der hiesigen wie in der globalen Linken, sondern in denen auch und besonders kritische Selbstreflexion, radikale Neuanfänge und politische Praxisversuche unter bisher nicht bekannten technischen und gesellschaftlichen Bedingungen stattfanden.

Wer über das linke Gedächtnis reden will, muss über die Frage hinausgehen, wie man die Bewahrung «unserer Geschichte» institutionell absichern kann. Wenn man ehrlich ist: meist mit Geldern «der anderen». Geredet werden muss auch über die Kultur des Zurverfügungstellens, des Überlassens, auch der Offenheit, einen Teil der eigenen Biografie in die Hände anderer zu geben in dem Wissen, dass es dort ja gerade nicht unter Verschluss bleiben soll, sondern seine aufklärerische Wirkung erst entfaltet, wenn es wieder öffentlich zum Thema wird, wenn politische Anschlüsse, wenn Lernprozesse möglich sind. Das ist vor allem in einer politischen Szene nicht leicht, zu deren DNA es zu gehören scheint, sich gern untereinander zu streiten und zu spalten.

Gegen Leerstellen im linken Gedächtnis, die von Löchern in der Überlieferung herühren, lässt sich freilich etwas machen.

Dafür könnte erstens eine Kultur der gegenseitigen Achtung hilfreich sein, die man sich auch dann und erst recht erhält, wenn die politischen Kontroversen groß geworden sind. Es würde dabei zweitens ein Selbstverständnis dienlich sein, dass Lernressourcen nicht an irgendeiner «Autorität» früherer Köpfe misst, sondern daran, ob sie zur Beantwortung heutiger Fragen hilfreich sind. Es möge sich dabei auch die Idee ver-

breiten, dass alles Agieren für Veränderung der Verhältnisse immer eine historische Seite hat, über deren Nützlichkeit für Erkenntnisprozesse und Strategiebildung zu diskutieren ist. Natürlich brauchen wir keine neuen Klassiker, keine neuen Heiligen. Aber die Lust darauf, im Vergangenen etwas zu suchen und zu finden, was politisch die Kritik schärft und die Praxis erleichtert.

ALEX DEMIROVIĆ

Das Archiv und die Politik

Wenn alles erhalten bliebe, gäbe es keine Geschichte, denn Geschichte ist verbunden mit dem Vergänglichen und dem Verlust. Nicht jeder Verlust ist zu bedauern. Vieles wollen wir loswerden, uns damit nicht mehr belasten. Erst im Nachhinein wird uns manchmal deutlich, dass es ein Fehler war, etwas nicht bewahrt zu haben: weil es eine Erinnerung gewesen wäre, weil es sich doch als nützlich erwiesen hätte, weil es im Rückblick erkennen lässt, dass es Alternativen gegeben hätte. Im alltäglichen Handeln denkt

man nicht an die Vergänglichkeit des Handelns, man lebt und vollzieht die täglichen Notwendigkeiten oder Freiheiten. Der Alltag ist vertraut und in seiner Gegenwärtigkeit erscheint er wie eine Gewissheit. Er stellt sich oft genug als die Wiederholung der immer gleichen Handlungen dar, also Gewohnheiten; es vollzieht sich Normalität. Es ist durchaus positiv, das Leben zu leben, wenn es also möglich ist, in der gewohnten Umgebung mit einiger Regelmäßigkeit Dinge tun zu können, Menschen zu begegnen, die man mag, oder Konflikte auszutragen, die man vielleicht vermisst. In allen diesen Wiederholungen kommt es zu kleinen, manchmal kaum merklichen Verschiebungen. Diese entwickeln einen eigenen Rhythmus. Sie führen zu einer anderen Konjunktur, die sich manchmal anschleicht, aber auch in aller Plötzlichkeit die Perspektiven verschiebt. Im Rückblick weiß man dann, dass sich etwas verschoben und verändert hat. Jene Normalität, so versteht man dann, ist nicht mehr zurückholbar; die Erinnerung ist unzuverlässig, der gleichförmige Rhythmus verschluckt die Ereignisse und Erlebnisse, nur selektiv und unzuverlässig wird etwas erinnert, vieles geht unter, aber manches steht wie fotografiert vor dem inneren Auge: eine Handlung, eine Entscheidung, ein Streit, eine Geste, ein Gesichtszug. Durch die Verschiebung der Gewohnheiten wird der Alltag ein anderer – andere Gesprächsthemen, andere Menschen, andere Handlungsweisen. Gerade denken wir noch, wir wüssten, was wir täten und wir würden uns ohnehin erinnern. Aber dann müssen wir feststellen, dass sich die Relevanzgesichtspunkte ändern, mit den Personen auch die gemeinsamen Bezugspunkte, die Erfahrungen, das Wissen. Wir müssen überlegen und uns mühsam erinnern, wie das gewesen ist: was die Themen

waren, mit denen wir uns beschäftigt haben, mit welchen Menschen wir diskutiert haben, an welchen Orten wir das taten, was Gegenstand des Konflikts war.

Manche dieser Prozesse lassen sich nach äußerlichen Rhythmen unterscheiden: die Vorsitzenden in Fraktion, Partei oder Stiftung, die Wahlkämpfe und die Legislaturperioden, die Parteitage und die Kommissionen. Um solche Ereignisse, die ihre eigene Regelmäßigkeit haben, finden Diskussionen und Veranstaltungen, Absprachen und Planungen statt. Nicht von allem möchte man vielleicht, dass es bewahrt wird, es soll dann Teil jener Geschichte werden, von der wir allenfalls ahnen können, dass es sie gab.

Diese Erfahrungen gehen ein in die Einrichtung des Archivs. Es ist ein Ort der Bewahrung. Es widersetzt sich der Geschichte und der Vergänglichkeit. Gleichzeitig konstituiert es Geschichte, denn durch die Bewahrung erlaubt es uns zu erinnern und zu begreifen, dass die Gegenwart die Gegenwart dieser Geschichte ist – dass wir Herausforderungen, Streit, Alternativen hatten. Gut also, dass wir davon wissen können, ohne uns auf Zeitzeugen verlassen müssen. Aber die Bewahrung stellt immer eine Auswahl dar. Dies bedeutet, dass Gesichtspunkte der Gegenwart die Ordnung des institutionalisierten Gedächtnisses bestimmen, also das, was uns zukünftig als Vergangenheit erscheint, aber dann aus dem Blick der zukünftigen Gegenwart als unzulänglich erscheint und als eine Fehlentscheidung bewertet wird. Jedes Archiv wird immer scheitern, denn es benötigt Kriterien, die die Auswahl lenken, Kriterien, die selbst von der Geschichte eingeholt, infrage gestellt, überholt werden. Deswegen ist eine großzügige Auswahl sinnvoll. Dies stellt jedes Archiv in ein Verhältnis zu anderen Archiven.

Für die Linke ist es von großer Bedeutung, dass sie ein historisches Gedächtnis hat. Denn zur Herrschaft gehört auch die Fähigkeit und die Bemühung, über die Zeit zu verfügen und diejenigen ihrer Erinnerung zu enteignen, die beherrscht werden, sie lächerlich zu machen oder ins Unrecht zu setzen. Das schließt ein, dass alle die Bemühungen der Linken in der Gegenwart, die Praktiken, die Alternativen verdrängt werden. Dies schließt die Erinnerung der Niederlagen, der unangenehmen Konflikte, der abgebrochenen Versuche auch innerhalb der Linken selbst ein. Da sich aber Akteure über ihr Handeln leicht täuschen, die Bedeutung der eigenen Person, Erlebnisse, Entscheidungen oft überschätzen, auch glauben, dass ihre Ideen, Ziele, Leistungen originell sind, wo sie eine Wiederholung darstellen, anderes im Rückblick sich umkehrt als ein Handeln, ein Denken von großer Tragweite erweist, ist ein Blick in die Archive, ist die Möglichkeit der historischen Forschung unerlässlich, des erinnernden Rückblicks, der das Neue zu spezifizieren erlaubt, der vergangene Ideen aufgreift, Unabgeholtenes erinnert oder davor warnt, vergebliche Strategien noch einmal zu versuchen. Vielleicht lehrt die Geschichte nicht unmittelbar, aber es ist jene in den Archivmaterialien zu findende untergründig spürbare Erfahrung, jenes stille Wissen, das nahelegt, bestimmte Wege nicht noch einmal zu gehen, zeitgenössisches Handeln im Lichte der Vergangenheit zu prüfen oder sich bestätigt zu sehen. Das Archiv ist ein Versuch, dieses Wissen wachzuhalten und der kritischen Überprüfung zur Verfügung zu stellen. Die Geschichte der Linken und der sozialistischen Entwicklungslinien muss der Übermacht der bürgerlichen Geschichte abgerungen werden, die Sieger, so

Walter Benjamin, schreiben die Geschichte, und sie haben bislang nicht aufgehört zu siegen. Und wie schnell jahrzehntelange Bemühungen um geschichtliche Wahrheit abgewertet werden können, lässt sich leicht in den Aktivitäten der AfD oder den Feuilletonangriffen auf die vermeintliche politische Korrektheit erkennen – eine Denunziationsformel gegen historische Erfahrung

und durch mühsame Erinnerungsarbeit erworbenes Wissen. Die Gewalterfahrungen der Gesellschaft, auch die Gewalt innerhalb der Linken selbst, sind Anlass für eine genaue historische Analyse, um es doch einmal anders zu machen und vielleicht auch jene Traumata, verursacht von dem, was Menschen einander antun, einmal zu überwinden.

ALBERT SCHARENBERG

Dem Konformismus entreißen

Zum Geschichtsverständnis
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**I. «IN JEDER EPOCHE MUSS
VERSUCHT WERDEN, DIE ÜBER-
LIEFERUNG VON NEUEM DEM
KONFORMISMUS ABZUGEWIN-
NEN, DER IM BEGRIFF STEHT,
SIE ZU ÜBERWÄLTIGEN.»**

(WALTER BENJAMIN)

In seinen fragmentarischen Thesen «Über den Begriff der Geschichte» stellt Walter Benjamin der vorherrschenden, «bürgerlichen» Geschichtsbetrachtung, dem Historismus, eine fundamental andere An-

näherung an die Geschichte gegenüber. Bekanntlich wolle die Geschichtsschreibung des Historismus sich in die handelnden Akteure einfühlen, um die Geschichte zu verstehen. Aber in wen fühlt sie sich ein? «Die Antwort lautet unweigerlich», schreibt Benjamin, «in den Sieger. Die jeweils Herrschenden sind aber die Erben aller, die je gesiegt haben. Die Einfühlung in den Sieger kommt demnach den jeweils Herrschenden allemal zugute. [...] Wer immer bis zu diesem Tage den Sieg davontrug, der marschiiert mit in dem Triumphzug, der die heute Herrschenden über die dahinführt, die heute am Boden liegen.»

Bei diesem Triumphgeheul mögen kritische Geister nicht mittun. Eine linke, das heißt kritische Sicht auf die Geschichte betreibt schließlich keine Hofschreiberei, die noch immer den Fürsten, Königen und Autokraten gedient hat, sie formuliert auch kein selbstgefälliges «L'histoire pour l'histoire» (Geschichte um der Geschichte willen), sondern richtet den Blick aufs Vergangene mit dem ausdrücklichen Ziel, das historische Kontinuum der Sieger zu durchbrechen und strategische Räume für befreiendes Handeln zu erkunden. Linke, demokratisch-sozialistische, auf Emanzipation und Befreiung gerichtete Geschichtsschreibung wird deshalb die lange Kette der Siege, die die Herrschenden errungen haben, infrage stellen und jenen mit Empathie begegnen, die nicht über die Mittel verfügten, ihre Erfahrungen in gleicher Währung zu überliefern. Linke Geschichtsschreibung verwehrt sich der Verführungskraft wortreicher Hofschranzen vergangener Epochen, und sie tut dies nicht zuletzt im Interesse derjenigen, die heute, in der Gegenwart, von den Erben der herrschenden Klassen der Vergangenheit beherrscht werden.

Bertolt Brechts berühmte «Fragen eines lesenden Arbeiters» bringen den mit einer solchen Annäherung verbundenen Perspektivwechsel anschaulich zum Ausdruck. «Wer baute das siebentorige Theben? / In den Büchern stehen die Namen von Königen. / Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? [...] Selbst in dem sagenhaften Atlantis / Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang / Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.»

Linke Geschichtsschreibung, wie wir sie verstehen, entreißt der Vergangenheit ein alternatives Narrativ, eine vergessene Geschichte von unten. «Die materialistische Geschichtsdarstellung», schreibt Benjamin in seinem «Passagen-Werk», «führt *die Vergangenheit dazu, die Gegenwart in eine kritische Lage zu bringen*».

II. «FREIHEIT NUR FÜR DIE ANHÄNGER DER REGIERUNG, NUR FÜR MITGLIEDER EINER PARTEI – MÖGEN SIE NOCH SO ZAHLREICH SEIN – IST KEINE FREIHEIT. FREIHEIT IST IMMER FREIHEIT DER ANDERSDENKENDEN.»

(ROSA LUXEMBURG)

Wie bereits die Berufung auf die jüdisch-polnische Namensgeberin zeigt, versteht sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Teil der gesellschaftlichen Grundströmung des demokratischen Sozialismus. Die beiden Begriffe «Demokratie» und «Sozialismus» gehören für die Rosa-Luxemburg-Stiftung unauflöslich zusammen.

Die Verschränkung von «Demokratie» und «Sozialismus» steht im Mittelpunkt unseres historischen Selbstverständnisses. Und das aus gutem Grund: Im Namen des Sozialismus und Kommunismus sind Fehler

und Verbrechen begangen worden, deren Wurzeln wir verstehen und deren Wiederholung wir verhindern wollen. Der von Marx in der Einleitung zur «Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie» formulierte Anspruch – «*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*» – bleibt für uns auch mit Blick auf die Katakomben des Stalinismus und «Poststalinismus» der kategorische Imperativ. Denn historische Gerechtigkeit ist unteilbar. Wir sind davon überzeugt: Wer sich den Irrtümern und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, nicht stellt, büßt nicht nur seine Glaubwürdigkeit ein, sondern legt den Grundstein für ihre Wiedergeburt. In diesem Sinne beruht demokratischer Sozialismus auf einem antistalinistischen Grundkonsens.

Im Kontrast zu «neuen Rechten» wie Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán, die für eine «illiberale Demokratie» streiten, sehen wir individuelle Freiheit und rechtsstaatliche Garantien als konstitutiv für Demokratie. Denn ohne Schutz vor Willkür ist demokratische Mitbestimmung unmöglich. In diesem Sinne gehören Freiheit und Gleichheit zusammen, bilden ein Tandem, wie Michael Brie betont: «Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Solidarität ist die Quelle von Freiheit und Gleichheit.»

Zugleich plädiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung für ein hohes Maß an historischer Differenzierung. Anstatt ideologisch motivierte Vorurteile zu schüren, muss man sich schon die Mühe machen, genau hinzuschauen. Das gilt ausdrücklich auch für die Geschichtsschreibung über die DDR und die Biografien ihrer individuellen Bürgerinnen und Bürger.

**III. «DER WIDERSPRUCH
BELEBT DIE KONVERSATION;
DESHALB IST ES AN DEN
HÖFEN SO LANGWEILIG.»
(DEUTSCHES SPRICHWORT)**

Kritische Geschichtsschreibung steht notwendig im Widerspruch zur Herrschaftslegitimation. Aus ihrer Perspektive ist der Widerspruch die Lokomotive intellektueller und der Widerstand der Motor gesellschaftlicher Entwicklung.

Es gibt historische Fakten, und es gibt wahre und unwahre Aussagen. Was es indes nicht gibt, ist eine «richtige» Interpretation des Vergangenen. Auch in dieser Hinsicht hat sich die parteikommunistische Logik als fatal erwiesen, der zufolge das «historische Subjekt», die Arbeiterklasse, eine «historische Mission» erfülle, welche letztlich nur durch die «führende Rolle» der Partei verwirklicht werden könne, die deshalb «immer recht» habe. Es ist daher logisch konsequent, dass der Stalinismus vor einer Fälschung historischer Tatsachen – neudeutsch: Fake News – nicht zurückschreckte; erinnert sei nur an das Retuschieren von Fotos.

Wenn aber der Schlüssel kritischer, dialektischer Geschichtsbetrachtung im Widerspruch liegt, dann bedarf es eines demokratischen Pluralismus. Anders ausgedrückt: Unterschiedliche Fragestellungen, Interpretationen und Bewertungen historischer Ereignisse und Zusammenhänge sind das Fundament einer demokratischen Geschichtsschreibung.

Allerdings hat der Pluralismus noch eine weitere Dimension. Allzu lange hat auch linke Geschichtsschreibung jenseits des Parteikommunismus die Historie im Wesentlichen als Produkt weißer, männlicher Akteure betrachtet (und oftmals das «his-

torische Subjekt» entsprechend definiert). Auf diese Weise aber wird die Mehrheit der Akteure, werden die Frauen, die Kolonialisierten, die Marginalisierten schlicht eskamotiert. Glücklicherweise haben die Emanzipationsanstrengungen, von der Frauen- über die Schwarzen- bis zur LGBT-Bewegung, wesentlich dazu beigetragen, die Geschichte gegen den Strich zu bürsten. Dabei geht es ums Ganze: Wer etwa die Geschichte des atlantischen Dreieckshandels untersucht, wird, wenn er diesen aus der Perspektive der Reeder und Kaufleute betrachtet, ein völlig anderes Bild zeichnen, als jene Historikerin, die die Sklavinnen und Sklaven in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung stellt. Erkenntnis und Interesse hängen auch in dieser Hinsicht eng zusammen. Wer den Blick auf die historisch Unterdrückten richtet, wird nicht umhinkommen, neben der Ausbeutung durch kapitalistische Lohnarbeit auch die Geschlechterhierarchie, den Kolonialismus und andere Formen gesellschaftlicher Herrschaft zu thematisieren.

**IV. «DIE MÄCHTIGSTE WAFFE
DES UNTERDRÜCKERS IST DAS
BEWUSSTSEIN DER UNTER-
DRÜCKTEN.» (STEVE BIKO)**

Gerade für die deutsche Linke bedeutet Geschichtspolitik, die NS-Vergangenheit nicht ruhen zu lassen, sondern den Nazis und ihren «populistischen» Apologeten entschlossen entgegenzutreten. «Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung», schrieb Theodor W. Adorno in seinem Aufsatz «Erziehung nach Auschwitz». Anders ausgedrückt: Die aus den Reihen der AfD geforderte «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad» gilt es zu verhindern.

Die Geschichte beeinflusst die Gegenwart allerdings keineswegs nur, oder auch nur vorrangig, über geschichtspolitische Auseinandersetzungen. Vielmehr prägen die sich verändernden und doch fortbestehenden materiellen, aber auch politischen und kulturellen Bedingungen der Herrschaft – und damit auch die Weitergabe von Erfahrungen und Traditionen über Generationen hinweg – ganz wesentlich das Bewusstsein der Menschen wie auch das Bild, das sie sich von ihrer Gesellschaft machen. Ihr Bewusstsein wird auf diese Weise, wie Steve Biko es formulierte, zu einer Waffe der Herrschenden. «Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alb auf dem Gehirne der Lebenden», schrieb Karl Marx im «18. Brumaire». Für Antonio Gramsci folgte daraus

der in den «Gefängnisheften» formulierte Anspruch, «die gesamte bisherige Philosophie zu kritisieren, insofern sie verfestigte Schichtungen in der Popularphilosophie hinterlassen hat».

Fest steht: Es gibt weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft eine «Stunde null», die Tabula rasa machte in den Köpfen der Individuen. Leben und Denken vollziehen sich notwendigerweise in Widersprüchen, und kein Francis Fukuyama, kein Hegel'scher Weltgeist wird uns ans «Ende der Geschichte» führen. Im Gegenteil: Das Wissen um diese Widersprüchlichkeit bleibt notwendige Voraussetzung einer auf Emanzipation gerichteten Geschichtswissenschaft und -politik.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Archive gegen Geschichts- vergessenheit

Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts ist – zumindest in Europa – Vergangenheit; allerdings eine Vergangenheit, die nicht vergehen will.¹ Dieser Sozialismus, den einst seine Kündler als «wissenschaftlichen» und «humanistischen» und «real existierenden» darzubieten pflegten, steht für alles, allerdings für eines nicht: die Emanzipation von allen Verhältnissen, «in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist».² (So hatte sich das einst ein Karl Marx in An-

schluss an Ludwig Feuerbach vorgestellt.) Stattdessen reimte sich dieser Sozialismus auf Bevormundung und Entwürdigung, auf Verleumdung und Verrat, ja: auf Folter und Mord. – Bei jenen, die auch heute noch meinen, gute Gründe zu haben, an einer Alternative zu kapitaldominierten Gesellschaftsverhältnissen festhalten zu müssen, lastet dieser Sozialismus wie ein Alb auf dem Hirne.

Denn gegen die Überwindung der Kapitaldominanz bietet der Sozialismus des 20. Jahrhunderts die stärksten Argumente; zivilisatorisch ist er nie über seinen Geburtszustand, den der Gewalt, hinausgekommen: «Revolution bedeutet stets gesellschaftlichen Ausnahme-, Grenz- und Extremzustand, die Rückkehr in «normale» Verhältnisse ist auf höherer historischer Ebene in der Regel nur um den Preis einer Thermidorsituation möglich. In der bürgerlichen Revolution war der Zustand der äußersten Gewalt (kulminierend im Terror) ein transitorisches Phänomen, ehe sich um den notwendigen Preis der Rücknahme des Maximalismus die Institutionalisierung der «zivilen Gesellschaft» durchsetzte. *Für den Sozialismus blieb dagegen die Permanenz der direkten Gewalt situationsbestimmend; die gesellschaftliche Ausnahmesituation wurde zur «Normalität». Die Gewalt wurde nicht nur der «Geburtshelfer» (Marx) der neuen Gesellschaft, sie blieb ihre entscheidende Stütze.*»³ Ganz gleich, wie die politische Linke (im breitesten Sinne) zu den 70 Jahren «real sozialistischer» Praxis steht – die Linke, wirklich als Ganzes und in ihrer ganzen Breite, bleibt an Gulag, Mauer und Stacheldraht geschmiedet. Zumindest so lange, wie sie nicht begreift, dass ein Alb nur durch systematische und immer wieder vollzogene Konfrontation mit allen seinen Seiten, nie

aber durch seine Verdrängung oder auch nur durch Ignoranz aufzulösen wäre. Die konservieren ihn lediglich – auf Generationen hin.

Dieser gewesene, letztlich Nicht-Sozialismus bietet jedoch auch oft übersehene Chancen: Heute ist, anders als bis 1917, Sozialismus keine vage Idee mehr – es liegen 70 Jahre Praxis vor, aus denen sich nicht nur lernen lässt, wie man die Idee des Sozialismus nachhaltig diskreditiert, sondern auch was Sozialismus keinesfalls ist. Dazu reicht es jedoch nicht aus zu wissen, was geschehen ist – diese Fragen haben die Historiker längst, zumindest weitgehend, beantwortet. Es geht ums Warum und Wie und nicht nur um das Wer, Was, Wann.

Seit der Öffnung der Archive im ehemaligen Ostblock sitzt eine ganze Phalanx von Historikerinnen und Historikern an den Hinterlassenschaften des Sozialismus des 20. Jahrhunderts. In einer größeren Öffentlichkeit als Wissenschaftler durchzudringen, ist in jeder Disziplin schwierig. Im vorliegenden Falle gelingt das – nicht völlig überraschend – zumeist nicht denen, die nach den Zusammenhängen zwischen der Idee und ihrer Nicht-Verwirklichung fragen und dabei alle Seiten dieses Komplexes untersuchen, sondern vor allem jenen, die die veröffentlichen Mainstream-Meinungsverstärker mit der Reduzierung des Sozialismus auf Verbrechen und Terror bedienen.

Dieser untergegangene Sozialismus nützt allen politischen Kräften außer einer: der politischen Linken. Falls die tatsächlich ein Interesse haben sollte, die heutige, politisch und ökonomisch im 20. Jahrhundert verharrende Gesellschaft ins 21. Jahrhundert zu führen,⁴ wäre es an der Zeit, konsequenter als bisher zu einstigen Tugenden zurückzufinden – denen in den

Folterkellern ebenso wie bei Parteitagsinszenierungen jeglicher Sinn geraubt wurde: zu Ehrlichkeit gegenüber dem eigenen Tun in Vergangenheit und Gegenwart; zur Unverstelltheit des eigenen Denkens gerade auch dann, wenn es unbequem wird; zu Lauterkeit, auch und gerade gegenüber dem Gegner. Mit Verschlagenheit lassen sich allenfalls Diktaturen errichten; zur Emanzipation von Ausbeutung und Unterdrückung wird mit ihnen und durch sie aber niemand ermutigt, geschweige denn ermächtigt.

Statt aus den Jahren der Macht und des Machtwahns neue Maßstäbe zu gewinnen, um an ihnen jeden eigenen Schritt, jede eigene Entscheidung zu messen und so, langsam, zu einer realistischen Sozialismusvorstellung zu gelangen, behandelt die politische Linke ihre Altvorderen zumeist wie arme Verwandte, die ihr nur peinlich sind; nicht begreifend, dass so die einzige real existierende Chance ausgeschlagen wird – nicht um Absolution von wem auch immer zu erlangen, sondern um einen Weg in eine nachkapitalistische Gesellschaft freizulegen. Mit gepflegter Geschichtsvergessenheit bleibt man Gefangener dieser Vergangenheit und wird statt ihr Analytiker allenfalls ein Fall für denselben. Die politische Linke schlägt täglich das größte Pfund aus, das ihr gestatten würde, eine moderne sozialistische Politik zu entwickeln: den Steinbruch ihrer eigenen Herkunft. Der Beratungsresistenz hat die heutige Linke die Erfahrungsresistenz hinzugefügt.

Wer verleugnet, was an seinen Schuhen klebt, wird nie erfahren, wohin ihn diese Schuhe tragen könnten. Darin steckt das eigentliche Geheimnis der strategischen Schwäche der politischen Linken.⁵

Umso wichtiger sind das Sammeln, Sortieren, Katalogisieren und Bewahren des Über-

kommenen, dazu der Auf- und Ausbau von Kompetenzzentren – alles das, was Archive am besten leisten können. Für die Zeit bis 1989 erledigen das staatliche und andere Archiveinrichtungen, professionell und oft auch mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die der Forschung alle Unterstützung gewähren. – Doch es geht keineswegs nur um das Vorgestern, sondern nicht minder um das Gestern und um das Heute, um unser jetziges Ringen oder Nichtringen um eine moderne sozialistische Politik, was auch immer heißt: um die Vergangenheit in ihrer Gänze, die wir durch unsere Gegenwart täglich verlängern.

Falls wir das unterlassen, bleibt von unserer Gegenwart als Teil der Vergangenheit nichts, woraus in Zukunft zu lernen wäre. Das wäre ein Versagen, das wir nun wirklich nicht nötig haben.

1 In diesem einen Punkt sollte Ernst Nolte – prospektiv – recht behalten; vgl. ders.: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.1986. **2** Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 1, S. 385. **3** Kossok, Manfred: 1917 – eine periphere Revolution?, in: Utopie kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Beilage Nr. 1 (November 1991), wiederveröffentlicht in: ders.: Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften, hrsg. von Jörn Schüttrumpf, Berlin 2016, S. 45 (Hervorh. J.S.). **4** Bestenfalls technologisch ist die heutige Gesellschaft im 21. Jahrhundert angekommen, aber auch das ist nicht sicher. **5** Die Grünen werden hier ausdrücklich ausgenommen; es ist zwar absehbar, aber letztlich noch nicht ganz entschieden, wohin sie sich entwickeln werden.

Das «linke Gedächtnis» in Briefen – Perspektiven der Geschichte?

Eine wissenschaftliche Edition, wie die der Briefe der Sozialistin und Internationalistin Clara Zetkin, wäre undenkbar ohne die Anteilnahme und Umsicht der damaligen Empfänger*innen hinsichtlich des Verbleibs der Briefe. Der Nachlass von Clara Zetkin fand 1933 Eingang in das damalige Parteiarchiv der KPdSU in Moskau, dem Ort ihres politischen Exils. Ihrem jüngsten Sohn Kostja vertraute sie die Übergabe an. Betraut mit der Bürde, war er bestürzt über den Umgang mit dem Nachlass seiner Mut-

ter. Man ließ ihm nicht die Zeit, die er erbat, für die Sichtung und Ordnung desselben. Berührt war ich, als ich 80 Jahre später im Lesesaal des heutigen Russischen Staatsarchivs für sozial-politische Geschichte (RGASPI) Originale der Briefe in der Hand halten durfte – 100 Jahre altes Papier, eng beschrieben oder bedruckt, darunter einige Briefe an Alexandra Kollontai, versehen mit dem handschriftlichen Vermerk der Empfängerin, sie dem Parteiarchiv zur Bewahrung zu überlassen. So erzählen Clara Zetkins Briefe nicht nur die eine Geschichte vom Tag, als sie geschrieben wurden; sie sind in den vergangenen 100 Jahren, verstreut in den Archiven der Welt, selbst Träger vielerlei Geschichten geworden.

Das Auffinden der Briefe ist und bleibt undenkbar ohne den Fleiß und die Sorgfalt zahlloser Archivar*innen – damals wie heute – in Archiven, Vereinen und Verbänden zur Bewahrung der «Geschichte/n» der internationalen Arbeiterbewegung. Immer waren Dankbarkeit und Wertschätzung Begleiter meiner Editionsarbeit, wenn ich an das Interesse und die Unterstützung der Kolleg*innen denke – besonders an Götz Langkau und Gerd Callesen, Martin Grass und Henning Grelle, Christine Lauener und Angelika Voß-Louis, Franziska Dunkel und Sabine Kneib und nicht zuletzt an Grit Ulrich – aus den Archiven in Amsterdam, Wien, Stockholm, Kopenhagen, Zürich, Bern, Hamburg, Stuttgart, Bonn und Berlin, und an die mir zugesandten Scans von Briefen und Artikeln.

Und noch eine Brief-Geschichte: Eine der mutigen illegalen Brief-Kuriere war Bertha Thalheimer, eine jüngere Genossin und Freundin von Clara Zetkin, die später die KPD mitbegründete. Drei Briefe an Bertha Thalheimer können im ersten Band der

Briefedition nachgelesen werden, obwohl sie sich im Familienbesitz der Nachkommen befinden. Ich bin Theodor Bergmann, dem verstorbenen Freund der Familie, sehr dankbar, dass er ein gutes Wort für mich einlegte und sie mir die Veröffentlichung der Briefe ermöglichte.

Ich danke auch meinen Vereinsfreund*innen aus dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders der verstorbenen Annelies Laschitzka und Eckhard Müller, Ottokar Luban und Heinz Deutschland, und nicht zuletzt danke ich Ulla Plener und Mirjam Sachse, Florence Hervé, Gisela Notz und John Partington sowie Setsu Ito für den mir zuteilgewordenen fachlichen Rat und die Hilfe beim Kommentieren der Briefe.

Nun erwarb das Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine CD mit dem Briefnachlass von Clara Zetkin, der im RGASPI lagert – wie lang war der Weg von Moskau nach Berlin! Mir sind auch die wiederholten Bemühungen der Kolleg*innen des damaligen Zentralen Parteiarchivs im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED bekannt, aus Moskau Kopien aus dem Nachlass, darunter auch Briefe Clara Zetkins, zu erhalten. Sie sind jetzt im Bestand Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv bewahrt. Für die Edition des zweiten Briefbandes bilden die RGASPI-Briefe aus den Jahren 1921 bis 1924 einen wesentlichen Teil; ich bin den Kolleg*innen des ADS dankbar für den Erwerb und die Bereitstellung der Brief-Kopien.

Der Zetkin-Briefnachlass ist umfangreich – mehr als 1.000 Briefe sind allein von 1914 bis zu ihrem Tod 1933 überliefert. Der erste Band der kommentierten Ausgabe der Zet-

kin-Briefe¹ umfasst die Jahre des Ersten Weltkrieges. In ihnen wird Clara Zetkins sozialistisches und internationalistisches Wirken für den Frieden deutlich. Ihr Friedensengagement im Bunde mit den Genossinnen Inès Armand und Alexandra Kollontai aus Russland, Heleen Ankersmit aus Holland und Angelica Balabanoff aus Italien – um nur einige der sozialistischen Aktivistinnen beim Namen zu nennen – war ein gesamt-europäisches.

Bekannt ist Clara Zetkin als eine der Begründerinnen des Internationalen Frauentages. Weniger bekannt war sie bisher als Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale – die Frauen gründeten sie 1907, als der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart tagte. Und in den darauffolgenden Jahren gab es zu den Sozialistenkongressen auch die Tagungen sozialistischer Frauen. Die Sozialistinnen beschlossen 1907, das sozialdemokratische Frauenblatt *Die Gleichheit*, das von Clara Zetkin redigiert und beim Verleger Johann Heinrich Wilhelm Dietz in Stuttgart gedruckt wurde, fortan als internationales Frauenorgan herauszubringen. Allerdings stand *Die Gleichheit* im Ersten Weltkrieg unter strengster Militäzensur. Ungedrucktes musste illegal über die Grenze in die Niederlande und die Schweiz gelangen und dort veröffentlicht werden.

Aus den Briefen erfahren wir, dass es in mehreren Ländern sozialdemokratische Frauenblätter gab. In den Archiven der europäischen Parteien und sozialen Bewegungen finden sich die Quellen der sozialistischen Frauenbewegung und ihrer Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges, besonders in den neutralen Ländern. Ihr Friedenskampf wurde in den sozialdemokratischen Parteien der kriegsführenden Länder, die eine Politik des

«Burgfriedens»² vertraten, geringgeschätzt, ausgegrenzt, unterdrückt und verfolgt. Insofern sind Clara Zetkins Briefe Teil des «Gedächtnisses» des internationalen und illegalen Kampfes der Sozialist*innen für den Frieden, der bisher – wenn überhaupt – nur an den Rand von Geschichtsschreibungen gelangte.

Von Beginn des Ersten Weltkrieges an war aller Verkehr mit dem Ausland untersagt und Clara Zetkin stand unter Briefzensur.³ Erstaunlich, wie viel Briefe dennoch erhalten geblieben sind. «Ich halte es gerade für eine der wichtigsten Aufgaben der Frauen in dieser Zeit», schrieb sie an Alexandra Kollontai, «in der Arbeiterklasse das Bewusstsein der internationalen Solidarität lebendig zu erhalten und zu stärken.»⁴ Sie rief die Frauen aller Länder auf: «Wenn die Männer töten, so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben.»⁵ Nach Zetkins Ansicht war es «das stolze Vorrecht und die Ehrenpflicht der Sozialistischen Fraueninternationale jetzt, in dem Kampf für den Frieden den Frauen aller Klassen und Länder weckend und führend voranzugehen».

Clara Zetkin ging davon aus, dass die Arbeit der Frauen in Familie und Gesellschaft während des Krieges eine derart erhöhte Bedeutung erlangt habe, dass der Wille der Frauen zu einem «politischen Faktor»⁶ werde. Und sie erklärte ungeschminkt, dass ohne die Mitwirkung der Frauen «der ganze soziale Mechanismus» längst stillgestanden hätte. Aus dem tätigen Anteil der Frauen am Funk-

tionieren der Kriegs- und Volkswirtschaft leitete sie die Rechte der Frauen ab, künftig an allen gesellschaftlichen Entscheidungen auch Anteil und Mitwirkung haben zu können. Eben auch an künftigen Entscheidungen über Krieg und Frieden.

Gegen Ende des Krieges schrieb Clara Zetkin an die Sozialistin und Frauenrechtlerin Anna Lindhagen in Schweden: «Wir verlangen grundsätzlich das Recht zur Mitwirkung an dem Friedenswerk für die Vertretung aller Frauen von allen Regierungen.» Und sie ergänzte: «Gerade weil wir Frauen weibliche Menschen» sind, «nicht missratene, verpfuschte Kopien der Männer», und «unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte für die Betrachtung und Lösung der vorliegenden Probleme» mitbringen.⁷

Sind Leidenschaft wie Wissenschaft nicht gleichermaßen unentbehrlich für den Zusammenhalt von Gesellschaften? Wenn auseinanderdriften, was zusammengehört – Mann und Frau, Heim und Straße, Stadt und Land, die Güter, Geschichten und Kulturen der Welt – sind dann nicht Clara Zetkins Briefe Perspektiven der Geschichte? Fürwahr.

1 Zetkin, Clara: Die Briefe 1914 bis 1933, Bd. 1: Die Kriegsbriefe (1914–1918), hrsg. von Marga Voigt, Berlin 2016. **2** Am 2. August 1914 hatten in Deutschland die Gewerkschaftsvorstände beschlossen, alle Streiks abzubauen und Lohnkämpfe für die Dauer des Krieges zu vermeiden. In der Führung der SPD verständigte man sich auf ein innerparteiliches Stillhalteabkommen. **3** Im Deutschen Kaiserreich war am 31. Juli 1914 der Belagerungszustand ausgerufen worden: Die exekutive Gewalt von Zivilbehörden wurde Militärkommandos übertragen. Die Presse wurde zensiert, Kriegsgegner wurden der Briefzensur unterworfen. **4** Siehe Clara Zetkin an Alexandra Kollontai, 2.9.1914, in: Zetkin: Die Kriegsbriefe, Bd. 1, S. 22. **5** Siehe den Aufruf als Offenen Brief, in: ebd., S. 121ff. **6** Siehe Zetkin, Clara: Zum Frauentag der schweizerischen Sozialistinnen, in: ebd., S. 119. **7** Siehe Clara Zetkin an Anna Lindhagen, 2.7.1917, in: ebd., S. 341ff.



20 JAHRE ARCHIV DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GEDÄCHTNIS- HÜTER

AUFGABEN

HERAUSFORDERUNGEN

ANSPRÜCHE

ANDREY K. SOROKIN

Das 20. Jahrhundert – aus der Geschichte lernen

Zum Erbe des 20. Jahrhunderts gehören epochale Ereignisse: Revolutionen, lokale Konflikte und Weltkriege, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wirtschaftliche und soziale Krisen, der Kampf für die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte, die Errungenschaften der Wissenschaft und Kultur. Die meisten dieser Ereignisse haben widersprüchlichen Charakter und werden von den Akteur*innen gesellschaftlicher Entwicklung unterschiedlich bewertet – je nachdem, welche

politischen, sozialen, nationalen, konfessionellen, ethnischen und sonstigen Gemeinschaften sie vertreten.

Wir alle sind Zeug*innen davon, wie die Sozialwissenschaften im Laufe der letzten Jahre durch politische Manipulationen diskreditiert wurden. Auch die Geschichtswissenschaft ist davon nicht verschont geblieben. Sie wird sowohl durch die häufig geäußerte Behauptung diskreditiert, es gebe keine verifizierbare Vergangenheit, als auch durch die Totalherrschaft spekulativer Konstrukte und beliebiger Interpretationen des historischen Prozesses im kollektiven Bewusstsein.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es eine echte und mit wissenschaftlichen Methoden verifizierbare Vergangenheit gibt, ebenso wie es die Geschichtswissenschaft als solche gibt. Ich bin überzeugt, dass die Geschichtswissenschaft kein Totengräber der jüngeren Vergangenheit ist, sondern ein Analysewerkzeug für die Probleme der Gegenwart. Ich bin überzeugt, dass Archive – diese großartige Institution – für die historische Erinnerung die Rolle eines Arztes spielen können und müssen, denn sie enthalten Dokumente jeder Nationalgeschichte, die diese in vollem Umfang abbilden, mit all ihren Niederlagen, Fehlern, Verbrechen, aber auch den Siegen des menschlichen Geistes, den wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften.

Die schwierigste aller Wissenschaften, die Geschichtswissenschaft, erscheint nur Dilettant*innen einfach – so wie einem Grundschüler, der gerade erst die Grundlagen der Arithmetik gelernt hat, die höhere Mathematik einfach erscheint.

Gerade die Wissenschaft, gerade die der Erkenntnis zugrundeliegende positivistische

Methode muss die Bandbreite der willkürlichen Interpretationen des Geschichtsprozesses begrenzen und den Anhänger*innen extremer Herangehensweisen nach und nach beibringen, dass es unbequeme Fakten und Interpretationen gibt und andere Ansichten, die gesellschaftlich zu akzeptieren sind. Diese therapeutische Funktion ist nicht minder wichtig als die heuristische. Indem wir die allzu tobsüchtigen Geschichtsinterpret*innen auf beiden Seiten der ideologischen Barrikaden mit den verfügbaren Mitteln behandeln oder zumindest ihre Krankheit diagnostizieren, werden wir es dem Rest ermöglichen, sich – trotz der vorhandenen Vielfalt an Ansichten über das, was in der Vergangenheit geschehen ist und was heute geschieht – einer gemeinsamen zivilen, politischen Nation zugehörig zu fühlen.

Diese Herangehensweisen an das historische Gedächtnis und die herausragende Stellung der Geschichte als Wissenschaft waren für russische Historiker*innen und Archivar*innen im denkwürdigen 100. Gedenkjahr der Russischen Revolution von 1917 von besonderer Bedeutung. Das gilt auch für die darauffolgenden tragischen Jubiläen, die an den Ausbruch des Bürgerkriegs in Russland (1918–1922), die Gründung der Kommunistischen Internationale (1919) und den «Großen Terror» (1937/38) erinnern.

Leider wurden die Ereignisse von vor 100 Jahren an den Rand der gesellschaftlichen Wahrnehmung und der geschichtswissenschaftlichen Rezeption gedrängt. Der Ausgangspunkt der ganzen Sowjetepoche der Nationalgeschichte, ja sogar die gesamte Sowjetepoche selbst wurden aus verschiedenen Gründen im kollektiven Bewusstsein durch die Figur Stalins ersetzt. Und das, obwohl die russische Gesellschaft gerade

im Verlaufe der Revolution von 1917/18 sich für sozialistische Veränderungen entschied. Nach einigem Zögern akzeptierte die Gesellschaft auch die ihr zunächst durch Waffengewalt aufgezwungenen Ziele sowie die Formen und Methoden radikaler sozialer Umgestaltung. Diese Entscheidung bestimmte in vielerlei Hinsicht die Physiognomie des sowjetischen Sozialismus, die Exzesse des Stalinismus, ja sogar die Gesamtergebnisse der sowjetischen Entwicklungsperiode. Der Preis für diese vor einem Jahrhundert getroffene gesellschaftliche Entscheidung und für die realen Errungenschaften der Sowjetzeit ist sehr hoch ausgefallen. In diesem Sinne erscheint es auch symbolträchtig, dass das 100. Gedenkjahr der Revolution mit einem anderen denkwürdigen Datum zusammenfällt, nämlich dem Jahr des sogenannten Großen Terrors vor 80 Jahren, als Hunderttausende von Sowjetbürger*innen aufgrund außergerichtlicher Abrechnungen erschossen oder anderen Formen ungerechtfertigter politischer Verfolgung unterworfen wurden.

Die Gesellschaft hat auch dieses traurige Jubiläum fast vergessen, das eine so tiefe Wunde in die nationale Identität geschlagen hat. Hätte man im Zentrum von Moskau nicht das nationale Denkmal «Mauer der Trauer» errichtet und hätte der russische Präsident nicht an der Eröffnungsfeier teilgenommen, wäre es an der russischen Zivilgesellschaft ganz unbemerkt vorbeigegangen. Die Figur Stalins verdrängte nicht nur die Ideen und Praktiken, aus denen das Phänomen des Stalinismus erwuchs, sondern warf auch einen dunklen Schatten auf die späte Sowjetperiode, in der sich zum Schluss um den Preis unfassbarer Opfer ein zwar bei Weitem nicht von Mängeln freier, aber dennoch sozialer Staat bildete. Dessen Errun-

enschaften hat die russische Gesellschaft in den Jahren 1991 bis 1993 genauso über Bord geworfen wie 1917 die Errungenschaften der vorherigen historischen Periode. Getreu ihrer «Gewohnheit, mit dem Sonnenaufgang ein neues Leben zu beginnen», von der bereits Wassili Kljutschewski, der berühmte Historiker des 19. Jahrhunderts, schrieb, zerstörte die russische Gesellschaft im 20. Jahrhundert zweimal bis auf den Grund das, was durch die Arbeit früherer Generationen entstanden war. Ich möchte hoffen, dass wir in der Lage sind, aus dieser Erfahrung zu lernen.

Die Analyse der Vergangenheit, das Bemühen, sie zu begreifen, wird durch die zahlreichen Versuche erschwert, die Geschichte für politische Zwecke zu instrumentalisieren, was unterschiedlichste politische Kräfte in fast allen Nationalstaaten betreiben. In diesem Zusammenhang stehen wir, so

scheint mir, auch vor der Aufgabe, das kollektive Bewusstsein dazu zu bringen oder, wenn Sie so wollen, es zu zwingen, vom wissenschaftlich verifizierbaren Wissen Gebrauch zu machen. Russische Archivar*innen haben schon vor geraumer Zeit den ersten Schritt in diese Richtung gemacht – vor einigen Jahren richtete die Föderale Archivagentur Rosarchiv die Webseite «Dokumente der Sowjetepoche» ein, die die zentralen Archivkomplexe zur sowjetischen Geschichte öffentlich zugänglich macht. In diesem Arbeitsbereich beabsichtigen wir, alle wichtigen Dokumentenkomplexe zur sowjetischen Geschichtsperiode zu digitalisieren und dadurch freien Zugang zu ihnen zu ermöglichen.

*Aus dem Russischen übersetzt
von Vera Kurlenina und Utku Mogultay
(Gegensatz Translation Collective)*

ANJA KRUIKE UND ANDREAS MARQUET

Das Archiv als kollektives Gedächtnis

Aufgaben und Herausforderungen am Beispiels des «Archivs der sozialen Demokratie»

Die politischen Archive, wie sie heute existieren, haben sich seit den 1960er Jahren entwickelt. Das jüngste der Archive, das Grüne Gedächtnis, wurde 1997 gegründet. Zuvor hatten sich seit 1967 Partei für Partei in der Bundesrepublik dazu entschieden, ihre Unterlagen nicht mehr selbst zu behalten und für eine eigene Traditionsbildung

zu nutzen, sondern sie in die Hände eines Archivs zu geben.¹ Die Archive der politischen Stiftungen übernehmen seitdem die zentralen Unterlagen der Parteien und auch ihrer Umfeldorganisationen und Personen, bewahren sie sicher, erschließen sie professionell und machen sie der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich. Diese Aufgaben gelten für alle politischen Archive, auch wenn sie dies in unterschiedlichen Ausprägungen tun und zudem je eigene besondere Sammelgebiete ausgebildet haben.²

Neben diesen Kernaufgaben – der passiven Gedächtnisfunktion – sollen Archive auch durch gezielte Forschungsanregung und eigene Bearbeitung in Form von Tagungen/Veranstaltungen, Publikationen sowie Ausstellungen oder digitalen Formaten aktiv zur Erinnerung beitragen und die Geschichte unserer Hinterleger*innen mit der allgemeinen deutschen und internationalen Geschichte verzahnen. Dadurch unterscheiden sich die Archive der Parteien in Deutschland von den allermeisten anderen Archiven. «Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des deutschen Volkes mit.» So steht es im Artikel 21 (1) im Grundgesetz. Die historischen Unterlagen der Parteien machen diese Willensbildung sichtbar und nachvollziehbar und bilden die Grundlage historischer Untersuchungen des politischen Prozesses in Deutschland. Auf diese Weise wird die im Grundgesetz formulierte Aufgabe in den historischen Bereich übertragen. Dieser Umstand lässt die politischen Archive zentral werden für die Geschichtsschreibung unseres Landes, da andere Archive in der breiten Archivlandschaft Deutschlands diese Funktion nicht oder nur teilweise erfüllen können. Denn erst diese Unterlagen lassen ersichtlich werden, wie Diskussionen verlaufen und politische Ent-

scheidungen entstanden sind, warum eine Partei erfolgreich im Wahlkampf war oder nicht, warum sich jemand oder eine Teilgruppe in der Auseinandersetzung durchsetzen konnte. Und ganz nebenbei, aber für die Erkenntnis wesentlich, kann man mit guten Methoden dann auch mehr über die innere Funktionsweise unserer Demokratie erfahren, über politische (und politisch-mediale) Dynamiken, verbindende Rituale und zerstörerische Streitigkeiten, über Erneuerungen oder Abnutzungserscheinungen, über abnehmende Attraktivität oder das Gegenteil davon, über die Motivation zum politischen Engagement. Auch Fragen nach sozialhistorischen Dimensionen, nach der sozialen sowie personellen Fundierung politischer Aktivität sowie nicht zuletzt die Verbindungen zu anderen sozialen Gruppen und Bewegungen lassen sich anhand des Materials untersuchen. Alles in allem: Durch die bei den politischen Archiven vorgehaltenen Archivalien wird die Geschichtsschreibung unserer heutigen Demokratie in vielerlei Hinsicht erst möglich.³

Die Archivalien bergen Quellen für unterschiedlichste Perspektiven: schriftlich wie audiovisuell, von internen Papieren bis zur Bürgerpost der Parteien und zur vielleicht mehr oder weniger einsamen Entscheidung einer Führungsfigur. Sie kommen von allen Ebenen, von der lokalen, der regionalen und der Landesebene bis zur zentralen nationalen Ebene bzw. zum Europäischen Parlament. Die Quellen stammen aus Parteilgliederungen, ähnlichen Arbeitszusammenhängen, von Personen aus Parteien oder ihrem Umkreis, von Organisationen aus dem Umfeld oder Bürgerinitiativen und anderen Nichtregierungsorganisationen aller zivilgesellschaftlichen Schattierungen, aber auch von Fraktionen aller Ebenen. Es ist Schrift-

gut in allen möglichen Formen, audiovisuelles oder dreidimensionales Sammlungsgut, vor allem in Form unterschiedlicher Artefakte aus den Wahlkämpfen.

Die politischen Archive akquirieren alle Unterlagen aktiv, es gibt keine Abgabepflicht. Das Vertrauensverhältnis zu abgebenden Organisationen und insbesondere politischen Protagonist*innen ist entscheidend, damit ein Bestand in einem Archiv abgegeben wird, damit er existent bleibt und zugänglich gemacht werden kann. Damit unterscheiden wir uns zentral von staatlichen Archiven, die auf der Grundlage einer Abgabepflicht der jeweiligen Institutionen auf den verschiedenen föderalen Ebenen arbeiten.

Seit der Gründung der Archive der politischen Stiftungen hat sich ihre Arbeit stärker verändert, als dies bislang deutlich geworden ist. War lange Zeit die quantitative Ausweitung des Schriftguts als Massenschriftgut, das nur eine sehr begrenzte Serialität aufweist, eine Herausforderung, die vor allem mit Blick auf die Magazinkapazitäten einen nachhaltigen Eindruck bei allen Stiftungsleitungen hinterlassen hat, so steht nun die Digitalisierung im Mittelpunkt der Bemühungen. Dachte man vor zehn Jahren noch, die Herausforderung läge bei den Dokumentenmanagementsystemen und der Webarchivierung, so hat sich die digitale Welt längst weitergedreht.

Die digital entstandenen Unterlagen bedürfen größter Aufmerksamkeit: Wenn wir hier nicht mindestens die zentralen Unterlagen sammeln und nach Standards langzeitarchivieren, wird die zentrale Überlieferung aus der heutigen Zeit bzw. der letzten 20 Jahre verloren gehen. Das kostet Mut, weil man sich manchmal für etwas entscheiden muss, von dem man nicht weiß, wie und wie lange

es funktioniert und man manchmal Dinge aufgrund bestimmter Formate von vorneherein nicht übernehmen kann. Und es kostet Arbeit, weil es ein neues Feld besonders für die Übernahme und Bewertung der Materialien darstellt. Dass die Archivar*innen zu Begleiter*innen des technischen Umfelds der Entstehung der Unterlagen werden, ist noch nicht überall so präsent und umgesetzt, wie es vielleicht sein sollte. Und natürlich bedarf es finanzieller Ressourcen, weil die Einrichtung eines digitalen Langzeitarchivs nach Maßgabe des «Open Archival Information System» besondere Erfordernisse mit sich bringt und man die Dateien nicht einfach nehmen und auf eine Festplatte legen kann. Zugleich ist die digitale Archivierung längst nicht das einzige Aufgabengebiet für Archive im 21. Jahrhundert – wenngleich sie weiterhin eine zentrale und keineswegs als gelöst geltende Herausforderung darstellt. Im Gegenteil, in dem Maße, in dem technische Systeme weiterentwickelt, alte abgelöst und neue eingeführt werden, besteht für Archive ein unmittelbarer Handlungsdruck, auf diese Entwicklungen adäquat zu reagieren. Archive sind von der Technik getriebene Einrichtungen. Einerseits. Aber sie sind auch – entgegen dem landläufigen Bild von meterlangen verstaubten Magazinanlagen, die von weitgehend in sozialer Isolation lebenden Archivar*innen eher gehütet als für das Publikum zugänglich gemacht werden – Anwenderinnen moderner Technologien. Recherchemöglichkeiten stehen online zur Verfügung, Anfragen gehen selbstverständlich per Email ein, mithilfe der sozialen Medien informieren sie über ihre Arbeit. Die Nutzer*innen haben klare und durchaus nicht technikfeindliche Vorstellungen von den Dienstleistungen der Archive. Selbst wenn sie wollten, könnten

sich Archive dem nicht entziehen, ohne ihre Relevanz aufs Spiel zu setzen.

Nicht nur im Kontakt mit Hinterleger*innen oder Nutzer*innen, auch in ihren eigenen Arbeitsweisen sind die Auswirkungen der Digitalisierung bemerkbar. Dabei zeichnet sich ein großer Trend quer durch alle Bereiche ab: Die Arbeit erfordert eine zunehmende wissensbasierte Spezialisierung, die Zeiten von Generalist*innen sind im Informationszeitalter vorbei.

Für Archive bedeutet dies alles nicht weniger als einen Paradigmenwechsel: Sie erhalten künftig Informationen, nicht mehr die mit ihnen untrennbar verbundenen Trägermedien, das Internet ist der neue Repertoriensaal, hoch qualifizierte Informationsspezialist*innen lösen Universalhistoriker*innen mit Archivaffinität ab. Kurzum, die digitale Transformation ist längst auch im Archivwesen angekommen.

Ihre Auswirkungen lassen sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in unterschiedlichem Maße beobachten. Die mediale Welt hat sich in den letzten zehn Jahren komplett gewandelt: Kaum hatten wir Archivar*innen, auch unterstützt durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Webarchivierung als Problem gelöst und in den Regelbetrieb überführt, tauchten die sozialen Medien auf. Sie bringen neue Anforderungen in der Archivierung – technisch, aber auch rechtlich. Zusammen mit der Informalisierung von öffentlicher Kommunikation beobachten wir hier die grundlegende Veränderung politischer Kommunikation und politischer Mobilisierungswege. Machten wir noch vor wenigen Jahren den Witz, dass bislang nur ungeklärt sei, wer außer der NSA die SMS und sonstige digitale Nachrichtenwege wie archiviert, so sehen wir heute, dass es um

mehr als um die Kommunikation an sich geht. Auch hier erwächst den Archiven von Politischen Stiftungen, die sich der historisch-politischen Bildung verschrieben haben, eine neue Aufgabe: Der Faktencheck aus dem Archiv gegen historische Fake News ist dabei nur ein Beispiel aus der Aufgabenvielfalt im Bereich der Arbeit mit Archivalien. Neben die Gedächtnisfunktion der Archive tritt etwas in den Vordergrund, das zuvor vor allem in der Geschichtswissenschaft als das «Veto-Recht» der Quellen bezeichnet wurde. Archive erhalten tendenziell eine Funktion als Wächter einer historischen Wahrheit, die historisch-wissenschaftlichen Prinzipien folgt. Und gerade die ephemeren Quellen der sozialen Medien stellen durch die Benutzung die Regeln von Authentizität und Wahrheit infrage.

Der digitalen Quellenkritik kommt daher besondere Aufmerksamkeit zu. Es ist Aufgabe der Archive, die technischen Entstehungsbedingungen und notwendigen Veränderungsprozesse deutlich zu machen, um die Authentizität und Integrität der digitalen Objekte sicherzustellen. Sie agieren als Experten der Informationserhaltung, die sich durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit ihres Handelns um das Vertrauen ihrer Hinterleger*innen wie auch ihrer Nutzer*innen bemühen. Das Bewusstsein für Datensicherheit vor dem Hintergrund von Hackerangriffen und Manipulationen ist gerade erst geweckt und wird in den kommenden Jahren sicher noch weiter an Bedeutung gewinnen. Zugleich zeigt sich deutlich, wie sich politische Kommunikation und Mobilisierung

ins Web verlagert, von dem uns nur ein Bruchteil bekannt ist. Lediglich 20 Prozent sind durch frei zugängliche Websites sichtbar, der Rest spielt sich in geschlossenen Foren, Chats oder anderen geschlossenen Anwendungen ab. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die politische Kultur einer Gesellschaft, die sich ohnehin in einem tief greifenden Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft befindet.

Für ein politisches Archiv muss dies Herausforderung und Auftrag sein. Wie können wir angemessen auf diese Veränderungen reagieren, ohne blind eine Schnittstelle nach der anderen in proprietäre technische Systeme zu implementieren, um den einen Chatverlauf oder Aufruf zu archivieren? Wie sieht heute das Sammlungsprofil von politischen Archiven aus? Was gilt als archivwürdig? Wie organisieren wir die Akquise derart fluider Materialien? Und schließlich müssen diese Fragen vor dem Hintergrund der verfügbaren Ressourcen betrachtet werden, denn das Analoge bleibt uns auch in Zukunft erhalten. Die Phase hybrider, also analoger wie digitaler Überlieferungsbildung wird uns noch eine Weile begleiten – und gerade auch durch ihre Eigenheiten nach neuen Lösungen verlangen.

1 Vgl. zur Geschichte der politischen Archive Kruke, Anja/Scholz, Harry (Hrsg.): Die Archive der Politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Archivführer, Bonn 2010. **2** Vgl. Dokumentations- und Sammlungsprofil der Archive der politischen Stiftungen in Deutschland, 2. akt. Aufl., München (i.E.). **3** Abgesehen davon bewahren Archive wie das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) auch andere Unterlagen auf, etwa solche, die Erfahrungen in der Diktatur und den Widerstand dagegen betreffen.

UWE MICHEL

Das Wissen der Zukunft

Das Informationsmonopol, das Archive und Bibliotheken über mehrere Jahrtausende besaßen, scheint überwunden zu sein. Wer nach einer schnellen Information sucht, «googelt» einen Begriff, wer es etwas genauer möchte, konsultiert zumindest Wikipedia. Wer braucht dazu noch Bibliotheken, geschweige denn Archive?

Als Konsequenz aus solchen Überlegungen verbannen Bibliothekar*innen ihre gedruckten Bücher in Magazine, kündigen ihre Printabos von Zeitungen und Zeitschriften und

freuen sich darüber, dass die «digitale Revolution» den Zugang zu Wissen einfacher, ortsunabhängig und platzsparend, kurz: demokratischer macht. Aber ist das wirklich so? Die Vorstellung, die durchaus auch bei den Nutzer*innen von Bibliotheken vorherrscht, alles sei bereits «digital» vorhanden, stellt sich bei genauem Hinsehen als Wunschbild heraus. Ob dies aber überhaupt wünschenswert ist, sollten die Vermittler*innen des Wissens in Archiven und Bibliotheken zumindest einmal diskutieren, bevor sie sich dazu entschließen, vorrangig auf digitale Angebote auszuweichen. Dazu gehört auch die Frage, inwieweit Bibliotheken überhaupt noch Informationen kostenlos zur Verfügung stellen können. Ich meine damit gar nicht einmal in erster Linie die ungelöste Frage der digitalen Formate. Wie sehr freuten sich Bibliothekar*innen über den Platz- und Komfortgewinn bei der Recherche auf CD-ROM, bis sie plötzlich mit Computern ohne CD-ROM-Laufwerken ausgestattet wurden (braucht man nicht mehr, gibt ja heute «Clouds»). Wissenschaftler*innen gehen heute schon davon aus, dass die Jahrzehnte um die Jahrtausendwende die am wenigsten für die Zukunft erschlossenen Bestände für nachfolgende Generationen anbieten werden können.

Selbst im Hinblick auf den Bestand der Bibliotheken, also die «Kernkompetenz» der Wissensvermittlung, gibt es kaum Diskussionen, wie ihr Angebot aufrechterhalten werden kann. In Deutschland gibt es nach wie vor rund 75.000 Buchneuerscheinungen in gedruckter Form. In den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften erscheinen fast alle wissenschaftlich relevanten Publikationen nach wie vor auf Papier. Anders sieht das bei aktuellen Publikationen der Medizin, den Technik- und Naturwissenschaften aus.

Hier stellt sich aber die Frage des «Eigentums»: In der Vergangenheit wählten Bibliothekar*innen aus dem Angebot von Verlagen für ein bestimmtes Sammelgebiet oder ihre Zielgruppe Titel aus, die dann nach dem Kauf der Bibliothek gehörten und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden konnten.

Heute können die Verlage darüber bestimmen, ob sie elektronische Bücher überhaupt an Bibliotheken verkaufen wollen. Und wenn sie dies «großzügig» tun, legen sie die Konditionen fest: Spezifische Lizenzmodelle verhindern nicht nur, dass Wissen überhaupt konserviert werden kann, sondern bestimmen die Kosten und Ausleihmodalitäten. Zwar gab es bei der Reform des Urheberrechts zum 1. März 2018 Verbesserungen für die Bibliotheken und deren Nutzer*innen in Hinblick auf die Vervielfältigung und Zugänglichmachung von Werken aus ihrem Bestand (!), deutliche Verschlechterungen gibt es aber bei den erlaubten Anschlussnutzungen (Ausdrucken oder Abspeichern). Außerdem sind Zeitschriften, die keine expliziten Fachzeitschriften sind (Kioskzeitschriften), und Zeitungen künftig generell von der Erlaubnis elektronischer Vervielfältigung ausgenommen.

Die Aufgabe der Archive und Bibliotheken ist daher nichts weniger, als den freien Zugang zu Wissen gegen die Marktmacht der Verlage und die digitale Enteignung der Bürger*innen zu verteidigen. Dies gilt besonders für die kritisch zu bewertende Zusammenarbeit von Bibliotheken mit Inter-

netkonzernen wie Google, die längst eine Monopolisierung (und perspektivisch auch Privatisierung) des Wissens auf Kosten der Öffentlichkeit betreiben.

Wie es besser geht, zeigt das Beispiel der Deutschen Digitalen Bibliothek, die digitalisierte Bücher, Bilder und Archivalien zur Verfügung stellt. Finanziert vom Bund und den Ländern, macht sie das kulturelle Erbe online zugänglich – kostenlos, für alle und vor allem frei von wirtschaftlichen Interessen. Ein anderes positives Beispiel ist das Digitale Deutsche Frauenarchiv (DDF), ein Fachportal, das ausgewählte Quellen der Geschichte der deutschen Frauenbewegungen in digitalisierter Form für eine breite Öffentlichkeit im Internet zugänglich macht. Hier zeigt sich, was für großartige Projekte möglich sind, wenn man Archive, Bibliotheken und Dokumentationsstellen mit ausreichend Mitteln ausstattet und ihre Vernetzung unterstützt.

Bibliotheken sind heute noch die meistgenutzten Kultureinrichtungen überhaupt. Das liegt zum einen daran, dass sie in einer Umwelt, in der es immer weniger nicht-kommerzielle Orte gibt, jedem und jeder einen Platz bieten, an dem er oder sie einfach da sein darf, ohne konsumieren zu müssen. Sie sind von großer Bedeutung für kulturelle Teilhabe, Bildung und soziale Begegnungen. Das Wissen der Zukunft wird öffentlich und frei zugänglich sein, oder es wird nicht sein: Dies zu ermöglichen ist die große Herausforderung für Archive und Bibliotheken des 21. Jahrhunderts.

ANDREAS STEIGMEIER UND TOBIAS WILDI

Ein digitales Gedächtnis?

Digitale Unterlagen archivieren und nutzbar halten

Dass Daten und Dokumente heute vor allem digital erzeugt und genutzt werden, ist eine Binsenweisheit. Sie gilt für das private, politische und berufliche Umfeld, in dem wir uns bewegen. Manche digitalen Informationen verschwinden wieder, andere möchten wir weit in der Zukunft noch nutzen können – weil gesetzliche Bestimmun-

gen es verlangen, private und öffentliche Institutionen ihre Entscheidungsproduktion und ihr Handeln langfristig dokumentieren möchten oder die Daten einen kulturellen und historischen Wert darstellen.

Digitale Information manifestiert sich vielfältig, etwa als Fotografie, Kurznachricht, «Post» in einem sozialen Medium, Website, Datenbank, Videobotschaft oder Programmcode eines Computerspiels. Diese Vielfalt macht digitale Archivierung zu einer multidisziplinären Angelegenheit. Längst nicht alles, was digital erzeugt wird, ist langfristig erhaltenswert. Archivieren bleibt auch in der digitalen Welt ein selektiver Prozess, und zu diesem gehört auch das Bewerten, also der Entscheid, was für die Zukunft erhaltenswürdig ist und was nach Ablauf einer zweckmäßigen Aufbewahrungsfrist gelöscht werden kann.

Digital erzeugte Information muss auch in digitaler Form archiviert werden, denn es ist aufwendig und oft unmöglich, eine Datei oder einen Datensatz zwecks Archivierung auf Papier oder Mikrofilm zu überführen. Eine Website, eine dreidimensionale Architekturskizze oder ein Computerspiel können gar nicht in sinnvoller Weise «ausgedruckt» werden. Es gilt, Medienbrüche zum Zwecke der Archivierung zu vermeiden. Die Nutzenden möchten das Archivgut auch digital konsultieren. Ein digitales Archiv hat das Ziel, digitale Unterlagen über möglichst lange Zeiträume hinweg nutzbar zu halten. Was die Grundprinzipien sind, um dieses Ziel zu erreichen, beschreibt dieser Beitrag.

WAS WILL EIN DIGITALES ARCHIV SICHERSTELLEN?

Zwei Begriffe dieser Zielbeschreibung sind erklärungsbedürftig. «Möglichst lange Zeiträume» bedeutet, dass digitale Informatio-

nen über Generationen von Computerarchitekturen, Betriebssystemen, Anwendungsprogrammen und Dateiformaten hinweg erhalten werden sollen. Das sind Spannen zwischen einigen Jahrzehnten und vielen Jahrhunderten. Wir haben heute noch keine Vorstellung davon, wie zum Zeitpunkt der Nutzung Computerarchitekturen und Anwendungen aufgebaut sein werden – wenn es diese Metaphern dann überhaupt noch gibt. Der zweite Begriff ist der der «Nutzbarhaltung». Digitale Archivierung ist kein Selbstzweck. Sie rechtfertigt sich erst, wenn digitale Kulturgüter zugänglich gemacht und vielfältig genutzt werden. Die anvisierten Zielgruppen sollen in der Lage sein, die archivierten Dateien zu öffnen und darzustellen, zu interpretieren und für neue Zwecke zu verwenden. Wenn dies auch nach langer Zeit noch gelingt, dann funktioniert das digitale Archiv.

WIE MACHT MAN DAS?

Archivieren heißt nicht, Daten auf ein haltbares Speichersystem auszuspielen (das vom Hersteller möglicherweise mit dem Label «revisionssicher» versehen ist), das eine oder andere Backup anzufertigen und die Daten dann zu vergessen. Ein digitales Archiv muss regelmäßig gepflegt werden und verändert sich über die Zeit. Es sind vier grundlegende Maßnahmen für die Nutzbarhaltung zu ergreifen:

Erstens muss der Datenstrom der zu archivierenden Dateien unverändert in die Zukunft transportiert werden. Folgende Praxis gilt heute in den meisten Institutionen: Die Daten sollen in drei oder mehr identischen Kopien vorliegen, diese Kopien auf mindestens zwei unterschiedlichen Speichertechnologien liegen und an wenigstens zwei geografisch voneinander getrennten Orten abgelegt werden.

Heute spielen Cloud-Technologien eine immer wichtigere Rolle, um große Datenmengen kostengünstig zu speichern. Dank hoher Spezialisierung ist die Cloud meist sicherer als Server auf der eigenen Infrastruktur einer Organisation. Bei der Auswahl eines Cloud-Anbieters gilt es aber zu beachten, wo sich dessen Firmensitz befindet. Denn je nach nationalstaatlichem Kontext und besonderen Umständen können sich staatliche Akteure Zugriff verschaffen. So verpflichtet der «Cloud Act» US-amerikanisch beherrschte Anbieter, den Vereinigten Staaten auf Anfrage Kundendaten herauszugeben, auch wenn sich die Rechenzentren in Europa befinden. Archivdaten, die politische Aktivitäten, religiöse Überzeugungen oder medizinische Befunde dokumentieren, haben bei solchen Anbietern nichts verloren. Es gibt aber durchaus vertrauenswürdige Cloud-Anbieter, die einem den Aufbau und Betrieb einer eigenen Speicherinfrastruktur abnehmen. In der Schweiz ist dies beispielsweise SWITCHengines. Das ist eine akademische Cloud, die von der Stiftung SWITCH betrieben wird. Die Stiftung ist nicht gewinnorientiert und befindet sich in der Hand von Schweizer Kantonen, um forschungsnahe IT-Dienstleistungen zu erbringen. Ein staatlicher Zugriff auf die Daten ist nicht möglich und im demokratisch-föderalistischen System der Schweiz völlig undenkbar.

Als zweite Maßnahme muss jedes Objekt im digitalen Archiv, bis hin zur Datei, identifiziert werden. Das Verfahren darf nicht abhängig sein von einer gerade aktuellen technischen Lösung. Weltweit verbreitet sind die eher in der Bibliothekswelt anzutreffenden «Digital Object Identifier» (DOI) und in der Archivwelt der «Archival Resource Key» (ARK). Mit der Verwendung dauerhaft

verfügbarer Identifikatoren werden die digitalen Ressourcen zitierbar und sie sind auch nach langer Zeit noch auffindbar.

Drittens muss wie in einem Papierarchiv der Kontext der Archivalien dokumentiert werden. Herkunft, Entstehung und Bedeutung der Daten müssen auch von Dritten eingeordnet werden können. Nur so können Entstehungszusammenhang und Bedeutung der Daten auch aus großem zeitlichem Abstand beurteilt werden.

Viertens gilt es, für die Archivierung Dateiformate zu verwenden, die offen dokumentiert, weit verbreitet und nicht mit Patenten oder Lizenzen versehen sind. Das erhöht die Chance, dass sie auch nach langer Zeit noch dargestellt und genutzt werden können. Oft wird in Archiven die Strategie «Dateimigration auf Vorrat» gewählt. Bei der Aufnahme ins Archiv werden alle Dateien in sogenannte archivtaugliche Formate wie PDF/A, Tiff oder Wave umgewandelt. So wird verhindert, dass proprietäre Office-, Mail- oder Bildformate archiviert werden, die schon nach wenigen Jahren nicht mehr interpretiert werden können. Diese Strategie ist gut, jedoch müssen zusätzlich zu den migrierten Dateien auch die Originalformate gespeichert werden. Denn eine Dateimigration geht immer mit einem Informationsverlust einher. Die Strategie funktioniert übrigens nur für einfache digitale Objekte, die auf Einzeldateien beruhen. Für die Archivierung komplexerer Objekte wie Websites oder Softwaresysteme sind andere Strategien notwendig wie etwa die Emulation, also der Nachbau ganzer Laufzeitumgebungen im Archiv.

Ein digitales Archiv überprüft periodisch die Dateiformate in seinen Beständen. Wenn es Anzeichen für das Veralten von Formaten gibt, dann müssen Erhaltungsmaßnahmen

geplant, getestet und durchgeführt werden. Dabei werden die betroffenen Dateien in einem kontrollierten und vor allem gut dokumentierten Prozess in neue Archivformate überführt. Solche Aktionen werden alle paar Jahrzehnte nötig sein. Dabei kommt es wie schon bei der initialen Dateimigration unweigerlich zu Informationsverlust. Die heutigen Konzepte und Praktiken gehen davon aus, dass Veränderungen und kontrollierte und dokumentierte Verluste unabdingbar sind, um die Kerninformationen im Archiv zu erhalten.

Die beschriebenen Maßnahmen leiten sich von einem weltweit befolgten Standard für digitale Archivierung ab (ISO 14721, OAIS). Auch die im Archiv verwendeten Schemen für Metadaten sind international normiert (etwa METS und Premis). Damit wird unter anderem sichergestellt, dass Anbieter für digitale Archivierung gewechselt werden können. Zur Vertrauenswürdigkeit eines Herstellers trägt zudem bei, wenn seine Komponenten unter einer Open-Source-Lizenz stehen und damit unabhängig von ihm weiterentwickelt werden können.

WOHIN GEHT DIE REISE?

In immer mehr Lebensbereichen zeigt sich, dass Datenbestände über Jahrzehnte nutzbar gehalten werden müssen, auch wenn es sich dabei nicht direkt um digitale Kulturgüter handelt. Unterlagen zu Pensionsberechtigungen und Krankenakten sind mindestens über die Lebensspanne einer Person aufzubewahren. Auch Unterlagen zur Bewirtschaftung von Liegenschaften, zur Wartung einer Autobahn oder zum Rückbau eines Atomkraftwerks müssen lange nutzbar bleiben. Produktivsysteme können das in der Regel nicht; die Technik der digitalen Archive drängt sich auf.

Für die Archive bedeutet dies, dass sie ihre Prozesse automatisieren und die Infrastrukturen auf große Datenmengen auslegen müssen. In Zukunft wird das Archiv nicht mehr ein abgeschottetes System neben allen anderen Systemen einer Organisation sein – bisherige IT-Architekturkonzepte sahen das noch so vor. Produktivsysteme wie E-Akten-Lösungen werden künftig bereits wenige Jahre nach Abschluss eines Geschäfts an das Archiv abliefern und dann zu Recherchezwecken auf die Daten im Archiv zugreifen. Dort unterliegen die fixierten und nicht mehr veränderbaren Unterlagen der Erhaltungsplanung, können über technische Schnittstellen und dank eindeutiger Identifizierbarkeit aber durch Drittsysteme weiterhin effizient genutzt werden. Trotz technischer Hochrüstung im Archiv wird der Beruf der wissenschaftlichen

Archivarin oder des Archivars nicht verschwinden. Im Gegenteil: Archive suchen händeringend nach «digitalen Archivaren» und «Archivinformaticerinnen», nach Personen, die neben fundiertem Archivwissen auch ein Verständnis für IT-Architekturen, Prozessmodellierung und Daten- und Metadatenformate haben. Im deutschsprachigen Raum beginnen sich die entsprechenden Ausbildungsgänge erst jetzt auf den *digital turn* auszurichten, der in den Archiven schon vor 15 Jahren begonnen hat. Wenn wir unsere Wirtschaft, unsere Verwaltung, ja unsere ganze Gesellschaft digitalisieren, dann sollten unsere Archive diese digitale Welt auch in angemessener Form dokumentieren und nachvollziehbar machen, genauso, wie sie es früher in der analogen Welt auch schon taten. Daran arbeiten Archivarinnen und Archivare heute.

CHRISTIAN KOLLER UND URS KÄLIN

Vertrauen ist gut – und essenziell

Das Beispiel des Schweizerischen Sozialarchivs

Das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich hat sich in den ersten 113 Jahren seines Bestehens stark gewandelt. Aus der 1906 gegründeten und zunächst in einer kleinen Zweizimmerwohnung untergebrachten «Zentralstelle für soziale Literatur der Schweiz» entwickelte sich eine geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsinfrastruktur, die ein zivilgesellschaftliches Spezialarchiv mit schriftlichem und audiovisuellem Material, eine wissenschaft-

liche Spezialbibliothek, eine themenbezogene Sachdokumentation und einen Forschungsfonds umfasst, analoges wie digitales Material sammelt, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit betreibt und 2018 mehr Ausleihen verzeichnete als die etwa zehnmal so große Schweizerische Nationalbibliothek. Archiv und Bibliothek des Sozialarchivs sind heute Bestandteil des Schweizerischen Inventars der Kulturgüter von nationaler Bedeutung. Die Entwicklung der Institution hat viel mit dem (sich gegenseitig bedingenden) Vertrauen verschiedener Stakeholder zu tun: der subventionsgebenden Behörden, der Archivabliefer*innen sowie der Benutzer*innen. Wie ist dieses Vertrauen erworben und verstetigt worden? Die 1906 gegründete und 1942 in «Schweizerisches Sozialarchiv» umbenannte Institution wird seit ihren Anfängen von einem überparteilichen Verein getragen.¹ Dadurch unterscheidet sie sich von vielen thematisch verwandten Institutionen anderer Länder, die an Parteien, Gewerkschaften oder politische Stiftungen gebunden sind. Der Pfarrer und sozialdemokratische Politiker Paul Pflüger als Gründer ließ sich vom Pariser «Musée social» inspirieren, einem 1894 entstandenen sozialwissenschaftlichen Thinktank mit Museum, Bibliothek und Forschungszentrum. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Konflikte – gerade im Gründungsjahr 1906 wurde Europa von einer Streikwelle heimgesucht, die auch in der Schweiz in heftige Arbeitskämpfe mündete – sollte eine ähnliche Institution in der Schweiz Wissen im Bereich der «sozialen Frage» im Dienste reformerischen Handelns bereitstellen und zum gesellschaftlichen Ausgleich beitragen. Der thematische Fokus des Sozialarchivs erweiterte sich dann über die Jahrzehnte zum gesellschaftlichen,

politischen und kulturellen Wandel und den sozialen Bewegungen mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Schweizer Zeitgeschichte.

Von Beginn an waren im Trägerverein die unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Gruppen vertreten. Bei der Gründung zählten zu den Vereinsmitgliedern etwa der Schweizerische Handels- und Industrieverein, die Zürcher Handelskammer, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein und zahlreiche Arbeiterinnen- und Arbeitervereine, ebenso Politiker unterschiedlicher Parteien, der Bischof von St. Gallen, ein Bankier, der eidgenössische Arbeitersekretär Herman Greulich, der zum Anarchismus neigende Arbeiterarzt Fritz Brupbacher oder die Frauenrechtlerin Betty Farbstein-Ostersetzer. Im Vorstand saßen neben Pflüger Vertreter der Stadt Zürich, der Kantons- und Stadtbibliothek, der rechtsliberalen *Neuen Zürcher Zeitung*, der katholischen *Neuen Zürcher Nachrichten* und der Sozialdemokratischen Partei sowie drei Professoren der Universitäten Zürich und Bern. Die breite Abstützung ermöglichte von Beginn an eine Subventionierung durch Stadt und Kanton Zürich.

Aufbauend auf Pflügers privater Literatursammlung erwarb die Institution zunächst primär Bücher und Kleinschriften, wobei konsequent alle politischen Richtungen berücksichtigt wurden. So wurden beispielsweise sehr reiche Drucksachenbestände zur Frühgeschichte der schweizerischen und europäischen Arbeiterbewegung, zu Theorien des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, zu den politischen und gewerkschaftlichen Internationalen oder zu den faschistischen wie antifaschistischen Strömungen der Zwischenkriegszeit

aufgebaut.² Ab 1943 entstand auch eine Mediendokumentation, die heute 1,2 Millionen Artikel umfasst. Die Zeitungs- und Zeitschriftenbestände enthalten zahlreiche Raritäten und decken ebenfalls das gesamte politische Spektrum ab. Vorsteher Sigfried Bloch kontierte 1921 die Kritik eines Vorstandsmitglieds, es werde zu viel kommunistische Literatur erworben, mit dem Argument, dass ein wissenschaftliches Institut Material aus allen Richtungen sammeln müsse. In den 1930er und 1940er Jahren gehörte die Institution zu den ganz wenigen im deutschsprachigen Raum, die Bücher der NS-Propaganda wie auch antifaschistische Literatur in ihren Regalen stehen hatten. Der Jahresbericht 1932 – der im Frühjahr 1933 zur Zeit der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen verfasst wurde – hielt zur Sammlungsstrategie fest: «Es handelt sich bei der Auswahl der Anschaffungen weder um die persönlichen Auffassungen der Besucher, noch um diejenigen der Leitung. Es handelt sich um mehr, um die Wahrung eines wertvollsten Kulturgutes: um eine Dokumentierung der Gegenwart an die Zukunft. Eine Aufgabe, an die man nur mit starkem Verantwortungsbewusstsein wird herantreten dürfen. Die Anschaffung eines Buches bedeutet also noch längst nicht dessen Bejahung durch die Bibliotheksleitung.»

Dieses breite Angebot lockte manch prominente Benutzer*innen an. Vor und während des Ersten Weltkriegs zählten dazu illustre Figuren der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere der russischen Exilgemeinde, unter anderem Lenin und Trotzki.³ In der Zwischenkriegszeit suchten dann zahlreiche Exilant*innen aus den faschistischen Ländern die Institution auf (z.B. Otto Braun, Joseph Wirth, Anna Siemsen, Wilhelm Hoegner, Margarete Buber-Neumann,

Rudolf Hilferding, René König, Robert Jungk, Friedrich Adler, Manès Sperber oder Ignazio Silone), während des Kalten Kriegs kamen Flüchtlinge aus dem Ostblock, darunter Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn.

1974 erkannte die Eidgenossenschaft das Sozialarchiv als führende Forschungsinfrastruktureinrichtung in seinem Themenbereich an. Als weiterer behördlicher Vertrauensbeweis berief der Bundesrat 1979 Vorsteher Miroslav Tuček zum Präsidenten der Eidgenössischen Expertenkommission für die sozialwissenschaftliche Dokumentation. Die mit der Bundesanerkennung einhergehende Subventionierung ermöglichte den Aufbau der Archivabteilung, deren Bestände seit den 1990er Jahren massiv expandieren und heute rund 800 Körperschaftsarchive und Personennachlässe umfassen.⁴ Dazu gehören die meisten zentralen Organisationen der Themenschwerpunkte des Sozialarchivs, beispielsweise die wesentlichen Gewerkschaften und Arbeitnehmergeverksverbände, politische und kulturelle Organisationen der Arbeiterbewegung, soziale Bewegungen und Verbände aus Bereichen wie Feminismus, Pazifismus, Ökologie, Menschenrechte oder LGBTQ* sowie gemeinnützige Vereinigungen und Jugendorganisationen der Schweiz, aber auch Archive kommunistischer, trotzkistischer und neulinker Organisationen sowie Bestände aus dem rechtspopulistischen Spektrum, etwa der Nachlass des Schweizer Antiimmigrationspioniers der 1960er und 1970er Jahre James Schwarzenbach oder das Plakatarchiv von Alexander Segerts Werbeagentur «Goal». Dank einer umfangreichen Erbschaft von der Sozialwissenschaftlerin Ellen Rifkin Hill konnte 1999 ein eigener Forschungsfonds eingerichtet

werden. Seit 2003 sammelt das Sozialarchiv systematisch auch audiovisuelles Material.⁵ Zugleich schaffte die Institution erfolgreich den Sprung ins digitale Zeitalter mit der Digitalisierung sämtlicher Kataloge und Findmittel, Retro-Digitalisierungsprojekten für Zeitschriften, Zeitungen, Fotografien, Filme, Videos, Plakate und Tonmaterial, dem Aufbau einer Infrastruktur zur Sammlung genuin elektronischer Archiv- und Dokumentationsbestände sowie verschiedenen Online-Informationskanälen.⁶

Der Erwerb von privat aufbewahrttem Schrift-, Bild- und Tongut aus sozialen Bewegungen, also von Archivgut nichtstaatlicher Provenienz, hängt dabei stark von zwei grundsätzlichen Voraussetzungen ab: vom Vertrauen der Aktenbildner*innen zur Archivinstitution und von den Beziehungen der Archivmitarbeiter*innen zu den infrage kommenden Persönlichkeiten, politischen Gruppen, Initiativen und Organisationen. Insbesondere bei Vor- und Nachlassbeständen ist ein besonderes Vertrauensverhältnis erforderlich. Vertrauen in die Archivinstitution wird insbesondere durch deren große Kontinuität und Verlässlichkeit hergestellt. In der Fremdwahrnehmung muss das langfristige Fortbestehen des Archivs und damit auch des dort aufbewahrten Archivguts garantiert erscheinen. Hier angesprochen ist auch die Frage der Trägerschaft. Die Zusammensetzung und weltanschauliche Prägung der Trägerschaft können eine nachhaltige Finanzierung durch staatliche Institutionen fördern oder behindern. Im Fall des Sozialarchivs war von Beginn an eine breit abgestützte Trägerschaft vorhanden, was die Risiken der Finanzierung minimierte. Wichtig sind auch die Dienstleistungen (wie Recherchen, Scan- und Kopieraufträge) zugunsten von archivbildenden Organisationen und

Personen, die zeitnah, niederschwellig, unkompliziert und wenn möglich gratis erbracht werden sollten.

Zentral sind sodann natürlich die fachlichen Kompetenzen der Archivinstitution. Die Aktenbildner*innen müssen die Gewissheit haben, dass eine vertrauenswürdige Langzeitarchivierung gewährleistet ist. Dies gilt heute ganz speziell auch für digitale Unterlagen. Zur Fachkompetenz gehört eine Vielzahl von Aspekten: die Anwendung anerkannter Standards, die Beteiligung an Netzwerken und Mitarbeit in Verbänden, Kooperationen mit Partner-Institutionen und nicht zuletzt die Sichtbarkeit, die häufig ein wichtiges Motiv der Abgabe von Archivbeständen ist. Es liegt im Interesse der abliefernden Organisationen, dass deren Unterlagen für Forschungsarbeiten verwendet werden und der Name der Organisation in wissenschaftlichen Kontexten bzw. bei Ausstellungen präsent ist.

Die wichtige Beziehungs- und Netzwerkarbeit der Archivinstitution umfasst etwa die physische Präsenz bei externen Anlässen (wie Jubiläumsveranstaltungen) und Kundgebungen sowie eine aktive Öffentlichkeitsarbeit mit Podiumsgesprächen, Buchervernissagen, Referaten, Quellenpräsentationen und der Beteiligung an Ausstellungen. Dadurch wird Vermittlungsarbeit zugunsten der Archivbestände geleistet und den Aktenbildner*innen gezeigt, dass sich die Ablieferung lohnt und mit den Unterlagen ge-

arbeitet wird. Schließlich bemüht sich das Sozialarchiv auch, Aktenbildner*innen (Organisationen und Aktivist*innen) als Mitglieder des Trägervereins zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit Aktivist*innen kann beim Bestandsaufbau eine Schneeballwirkung entfalten, da diese die besten Botschafter*innen des Archivs sind und zugleich die besten Kenner*innen der jeweiligen Milieus. Im optimalen Fall können sie in ihrem Umfeld selbst Archivbestände akquirieren. Musterbeispiele sind das Schwulenarchiv Schweiz, die Sammlung von Staatsschutzakten (Archiv Schnüffelstaat Schweiz) oder die die Rock- und Popszene dokumentierenden Swiss Music Archives. Diese Bestände basieren im Wesentlichen auf privater Initiative und ermöglichen eine Überlieferungssicherung in Bereichen, die dem Sozialarchiv auf andere Weise kaum zugänglich wären.

1 Häusler, Jacqueline: 100 Jahre soziales Wissen: Schweizerisches Sozialarchiv 1906–2006, Zürich 2006. **2** Marti, Hanspeter: Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, in: Leu, Urs B. u.a. (Hrsg.): Handbuch der historischen Buchbestände in der Schweiz, Bd. 3, Hildesheim 2011, S. 317–325; Koller, Christian: Weder Zensur noch Propaganda. Der Umgang des Schweizerischen Sozialarchivs mit rechtsextremem Material, in: LIBREAS. Library Ideas 35 (2019), unter <https://libreas.eu/ausgabe35/koller/>. **3** Koller, Christian: Bibliotheksgeschichte als histoire croisée: Das Schweizerische Sozialarchiv und das Phänomen des Exils, in: Ball, Rafael/Wiederkehr, Stefan (Hrsg.): Vernetztes Wissen. Online. Die Bibliothek als Managementaufgabe, Berlin 2015, S. 365–392. **4** Ulrich, Anita: Le «Schweizerisches Sozialarchiv». Stratégies de conservation et de valorisation des archives du mouvement ouvrier, in: De Giorgi, Alda u.a. (Hrsg.): Archives, histoire et identité du mouvement ouvrier, Genf 2006, S. 92–101; Kälin, Urs: Fixierte Bewegung? Soziale Bewegungen und ihre Archive, in: Arbedo 3 (2007), S. 74–77. **5** Länzlinger, Stefan: Audiovisuelle Privatarchive im Schweizerischen Sozialarchiv, in: Memoriam Bulletin 25 (2018), S. 16–18. **6** Koller, Christian: Digitales Sozialarchiv: Was bisher geschah, in: Sozialarchiv Info 1 (2018), S. 12–15, unter: www.sozialarchiv.ch/2018/03/12/digitales-sozialarchiv-was-bisher-geschah/.

BÄRBEL FÖRSTER

*Ethisch, verantwortungsvoll,
professionell und übergreifend*

Das internationale Netzwerk von Archivarinnen und Archivaren

Archive sind eine unschätzbare Ressource. Sie stellen den urkundlichen Niederschlag menschlichen Handelns dar und sind als solche unersetzliche Zeugen vergangener Ereignisse. Sie stärken die Demokratie, die Identität von Einzelpersonen und Gemeinschaften sowie die Menschenrechte. Aber die sind auch fragil und verletzlich und müssen geschützt werden.

Der 1948 gegründete Internationale Archivrat (International Council on Archives, ICA) setzt sich für die effektive Verwaltung von

Schriftgut und für die Erhaltung, Pflege und Zugänglichkeit des archivischen Kulturerbes der Welt ein.

Der ICA ist eine unparteiische Nichtregierungsorganisation, die von ihren 1.500 Mitgliedern in 195 Staaten finanziert wird und ihre Aufgaben durch die Aktivitäten ihrer Mitglieder erfüllt. Seit nunmehr 70 Jahren hat der ICA Archivinstitutionen sowie Archivarinnen und Archivarinnen aus der ganzen Welt vereinigt, um den Zugang zu den Archiven zu schützen und sicherzustellen, für eine gute Verwaltung von Archiven und den physischen Schutz des aufgezeichneten Kulturerbes einzutreten, anerkannte Standards und Musterlösungen zu schaffen sowie den grenzüberschreitenden Dialog, den Austausch und die Verbreitung dieses Wissens und dieser Expertise zu fördern.

Dabei arbeitet der ICA als internationale Organisation mit Entscheidungsträgern auf höchster Ebene ebenso zusammen wie mit zwischenstaatlichen Organisationen – etwa der UNESCO und dem Europarat – und steht in engem Kontakt mit anderen Nichtregierungsorganisationen wie etwa dem Internationalen Komitee des «Blue Shield International»¹.

Es gehört zum Ethos des ICA, die kulturelle Vielfalt seiner Mitglieder zu nutzen, um effektive Problemlösungen zu entwickeln und gemeinsam Standards für eine flexible, einfallreiche Profession zu etablieren.² So hat der ICA seit 1994 vier Standards zur archivischen Erschließung publiziert, die die Erschließungspraxis verändert haben.³

Der Internationale Archivrat beschäftigt sich seit Langem mit der Frage des Zugangs zu Archiven. Im Gefolge der politischen Veränderungen in Europa zu Beginn der 1990er Jahre haben europäische Archivarinnen und Archivarinnen einen «Entwurf über europäische

Grundsätze des Zugangs zum Archivgut» ausgearbeitet, den sich der ICA mit Beschluss an der Jahresgeneralversammlung 1997 in Edinburgh zu eigen gemacht hat. Daraus entstanden die «Grundsätze des Zugangs zu Archiven», die 2012 angenommen wurden. Zwei weitere Dokumente des ICA unter-

streichen die Bedeutung der Professionalität archivarischer Tätigkeit: der «Kodex ethischer Grundsätze für Archivarinnen und Archivare» von 1996 und die «Weltweite Allgemeine Erklärung über Archive» von 2010. Alle drei genannten Dokumente sind nachfolgend in den Hauptpunkten abgedruckt.

GRUNDSÄTZE DES ZUGANGS ZU ARCHIVEN⁴

-
- | | |
|----|--|
| 1 | Die Öffentlichkeit hat das Recht auf Zugang zu den Archiven von öffentlichen Körperschaften. Öffentliche wie private Stellen sollen ihre Archive so offen wie möglich halten. |
| 2 | Archiveinrichtungen sorgen dafür, dass die Existenz von Archiven, auch von nichtzugänglichen Archivbeständen, bekannt ist. Sie geben auch die Regelungen bekannt, die die Benutzung einschränken. |
| 3 | Archiveinrichtungen legen sich in Bezug auf den Zugang zu Archiven eine proaktive Haltung zu. |
| 4 | Archiveinrichtungen sorgen dafür, dass Benutzungsbeschränkungen eindeutig formuliert sind und eine Befristung festgelegt ist, dass sie sich auf die einschlägige Rechtsgrundlage abstützen, dass das Recht auf den Schutz der Privatsphäre gewahrt und die Rechte von privaten Besitzern von Archiven respektiert bleiben. |
| 5 | Archive sind für alle zu den gleichen, fairen Bedingungen zugänglich. |
| 6 | Archiveinrichtungen stellen sicher, dass Opfern von schweren völkerrechtlichen Verbrechen der Zugang zu den Archiven gewährt wird, mit welchen die Nachweise zum Geltendmachen ihrer Menschenrechte erbracht und die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert werden können, selbst dann, wenn diese Archive für das allgemeine Publikum nicht zugänglich sind. |
| 7 | Benutzer haben das Recht, eine Ablehnung des Zugangs anzufechten. |
| 8 | Archiveinrichtungen stellen sicher, dass keine betrieblichen Einschränkungen den Zugang behindern. |
| 9 | Archivarinnen und Archivare haben Zugang zu allen gesperrten Archiven und führen die gebotene archivarische Bearbeitung durch. |
| 10 | Die Archivarinnen und Archivare beteiligen sich am Entscheidungsprozess über den Zugang zu Archiven. |
-

**KODEX ETHISCHER GRUNDSÄTZE
FÜR ARCHIVARINNEN UND ARCHIVARE⁵**

-
- 1 Archivarinnen und Archivare haben die Integrität von Archivgut zu schützen und auf diese Weise zu gewährleisten, dass es ein zuverlässiger Beweis der Vergangenheit bleibt.

 - 2 Archivarinnen und Archivare haben Archivmaterial in seinem historischen, rechtlichen und administrativen Kontext zu bewerten, auszuwählen und aufzubewahren, um so das Provenienzprinzip zu bewahren und die ursprünglichen Zusammenhänge der Schriftstücke zu erhalten und zu verdeutlichen.

 - 3 Archivarinnen und Archivare haben die Authentizität der Schriftstücke während der Bearbeitung, Aufbewahrung und Benutzung zu schützen.

 - 4 Archivarinnen und Archivare haben die fortwährende Benutzbarkeit und Verständlichkeit des Archivguts sicherzustellen.

 - 5 Archivarinnen und Archivare haben Aufzeichnungen über ihre Bearbeitung von Archivgut zu führen und müssen in der Lage sein, diese zu begründen.

 - 6 Archivarinnen und Archivare haben sich für die weitest mögliche Benutzung von Archivalien einzusetzen und eine unparteiische Dienstleistung gegenüber allen Benutzern zu gewährleisten.

 - 7 Archivarinnen und Archivare haben sowohl die Zugänglichkeit als auch den Datenschutz ihrer Unterlagen zu respektieren und dabei im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung zu handeln.

 - 8 Archivarinnen und Archivare haben das spezielle Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird, im Interesse der Allgemeinheit zu gebrauchen und alles zu unterlassen, ihre Stellung zum ungerechten Vorteil für sich oder andere zu nutzen.

 - 9 Archivarinnen und Archivare haben stets die Entwicklung ihres beruflichen Könnens durch systematische und ständige Fort- und Weiterbildung ihrer Berufskennnisse zu verfolgen und die Ergebnisse ihrer Forschungen und Erfahrungen mit anderen zu teilen.

 - 10 Archivarinnen und Archivare haben die Erhaltung und Benutzung der dokumentarischen Überlieferung der Welt in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen ihres Faches und anderer Berufe nachhaltig zu fördern.
-

WELTWEITE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG ÜBER ARCHIVE⁶

Archive dokumentieren und bewahren Entscheidungen, Handlungen und Erinnerungen. Archive stellen ein einzigartiges, unersetzliches kulturelles Erbe dar, das von Generation zu Generation weitergegeben wird. Archivgut wird von seiner Entstehung an so verwaltet, dass sein Wert und seine Aussagekraft erhalten bleiben. Als zuverlässige Informationsquelle stärkt Archivgut rechenschaftsfähiges und transparentes Verwaltungshandeln. Die Archive spielen eine wesentliche Rolle für die gesellschaftliche Entwicklung, da sie das individuelle und kollektive Gedächtnis sichern und unterstützen. Der freie Zugang zu Archiven bereichert unser Wissen über die menschliche Gesellschaft, fördert Demokratie, schützt Bürgerrechte und verbessert Lebensqualität.

Aus diesen Überlegungen heraus bekennen wir uns zu:

■ **dem einzigartigen Charakter** von Archivgut als zuverlässiger Dokumentation administrativen, kulturellen und intellektuellen Handelns und Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen;

■ **der Unersetzlichkeit** von aktuellem und archiviertem Schriftgut für die effektive Abwicklung geschäftlicher Vorgänge, für Rechenschaftsfähigkeit und Transparenz, für den Schutz der Bürgerrechte, die Konstituierung des individuellen und kollektiven Gedächtnisses, die Erforschung der Vergangenheit und die Dokumentation der Gegenwart im Hinblick auf zukünftiges Handeln;

■ **der Vielfalt der Archive**, die jede Form menschlicher Betätigung nachvollziehbar macht;

■ **der Vielfalt der Archivaliengattungen** in den Archiven, zu denen Dokumente in Papierform, in digitalem oder audiovisuellem Format oder in anderer Form zählen;

■ **der Rolle der Archivarinnen und Archivare**, die als erfahrene Fachleute mit einschlägiger Ausbildung und kontinuierlicher Fortbildung ihrer Gesellschaft dienen, indem sie bei der Aktenentstehung beraten und Akten bewerten, aufbewahren und der Nutzung zugänglich machen;

■ **der kollektiven Verantwortung aller** – der Bürger*innen, der öffentlichen Verwaltungen und Entscheidungsträger*innen, der öffentlichen oder privaten Archivträger*innen, der Archivar*innen und der Fachkräfte für Information bzw. Informationsdienstleister*innen – für die Verwaltung und Führung von Archiven.

Daher verpflichten wir uns zur Zusammenarbeit, damit:

■ angemessene nationale Richtlinien und Gesetze zum Archivwesen verabschiedet und umgesetzt werden;

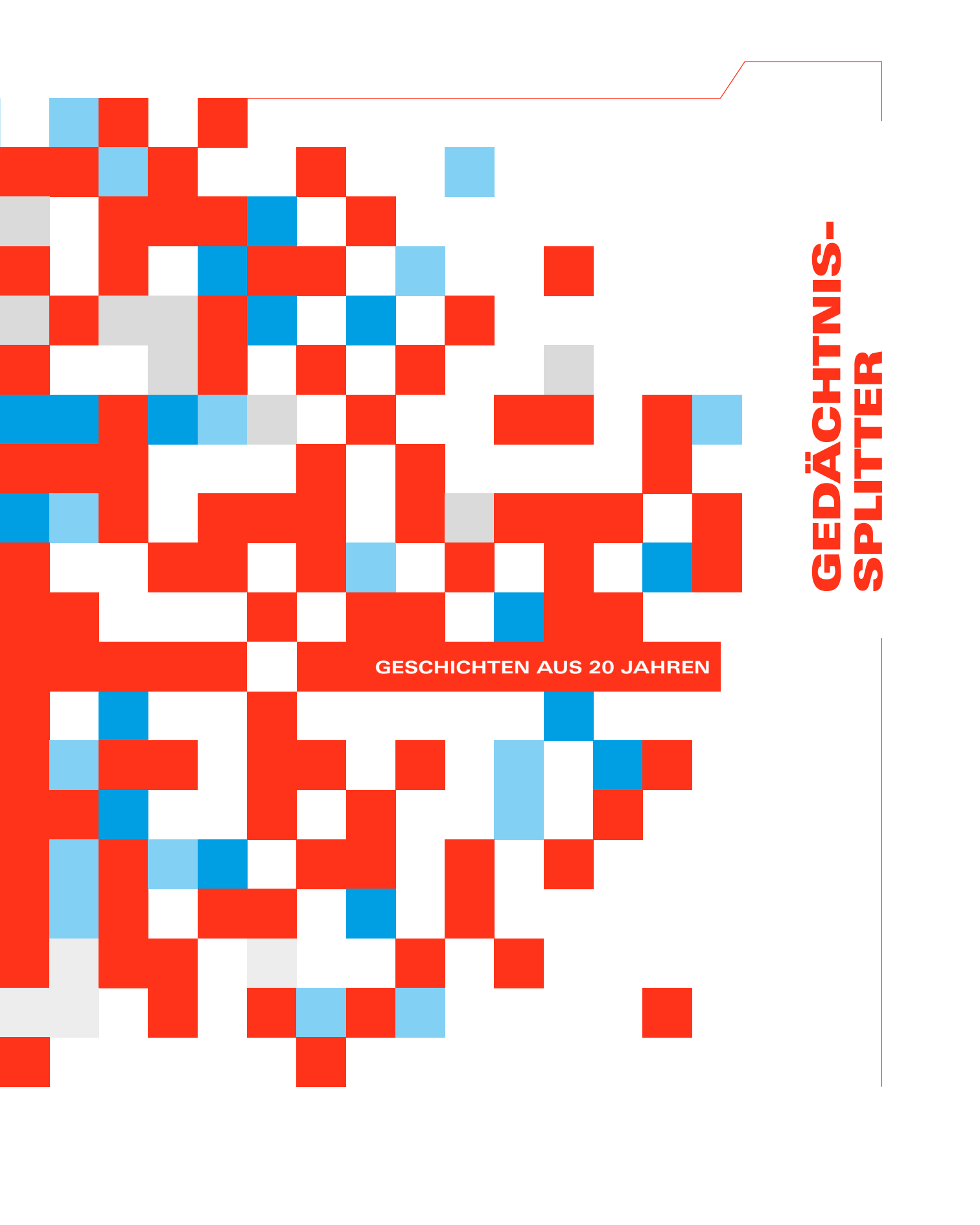
■ die Verwaltung von Archivgut aller privaten und öffentlichen Einrichtungen, die bei der Erledigung ihrer Aufgaben Archive anlegen und nutzen, ihrem Wert entsprechend geschätzt und fachlich kompetent durchgeführt wird;

■ die erforderlichen Ressourcen für eine angemessene Verwaltung der Archive, inklusive qualifizierten Personals, bereitgestellt werden;

■ Archivgut so verwaltet und erhalten wird, dass seine Authentizität, Vertrauenswürdigkeit, Integrität und Nutzbarkeit gesichert ist;

■ Archivgut für jedermann zugänglich ist – unter Beachtung der entsprechenden Gesetze sowie der Rechte von Einzelpersonen, Urhebern/Urheberinnen, Eigentümern/Eigentümerinnen und Nutzern/Nutzerinnen von Archivgut; Archive dazu beitragen, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein zu fördern.

1 Blue Shield International ist eine internationale und UNESCO-affilierte Organisation mit Sitz in Den Haag für den Schutz von Kulturgut vor den Auswirkungen von Kriegen, bewaffneten Konflikten und Katastrophen. **2** <https://www.ica.org/en/deutsch> **3** 1994: ISAD(G), unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/ISAD\(G\)](https://de.wikipedia.org/wiki/ISAD(G)); 1996: ISAAR(CPF), unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/ISAAR\(CPF\)](https://de.wikipedia.org/wiki/ISAAR(CPF)); 2008: ISDF und ISDIAH, unter: https://vsa-aas.ch/wp-content/uploads/2015/06/Normenkatalog_Version1-3_201312.pdf bzw. https://vsa-aas.ch/wp-content/uploads/2015/06/ISDIAH_-_Internationaler_Standard_fuer_die_Verzeichnung_von_Archivinstitutionen.pdf; sowie 2016: RiC (Records in Content), unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Records_in_Contexts **4** Im Frühling 2010 beauftragte das «Komitee «Best Practices» und Standards» des ICA eine Gruppe von Archivarinnen und Archivare mit der Ausarbeitung eines Dokuments über bewährte Verfahren des öffentlichen Zugangs zu behördlichen wie auch zu nichtbehördlichen Archiven. Daraus entstanden die «Grundsätze des Zugangs zu Archiven», die von der Jahresversammlung des ICA am 24. August 2012 angenommen wurden; siehe www.ica.org/sites/default/files/ICA_Access-principles_DE.pdf. **5** Kodex ethischer Grundsätze für Archivarinnen und Archivare, angenommen von der Generalversammlung des Internationalen Archivkongresses am 6. September 1996 in Peking 1996, Stand: Januar 1997, unter: www.ica.org/sites/default/files/ICA_1996-09-06_code%20of%20ethics_DE.pdf. **6** Weltweite allgemeine Erklärung über Archive, angenommen auf der 36. Sitzung der Generalkonferenz der UNESCO am 10. November 2011, unter: www.ica.org/sites/default/files/UDA_Sept%202013_press_GE.pdf.



GEDÄCHTNIS- SPLITTER

GESCHICHTEN AUS 20 JAHREN

AKTEN AUF FREMDEN REGALEN?

An einem sonnigen Dienstag – es war der 22. Juni 1999 – reisten Evelin Wittich als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und ich als Vorstandsmitglied, das sich um Archivfragen kümmern sollte, nach Bonn, um mit der Bundestagsverwaltung und dem Parlamentsarchiv über Finanzfragen zu verhandeln. Es ging um die Verwendung der der RLS zustehenden Mittel aus dem sogenannten Bundestagsprojekt «Aufbereitung und Erhaltung zeitgeschichtlich bedeutsamer Archivalien» von deutschen Parlamentariern, in dessen Rahmen das Schriftgut der PDS-Abgeordneten aus der letzten DDR-Volkskammer und aus den vergangenen beiden Wahlperioden im Bundestag erschlossen werden sollte. Die Frage des Einsatzes des Personalkostenanteils der Projektmittel war schnell geklärt. Hinsicht-

lich des Sachkostenanteils entspann sich dagegen ein Disput zwischen dem zuständigen Referenten der Bundestagsverwaltung und dem Leiter des Parlamentsarchivs. Der Referent der Bundestagsverwaltung – darauf bedacht, den Haushaltsposten möglichst weitgehend auszuschöpfen – vertrat die Auffassung, dass auch die Archivregale des ADS aus dem Sachkostenanteil bezahlt werden könnten. «Nein», sagte der Leiter des Parlamentsarchivs, «die Regale sind immer aus den Globalmitteln der Stiftungen finanziert worden.» «Aber», so der Referent der Bundestagsverwaltung, «dann stehen doch Ihre Akten auf den Regalen des Innenministeriums.» «Das macht nichts», lautete die lakonische Antwort. Und so wurden die Regale (und später auch die Fahrregalanlage des Magazins) aus den Globalmitteln der RLS bezahlt.

**CHRISTINE
GOHSMANN**

ARCHIVARBEIT IN SÜDAFRIKA

«The role of archive in reconciliation, development and identity politics is central, not only in addressing the past, but also in imagining and facilitating the future.»¹

Diese Bewertung der Bedeutung von Archiven gilt nicht nur im Kontext Südafrikas, sondern für Archive weltweit.

Die Archivleitung wurde über die Jahre wiederholt um Fachgutachten für Archivprojekte im In- und Ausland gebeten. Dieser Bitte kamen wir gern nach. Im Jahr 2003 eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. ihr erstes Auslandsbüro in Johannesburg/Südafrika. Bereits in der Vorbereitungsphase der Büroeröffnung begann das für die Auslandsarbeit der Stiftung zuständige Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit mit der Förderung von Bildungsprojekten im südlichen Afrika. Zu den ersten Projektpartnern zählten das Khanya College in Johannesburg und der Labour Research Service in Kapstadt, später kamen beispielsweise das South African History Archive und das Archiv des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU dazu. Zur Förderung von Kommunikation, Zusammenarbeit und Vernetzung von Aktivist*innen im Gewerkschaftsbereich wurde im Jahre 2001 mit dem Khanya College und dem Labour Research Service das «South African Labour History Project» gestartet. Das von 2001 bis 2006 geförderte Projekt diente dem Aufbau eines Online-Archivs der südafrikanischen Arbeiterbewegung im Zeitraum von 1966 bis 1979. 2002 wurde das Projekt in das Regionalprojekt «Gesellschaftspolitische Maßnahmen im südlichen Afrika» der Rosa-Luxemburg-Stiftung integriert.

Die Fachgutachtertätigkeit begann in diesem Falle bereits vor dem Projektstart. Abgesandte des Projektes kamen nach Berlin. Unsere Aufgabe bestand darin, ihnen Einblick in unsere Arbeit zu gewähren und den Besuch und den Erfahrungsaustausch in kulturellen Einrichtungen mit Online-Auftritten zu organisieren. Nach dem Projektstart in Kapstadt und Johannesburg wurde das Projekt fachlich begleitet und vor Ort der Projektverlauf und die Ergebnisse evaluiert. Dabei zeigte sich, dass sich die Marketinginstrumente für ein solches Projekt in Europa und in Afrika durchaus voneinander unterscheiden. In Afrika haben etwa Radioprogramme noch immer einen hohen Verbreitungsgrad, sodass Interviews und Features genutzt wurden, um das Anliegen des Projektes in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und um für die Ergänzung der Archivbestände zu werben. Da der Zugang zum Internet nicht überall gewährleistet war, hatten auch CDs über herausragende Ereignisse der Arbeiterbewegung wie Massenstreiks ihre Berechtigung für die Verbreitung des aus den Archivalien gewonnenen Wissens.

Durch die Beschäftigung mit der Archivalandschaft Südafrikas und die Fachgutachtertätigkeit für mehrere Archivprojekte entstanden Kontakte zu Berufskolleg*innen, die zu Workshops, Diskussionsrunden und Konferenzen einluden. Tagungen, wie die 2006 vom Regionalbüro für das südliche Afrika in Kooperation mit einem Projektpartner unter dem Titel «Memory, Heritage and The Public Interest» organisierte, mündeten in ein spezielles Forschungsinteresse und eine erweiterte Sicht auf die Bedeutung von Archiven.

¹ Hamilton, Carolyn/Mangcu, Xolela: Freedom. Public Deliberation and the Archive, hrsg. vom Public Intellectual Life Project of the Nelson Mandela Foundation, o.O. 2006, S. 2.

NUR SO EIN «DÜNNES HEFTCHEN»

Unser erstes Findbuch, das wir zum Bestand «PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (März bis Oktober 1990)» erarbeitet hatten, ließen wir in einer kleinen Auflage von 100 Exemplaren drucken und in einer Broschüre im Format A5 heften. Nachdem wir Findbuch, Sachbericht und Verwendungsnachweis für die ausgereichten Finanzmittel Ende März 2000 fristgerecht an die Bundestagsverwaltung gesandt hatten, rief ich im April 2000 Frau Handke-Leptien, die Leiterin des Haushaltsreferates in der Verwaltung des Deutschen Bundestages, an, um mich zu erkundigen, ob alles angekommen sei. «Ja», sagte Frau Handke-Leptien. Das Findbuch sei ja nur so ein «dünnes Heftchen», um dann beruhigend nachzuschieben: «Sie hatten ja auch nur ein Vierteljahr Zeit.» Aha, sagte ich mir, die Leiterin des Haushaltsreferates wollte offensichtlich für das von ihr ausgereichte Geld Handfesteres sehen.

Christine Gohsmann hat dann im Frühjahr 2000 den Weg unseres jungen Parteiarchivs in die Archivlandschaft geebnet und die ent-

sprechenden Kontakte geknüpft. Zusammen haben wir im Mai 2000 das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn und das Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) in Bornheim-Widdig besucht – Kontakte und Erfahrungen, die uns dann bei der Bewältigung des sogenannten Bundestagsprojektes sehr zugutekamen, denn schließlich haben wir von diesem Projekt gelebt. Bei der Gelegenheit dieser Besuche haben wir uns die dort für die Bundestagsverwaltung erstellten Findbücher angesehen: Es waren jeweils dicke Bände im Format A4 mit einseitig bedruckten Seiten und großzügiger Textgestaltung, die Findbücher des AdsD in ziegelrotes Kunstleder gebunden, diejenigen des AGG in grünes Kunstleder gehüllt und mit silberner Schrift getitelt. Als Schlussfolgerung aus diesen Archivbesuchen haben wir künftig die Findbücher des ADS für die Bundestagsverwaltung ebenfalls im Format A4 erstellt und die Blätter einseitig bedruckt, aber zur Unterscheidung unser Produkt in dunkelrotes Kunstleder gebunden und den Titel mit schwarzer Schrift ausgeführt.


 A red line graphic consisting of a horizontal line that starts from the left margin, extends across the top of the page, and then turns downwards at a 45-degree angle towards the left margin.
 **CHRISTINE
GOHSMANN**

«ES IST DOCH ALLES ONLINE!» – ALS WANDERPREDIGER*INNEN IN BRÜSSEL

Im November 2013 ergab sich am Rande der Jahrestagung des Internationalen Archivrates in Brüssel die Gelegenheit, sowohl das Regionalbüro Europäische Union der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel kennenzulernen als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Delegation der Linken in der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament einen Besuch abzustatten. Bei dieser Gelegenheit wurde die Idee geboren, im folgenden Jahr einen Workshop für die Abgeordneten und ihre Büros anzubieten.

Es brauchte einige Ausdauer, unzählige Mails und Telefonate, bis schließlich ein Termin für den Workshop im Mai 2014 in Brüssel vereinbart war. Zu zweit machten wir uns auf den Weg ins Europäische Parlament und präsentierten unsere Arbeit. Ausgehend von dem damaligen Stand eines nur geringen Bestandes an Unterlagen aus der Arbeit der Delegation der Linken in der GUE/NGL-Fraktion in unserem Archiv, bemühten wir uns darum, unser Anliegen einer möglichst breiten Überlieferung aus der Arbeit der Fraktion zu verdeutlichen und zugleich auf die Angebote und Serviceleistungen des Archivs hinzuweisen. Nachdem wir zahlreiche Rückfragen beantwortet hatten, folgten wir der Einladung in mehrere Abgeordnetenbüros.

Der Aufenthalt in den Büros bot eine gute Gelegenheit, die Arbeitsweise der Abgeordneten und ihre sehr unterschiedlich ausgeprägte Neigung zur analogen oder digitalen Speicherung der Ergebnisse ihrer Arbeit kennenzulernen. Durch den überwiegend elektronischen Austausch über die Themen der zu erarbeitenden Papiere waren häufig «nur» noch die Papiere in der Endfassung auf der Website verfügbar. Bearbeitungsstufen und Zuarbeiten wurden getreu dem Slogan «Es ist doch alles online!» kaum noch in den elektronischen Ablagen gespeichert. Auch ein Gespräch mit der Verantwortlichen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Delegation war arrangiert worden und wir konnten in der Folgezeit unsere Bestände ergänzen. Zu den getroffenen Absprachen zählte, dass künftig das in Berlin am Franz-Mehring-Platz 1 beheimatete Marketing- und Kommunikationsunternehmen Media-Service GmbH alle für Brüssel produzierten Werbemittel in einem Exemplar an das Archiv Demokratischer Sozialismus zwecks Archivierung abgeben sollte.

Nach Berlin zurückgekehrt, berichteten wir über den Workshop und die Besonderheiten dieses Bestandes. Der Workshop hatte uns ein weiteres Mal davon überzeugt, dass es vor allem persönliche Kontakte sind, die das nötige Vertrauen herstellen, um dem Archiv die Überlieferungen anzuvertrauen.



DIE HERBSTTREFFEN

Zur Abgabe an das Archiv Demokratischer Sozialismus verpflichtende Gesetze oder Festlegungen existierten nicht, also mussten wir uns selbst um den Zuwachs an archivwürdigen Unterlagen kümmern. Als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs Demokratischer Sozialismus haben wir uns immer als Mittler zwischen den Akten«produzenten» und den potenziellen Nutzer*innen der Überlieferungen begriffen. Wir sahen uns in der Verantwortung bei der Beratung der Aktenbildner*innen im Prozess der Aktenentstehung sowie bei der Sicherung und Übernahme, Bewertung, Aufbewahrung und Nutzbarmachung der Unterlagen.

Um die erforderlichen Kontakte zu den Archivverantwortlichen herzustellen, luden wir ab dem Jahr 2000 jährlich zu Herbsttreffen der Archivverantwortlichen des Archivs beim Parteivorstand der PDS, der Landesverbände der PDS, der der PDS nahestehenden Landesstiftungen und Vereine sowie der Bundestagsgruppe/-fraktion der PDS bzw. nachfolgend der Partei DIE LINKE ein.

Beginnend mit einem Treffen in Berlin, auf dem die Arbeit des Archivs Demokratischer Sozialismus einschließlich der Räumlich-

keiten und der Archiv-Software vorgestellt wurden, führten uns die Herbsttreffen späterer Jahre zur Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, ins Archiv beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE in Berlin, zu Landtagsfraktionen der Partei DIE LINKE, in Landesgeschäftsstellen der Rosa-Luxemburg-Stiftungen in verschiedenen Bundesländern oder auch in die Clara-Zetkin-Gedenkstätte nach Birkenwerder und in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde.

Ziel der Herbsttreffen der Archivverantwortlichen war die gegenseitige Information über die jeweils betreuten Bestände, die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeiten der Benutzung des Schriftgutes vor Ort. Der jeweilige Ort des Treffens bzw. die gastgebende Einrichtung wurde in die inhaltliche Gestaltung des Treffens einbezogen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernten so verschiedene Landtagsbibliotheken kennen, erhielten beispielsweise eine Führung durch das Schloss in Schwerin als Sitz des Landtages oder informierten sich über die Arbeit der Landesstiftungen. Der Erfahrungsaustausch unter den Archivverantwortlichen stützte sich auf die Berichte aus


**JOCHEN
WEICHOLD**

IM KONTRAST ZU DEN ARCHIVEN DES KÖNIGS SALOMO

Von alters her assoziiert die Öffentlichkeit ein Archiv mit Staub. Der Schriftsteller Stefan Heym schildert in seinem «König David Bericht» den chaotischen Zustand der königlichen Archive, die in einem Stall lagerten, den man für die Pferde des Königs Salomo erbaut hatte. In diesen Archiven, in denen sich Haufen von mit Staub und Spinnweben bedeckten Tontäfelchen stapelten und zahllose lederne Schriftrollen in schrecklichem Durcheinander lagen, suchte man nach den Ablagen Serajas, des Schreibers des Königs David, und das – wie nicht anders zu erwarten war – zunächst vergeblich.

Ganz anders stand es um das Schriftgut, das zwei Mitarbeiter der im Aufbau befindlichen Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juli 1999 aus der Informations- und Dokumentationsstelle der PDS-Fraktion im Bundestag übernahmen. Die Unterlagen der PDS-Fraktion in der letzten Volkskammer der DDR 1990 und diejenigen der PDS im Bundestag aus der 12. und 13. Wahlperiode des Parlaments waren übersichtlich in Leitz-Ordnen abgelegt und staubfrei in Wandschränken im Bundeshaus (Bonn-Center) über die Jahre aufbewahrt worden. Mit dieser Akten-Übernahme wurde der materielle Grundstein für das Archiv Demokratischer Sozialismus gelegt. Am Ende des Jahres 1999 zählten wir ganze 28,1 laufende Meter Archivgut.

**CHRISTINE
GOHSMANN**

der Praxis und wurde durch Fachbeiträge ergänzt. Im Laufe der Jahre spielte immer wieder aus verschiedenen Sichtwinkeln die Arbeit am Bestand des Landesverbandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern (1989 bis 2007) eine Rolle, bis schließlich beim Herbsttreffen 2016 in Schwerin den anwesenden Protagonist*innen der Parteienentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern das Findbuch vorgelegt und von ihnen auf Übersichtlichkeit und Aussagekraft geprüft werden konnte. Die Resonanz war durchweg positiv!

Die Herbsttreffen 2014 im Käte-Dunker-Saal der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Erfurt und 2016 in der Fraktionsgeschäftsstelle der in Schwerin standen ganz im Zeichen der kurz zuvor stattgefundenen Landtagswahlen. Eine erste Analyse des jeweiligen Wahlergebnisses bzw. ein Bericht zum Stand der Koalitionsverhandlungen in Thüringen gaben den Treffen einen sehr aktuellen Rahmen.

Höhepunkt des Herbsttreffens 2010 war die physische Übergabe einer Festplatte mit Datenbeständen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag aus der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages an den Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus.

**JOCHEN
WEICHOLD**

KRIMINALISTISCHE KLEINARBEIT

Im Jahr 2001 hatten wir eine moderne Fahrregalanlage in unser Magazin im Bürogebäude Franz-Mehring-Platz 1 einbauen lassen, zunächst einen ersten Bauabschnitt, und dann im ersten Halbjahr 2002 den zweiten Bauabschnitt. Wir hatten damit gerechnet, dass wir damit genügend Platz haben würden, um für vier, fünf Jahre neu dazukommendes Archivgut fach- und sachgerecht unterbringen zu können.

Doch dann flog die PDS bei der Bundestagswahl im Herbst 2002 aus dem Bundestag. Und Ende Oktober 2002 standen zwei Möbelwagen vor dem Haus und luden Unmengen von Umzugskartons mit Akten ab. Sie füllten das gesamte Foyer, und wir brauchten mehrere Wochen, um zunächst die Umzugskartons und dann die Aktenordner zum Teil in kriminalistischer Kleinarbeit den Abgeordneten zuzuordnen und dann die Überlieferung in sich zu ordnen.

Vor allem aber war nunmehr unser Magazin mit der neuen Fahrregalanlage bis zur Halskrause gefüllt. Für weitere Überlieferungen nahmen wir das Angebot des Kirchlichen Zentralarchivs Berlin an und mieteten in dem neu geschaffenen Archivzweckbau am Bethaniendamm zusätzliche Regalmeter an. Seitdem verteilt sich unser Archivgut auf zwei Standorte.

«ARCHIVE RECHNEN SICH NICHT – ABER SIE ZAHLEN SICH AUS!»¹

Der Nutzen eines Archivs für eine Organisation erschließt sich nicht immer sofort, da die Geschichte der Organisation nicht bereits mit ihrer Entstehung im Fokus der Arbeit steht. So wurden die Archivarinnen und Archivare nicht müde, im eigenen Haus ihre Arbeit zu erklären, Führungen durch die Magazine anzubieten oder Hilfestellung bei der Erarbeitung von Aktenplänen zu geben sowie Standards für die Übergabe von Unterlagen an das Archiv zu entwickeln.

Die Bereiche ihrerseits kamen zu bestimmten Anlässen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs zu, etwa wenn Aktenordner älteren Datums bei den wiederkehrenden Umzügen innerhalb des Hauses im Weg waren, die Arbeit der verschiedenen Bereiche bei den Tagungen der Auslandsmitarbeiter*innen auf dem Markt der Möglichkeiten präsentiert oder das Einführungsseminar des Studienwerks geplant wurde. Im April und Oktober jedes Jahres werden die neu in die Förderung aufgenommenen Stipendiat*innen begrüßt. Dazu sind sie in der Regel an zwei Tagen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Gast und lernen die Stiftung mit ihren verschiedenen Bereichen und

**CHRISTINE
GOHSMANN**

deren Angeboten kennen. Archiv und Bibliothek haben sich gemeinsam als Bereich präsentiert. Dazu gehörten die Führungen durch das gemeinsame Hauptmagazin und die speziell auf Archiv bzw. Bibliothek bezogene Information über die Bestände und ihre Nutzungsmöglichkeiten. Stets kamen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern interessierte Rückfragen. Häufig wurde natürlich auch die Frage gestellt, ob sich im Archiv auch der schriftliche Nachlass von Rosa Luxemburg befände. Dies mussten wir verneinen, konnten aber immerhin auf den umfangreichen Bibliotheksbestand an Literatur von und über Rosa Luxemburg im Hause hinweisen.

Ergänzend zu den Führungen wurde über mehrere Jahre auch ein Workshop in zwei Gruppen unter Nutzung von Archivalien (in Kopie) angeboten. Aus dem Bestand des Abgeordneten der Volkskammer Jürgen Demloff und der Bundestagsabgeordneten Christa Luft wurden sehr aussagekräftige Dokumente zu ihrem Leben und Wirken sowie einige ihrer Publikationen ausgewählt und ergänzend entsprechende Videos von Auftritten in der Volkskammer bzw. dem

Deutschen Bundestag gezeigt, deren Inhalt die Stipendiat*innen auswerteten und sich im Anschluss gegenseitig präsentierten. So wurde erlebbar, wie aussagekräftig die Unterlagen sind, und ein Einblick in die Arbeit der Archivarinnen und Archivare gegeben. Im Laufe der Förderung kamen einige Stipendiat*innen auf die Angebote von Archiv und Bibliothek zurück.

Für das Studienwerk war der schnelle Zugriff auf die Unterlagen der Stipendiat*innen ebenso wichtig, wie für die Projektförderung der auf die Akten mit den Zu- oder Absagen zu Projektanträgen. Das von den Archivarinnen und Archivaren verwendete Formular «Ablieferungsverzeichnis» hatten nicht alle Mitarbeiter*innen sofort ins Herz geschlossen, aber sie haben sich über die Jahre an dessen Verwendung gewöhnt. Recherchen zur Vorbereitung von Stiftungsjubiläen verdeutlichen, wie aussagefähig die Ablage zur Geschichte der eigenen Organisation tatsächlich ist.

¹ Zit. nach: Tiemann, Katharina: in: Der Archivar, 3/2005, S. 196.

KURZFRISTIG ANGEMELDETER BESUCH

Für den 15. November 2001 meldete sich kurzfristig Frau Nelles, im Parlamentsarchiv für die Realisierung des Bundestagsprojektes zuständig, zu einer Visitation unseres Archivs an. Unsere Kollegin Christine Gohsmann, zu dem Zeitpunkt die einzige Archivarin mit einer einschlägigen Fachhochschulausbildung in unserem kleinen Bereich Archiv und Bibliothek, wäre bei diesem Anlass sicher sehr hilfreich gewesen. Doch sie war zur fraglichen Zeit durch Lehrverpflichtungen an der Fachhochschule Potsdam gebunden und konnte leider nicht zugegen sein. «Da war guter Rath teuer», wie es im Märchen heißt. Unser Bibliothekar Uwe Michel und ich entfernten nicht nur einige störende Umzugskartons aus dem Magazin, sondern besorgten Kaffee, Gebäck und Mineralwasser, um zunächst beim Small Talk mit Frau Nelles eine angenehme Atmosphäre zu schaffen. Dann führten wir unsere Software AUGIAS-

Archiv vor, die wir als einziges Parteiarchiv der im Bundestag vertretenen Parteien nutzten. (Alle anderen Parteiarchive arbeiteten damals mit der Archiv-Software FAUST). Schließlich präsentierten wir stichprobenartig erschlossenes Archivgut des Bundestagsprojektes im Magazin. Wir konnten Frau Nelles durch Augenschein davon überzeugen, dass die in den Sachberichten für die vergangenen Jahre verkündeten Arbeiten – Entfernung sämtlicher Metallteile, Foliierung der Blätter der Verzeichnungseinheiten und ihre Umlagerung aus den Ordnern in säurefreie Archivmappen und Archivgutbehälter sowie Aufbringen der aktuellen Signaturen auf die Mappen und Behälter – auch wirklich erledigt worden waren. Zudem konnte Frau Nelles konstatieren, dass das Archivgut ordnungsgemäß gelagert wurde. Damit war eine wichtige Hürde für die weitere Finanzierung des ADS genommen.

Dr. Dietmar Bartsch, geboren 1958 in Stralsund, ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war lange Jahre Schatzmeister und Bundesgeschäftsführer der PDS, später der Linkspartei.PDS bzw. der Partei DIE LINKE. Seit Oktober 2015 ist er Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Friedrich Burschel, Jahrgang 1965, ist Historiker und Politologe und arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit. Er begleitete als Mitarbeiter von NSU-Watch und Korrespondent von Radio LOTTE Weimar den Münchener NSU-Prozess. Darüber hinaus schreibt er als Autor für den antifra* blog.

Peter Delis, Jahrgang 1951, war nach dem BWL-Studium bis 1990 hauptamtlicher Mitarbeiter der Deutschen Friedens-Union. Mitte der 1980er Jahre wurde er erst Landesgeschäftsführer in Rheinland-Pfalz und Saarland, später in Hessen. Von 2008 bis 2014 war er als Referent für Bündnisarbeit der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag tätig. Ehrenamtlich engagiert er sich bei der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Prof. Dr. Alex Demirović, Sozialwissenschaftler, apl. Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, ist Senior Fellow der RLS, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der RLS und zurzeit dessen Vorsitzender, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac und vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Letzte Buchveröffentlichungen: «Wirtschaftsdemokratie neu denken» (hrsg. zusammen mit Susanne Lettow und Andrea Maihofer, 2018); «Emanzipation» (2019)

Dr. Dagmar Enkelmann, Jahrgang 1956, ist Diplomhistorikerin und seit 2012 Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In der Zeit der politischen Wende beteiligte sie sich in Bernau aktiv an der Arbeit des Runden Tisches und wurde im März 1990 in die Volkskammer der DDR gewählt. Für die PDS bzw. die Partei DIE LINKE gehörte sie mehrere Legislaturperioden dem Deutschen Bundestag bzw. dem Brandenburger Landtag an. Von 2005 bis 2013 war sie Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Bärbel Förster Jahrgang 1959, hat Geschichte und Archivwissenschaft in Leipzig und Berlin studiert. Sie arbeitete von 1984 bis 1994 im Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden und war danach in Bern und Zürich in Führungs- und Projektleitungsfunktionen im Schweizerischen Bundesarchiv (seit 1995) und im Schweizerischen Tanzarchiv (2008) sowie im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (seit 2009) und im Staatssekretariat für Wirtschaft (seit 2015) im Bereich elektronische Geschäftsverwaltung und Archivierung tätig. Von 1999 bis 2008 war sie Lehrbeauftragte für Informationswissenschaft in Chur, Zürich sowie an der Universität Bern/Lausanne. Seit dem 1. März 2019 ist sie Leiterin des Archivs der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wolfgang Gehrcke, Jahrgang 1943, ist Politiker, er hat auch als Verwaltungsangestellter und Journalist gearbeitet. Von 1998 bis 2002 und von 2005 bis 2017 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. 1961 trat er in die KPD ein, war 1968 Mitbegründer der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und Mitinitiator der

Ostermarsch- und der neuen Friedensbewegung. 1968 war er Gründungsmitglied der DKP und von 1973 bis 1989 im Parteivorstand. 1990 hat er die PDS im Westen mitgegründet und war von 1991 bis 1993 Bundesgeschäftsführer der PDS, 1993 bis 1998 ihr stellvertretender Bundesvorsitzender. Er ist Gründungsmitglied der Europäischen Linkspartei.

Dr. Margret Geitner, geboren 1963, ist Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE der Hamburgischen Bürgerschaft, Politikwissenschaftlerin, ehemalige Referentin für Außenpolitik der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist seit vielen Jahren aktiv in verschiedenen internationalistischen und antirassistischen Gruppen (u.a. kein mensch ist illegal, Welcome to Europe, w2e).

Claudia Gohde, Jahrgang 1958, ist Leiterin der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Sie studierte in Göttingen Theologie, Volkskunde und Deutsche Philologie und betreute als Mediatorin und Organisationsberaterin die Organisationsentwicklung der Linkspartei sowie den Fusionsprozess mit der WASG. Sie war von 1991 bis 1997 im PDS-Parteivorstand tätig und ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Christine Gohsmann, Jahrgang 1962, ist Diplom-Archivarin. Sie ist seit 1985 in Archiven in Berlin und Brandenburg tätig, seit 1999 Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und war bis 2016 stellvertretende Archivleiterin bzw. Archivleiterin. Sie ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Historischen Zentrum Demokratischer Sozialismus. 2018 machte sie einen Abschluss als Editionswissenschaftlerin (M.A.) an der Freien Universität Berlin.

Dr. Gregor Gysi, geboren 1948 in Berlin, Facharbeiter für Rinderzucht und Rechtsanwalt, ist Mitglied des Deutschen Bundestages. Er gehörte vom März bis Oktober 1990 der Volkskammer der DDR an und war Vorsitzender der PDS-Fraktion. Von Ende 1990 bis Januar 2002 war er Vorsitzender der Gruppe bzw. der Fraktion der PDS und von Oktober 2005 bis Oktober 2015 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. Im Dezember 2016 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Linken gewählt. Er ist als Rechtsanwalt und Publizist tätig.

Thomas Händel, Jahrgang 1953, ist stellvertretender Vorsitzender der RLS. Der gelernte Elektroniker studierte an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Von 1972 bis 2004 war er Mitglied der SPD, von 2005 bis 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Bundesschatzmeister der WASG, die 2007 mit der PDS zur Partei DIE LINKE fusionierte. Von 2009 bis 2019 war er Abgeordneter der Linken im Europaparlament und Vorsitzender des Beschäftigungsausschusses. Er arbeitete ab 1979 beim Vorstand der IG Metall und war von 1987 bis 2012 Geschäftsführer in der IG Metall in Fürth.

Bernd Hüttner, Jahrgang 1966, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 1999 gründete er das Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen. Er ist Mitglied der Historischen Kommission beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE, des internationalen Beirates der «ITH – Internationale Tagung der Historiker*innen der Arbeiter*innen- und anderer sozialer Bewegungen» und des Vorstands der German Labour History Association.

Urs Kälin, Jahrgang 1959, studierte Geschichte, Neuere Deutsche Literatur und Politische Theorie an der Universität Zürich und promovierte 1991 bei Rudolf Braun. Von 1992 bis 1996 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Hochschulkonferenz in Bern, seit 1996 ist er Vizedirektor des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich. Er ist Exekutivpolitiker und Gemeindepäsident von Altdorf im Kanton Uri.

Prof. Dr. Christian Koller, Jahrgang 1971, studierte Geschichte, Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Von 2007 bis 2014 war er Dozent an der Bangor University (UK), ab 2010 Fellow der Royal Historical Society und ab 2011 Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich. Seit 2014 ist er Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte von Nationalismus und Rassismus, zu historischer Semantik, Sportgeschichte, sozialen Bewegungen, industriellen Beziehungen, Gewalt- und Militärgeschichte, Geschichte interkultureller Kontakte und Erinnerungskulturen sowie ausgewählten Fragen der Informationswissenschaft.

Jan Korte, Jahrgang 1977, studierte Politikwissenschaften, Geschichte und Soziologie an der Universität Hannover. Seit 2005 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und gehört seit 2009 dem Vorstand der Fraktion DIE LINKE an, deren Erster Parlamentarischer Geschäftsführer er seit 2017 ist. 2014 wurde er in den Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewählt.

Anja Kruke leitet das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu dem auch das Geburtshaus von Karl Marx gehört, in dem seit 2018 eine neue Dauer-

ausstellung zu sehen ist. Sie ist Historikerin und publiziert zu verschiedenen Themen des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts.

Andreas Marquet leitet als Chief Digital Officer die Arbeitsstelle Digitale Transformation des Archivs der sozialen Demokratie. Als Historiker und Informationswissenschaftler liegen seine Interessenschwerpunkte in der Zeitgeschichte und der Schnittstelle zu digitalen Methoden der Forschung und Archivierung.

Uwe Michel, Jahrgang 1962, hat in Perugia (Italien) Literaturwissenschaft und Philosophie studiert. An der Freien Universität Berlin zum Bibliothekar ausgebildet, ist er seit 2001 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Bibliothek verantwortlich. Darüber hinaus betreut er die Veranstaltungsreihe «Linke Literatur im Gespräch» und arbeitet eng mit den Archivar*innen des Archivs Demokratischer Sozialismus zusammen.

Petra Pau, Jahrgang 1963, ist gebürtige Berlinerin. Sie war Mitglied der SED und trat 1990 der PDS bei, in der sie zehn Jahre lang Berliner Landesvorsitzende und um die Jahrtausendwende stellvertretende Bundesvorsitzende war. 1990 wurde sie in die Bezirksverordnetenversammlung Hellersdorf und 1995 ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Seit 1998 errang sie sechs Mal ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag, dessen Vizepräsidentin sie seit 2006 ist. Als Innenpolitikerin streitet sie für Bürgerrechte und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Bernd Riexinger, Jahrgang 1955, gelernter Bankkaufmann, war ab 1991 Gewerkschaftssekretär in der Landesbezirksleitung

Baden-Württemberg der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und später Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart und Region. Als Reaktion auf die von der Bundesregierung Gerhard Schröders erlassene Agenda 2010 wurde er Mitbegründer der WASG und war bis zu deren Vereinigung mit der PDS im Jahr 2007 Landessprecher von Baden-Württemberg. Seit 2012 ist er gemeinsam mit Katja Kipping Vorsitzender der Partei DIE LINKE und seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Dr. Albert Scharenberg, Jahrgang 1965, Historiker und Politikwissenschaftler, ist Leiter des Historischen Zentrums Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor war er Co-Direktor des New Yorker Büros der Stiftung sowie Redakteur und Gesellschafter der *Blätter für deutsche und internationale Politik*.

Dr. Jörn Schütrumpf: Jahrgang 1956, Historiker und Editor, war von 2003 bis 2017 Geschäftsführer des Karl Dietz Verlags Berlin, zurzeit ist er Leiter der «Fokusstelle Rosa Luxemburg» in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Publikationen u.a. «Freiheiten ohne Freiheit. Die Deutsche Demokratische Republik» (2010); als Herausgeber «Angelika Balabanoff: Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel» (2013); Paul Levi: «Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe» (2016–2018, bisher 4 Bände); «Rosa Luxemburg – oder: Der Preis der Freiheit» (3. überarb. u. erg. Aufl. 2018).

Dr. Andrey K. Sorokin, Jahrgang 1950, ist Historiker. 1991 gründete er den Verlag Rosspen (Russische politische Enzyklopädie). 2008 rief er das Projekt «Geschichte des Stalinismus» ins Leben, eine Samm-

lung einschlägiger Veröffentlichungen in 100 Bänden. Er ist Mitglied des Akademischen Rates des föderalen Archivdienstes Russlands und Direktor des Russischen Staatsarchivs für Soziale und Politische Geschichte (RGASPI).

Andreas Steigmeier, Jahrgang 1962, ist Historiker, Archivar und Betriebswirtschaftler. Er gründete mit Tobias Wildi 2003 die Docuteam GmbH in Baden (Schweiz) und ist deren Co-Geschäftsführer. Docuteam erbringt mit knapp 40 Beschäftigten Archivdienstleistungen und berät Organisationen aller Art zum Lebenszyklus ihrer Geschäftsunterlagen. Zuvor war Andreas Steigmeier während längerer Zeit freiberuflicher Historiker sowie Gründer und Partner eines Sachbuchverlags im Bereich Geschichte.

Tom Strohschneider ist gelernter Historiker und arbeitet seit vielen Jahren als Journalist. Er war unter anderem Chefredakteur der Tageszeitung *neues deutschland*. Zuletzt erschien von ihm (als Herausgeber) «Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden» (2019).

Marga Voigt, Jahrgang 1953, ist Slawistin und Bibliothekarin. Bis 1990 war sie Bibliotheksleiterin im Zentralen Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Berlin. Seit 2001 ist sie freiberuflich mit Redaktions-, Lektorats- und eigenen Projekten der politischen Bildung im Stiftungsverbund der RLS tätig. Sie ist Mitglied im Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und im Förderverein der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder. Sie ist Herausgeberin der dreibändigen Ausgabe der «Kriegsbriefe» von Clara Zetkin (Bd. 1: 2016).

Dr. Sahra Wagenknecht, Jahrgang 1969, hat Philosophie und Neuere Deutsche Literatur studiert, ist promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin und Autorin. Von 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments. Seit 2009 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2015 bis 2019 war sie Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Von 1991 bis 1995 und von 2000 bis 2014 war sie Mitglied des Parteivorstandes der PDS bzw. der Linkspartei.PDS und der Partei DIE LINKE.

Dr. Jochen Weichold, Jahrgang 1948, studierte Geschichte und Germanistik und war anschließend viele Jahre als Politikwissenschaftler tätig. Von 1999 bis 2013 war er Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Heute befasst er sich vor allem mit der Entwicklung grüner Parteien und mit europapolitischen Fragen.

Dr. Florian Weis, geboren 1967 in Hamburg, ist Historiker und hat zur britischen Labour Party während des Zweiten Weltkriegs promoviert. Seit 1999 ist er Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und seit 2008 ihr Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Dr. Tobias Wildi, Jahrgang 1973, ist Historiker, Informatiker und Archivar. 2003 war er Gründer und ist seither Co-Geschäftsführer der Docuteam GmbH. Docuteam betreibt unter anderem digitale Langzeitarchive und entwickelt hierfür Open-Source-Software, die in Deutschland, Frankreich und der Schweiz genutzt wird. 2016 wählte der Schweizerische Bundesrat Tobias Wildi zum Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für Kulturgüterschutz. In dieser Funktion ist er mit dem Aufbau eines nationalen Bergungsorts für digitale Kulturgüter befasst. Er gehört der Expert Group on Archival Description des Internationalen Archivrats an.

Dr. Evelin Wittich, Jahrgang 1950, war von 1990 bis 2003 Mitglied des «Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa-Luxemburg-Stiftung» (bis 1999 Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.), von 2003 bis 2008 alleiniges Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, von 2008 bis 2015 Direktorin der Akademie für Politische Bildung sowie 2015/16 Leiterin der «Fokusstelle Rosa Luxemburg». Zuvor war sie Statikerin und Problemanalysikerin an der Bauakademie der DDR und stellvertretende Leiterin von «Podium Progressiv», der Bildungseinrichtung der PDS.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Auflage 2019

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein/Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-08-9 · Redaktionsschluss: November 2019

Fotos: Titelbild istock/blackred; S. 14 shutterstock/nullplus ; S. 68 shutterstock/goir;

S. 88 istock/scanrail; S. 14, S. 68, S. 88 Kim Nalleweg + Trujillo Architekten [M]

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

«Archive dokumentieren und bewahren Entscheidungen, Handlungen und Erinnerungen. Archive stellen ein einzigartiges, unersetzliches kulturelles Erbe dar, das von Generation zu Generation weitergegeben wird. Archivgut wird von seiner Entstehung an so verwaltet, dass sein Wert und seine Aussagekraft erhalten bleiben. Als zuverlässige Informationsquelle stärkt Archivgut rechenschaftsfähiges und transparentes Verwaltungshandeln. Die Archive spielen eine wesentliche Rolle für die gesellschaftliche Entwicklung, da sie das individuelle und kollektive Gedächtnis sichern und unterstützen. Der freie Zugang zu Archiven bereichert unser Wissen über die menschliche Gesellschaft, fördert Demokratie, schützt Bürgerrechte und verbessert Lebensqualität.»

AUSZUG AUS DER WELTWEITEN ALLGEMEINEN
ERKLÄRUNG DER UNESCO ÜBER ARCHIVE
10. NOVEMBER 2011